

Freiwilligenengagement in der Zukunft



Maßnahmen für die langfristige Absicherung der
Freiwilligenarbeit im Katastrophenschutz

FREIWILLIGENENGAGEMENT IN DER ZUKUNFT

Maßnahmen für die langfristige Absicherung der
Freiwilligenarbeit im Katastrophenschutz

Maria Balas
Natalie Glas



REPORT
REP-0529

Wien 2015



Das Projekt VOICE wird aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Austrian Climate Research Programme durchgeführt.

AutorInnen

Maria Balas, Umweltbundesamt
Natalie Glas, Umweltbundesamt

Redaktionelle und inhaltliche Unterstützung

Sebastian Seebauer, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, Universität Graz
Clemens Liehr, riocom – Ingenieurbüro für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft
Clemens Pfurtscheller, Landesfeuerwehrverband Vorarlberg,
ehem. Institut für Interdisziplinäre Gebirgsforschung IGF
Ines Fordinal, riocom – Ingenieurbüro für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft
Philipp Babcicky, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, Universität Graz

Korrektorat

Maria Deweis, Umweltbundesamt

Satz/Layout

Elisabeth Riss, Umweltbundesamt

Umschlagphoto

© Bernhard Gröger/Umweltbundesamt

Dank

Wir bedanken uns herzlich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die wertvollen Anregungen und fachlichen Inputs im Rahmen der Workshops sowie bei allen Expertinnen und Experten, die uns in Arbeitsgesprächen mit ihrem Fachwissen unterstützt haben.

Dieses Dokument wurde im Zuge des Projekts VOICE erstellt und aus Mitteln des Klima- und Energiefonds (Forschungsprogramm ACRP) gefördert. Der Projektname VOICE bedeutet in seiner Langform: Voluntary Work in Disaster Management – Challenges for Adaptation to Climate Change.

Zitiervorschlag:

Balas, M.; Glas, N.; Seebauer, S.; Liehr, C.; Pfurtscheller, C.; Fordinal, I. & Babcicky, P. (2015): Freiwilligenengagement in der Zukunft! Maßnahmen für die langfristige Absicherung der Freiwilligenarbeit im Katastrophenschutz. Gefördert durch den Klima- und Energiefonds. Wien. ISBN 978-3-99004-340-0

Weitere Informationen zu Umweltbundesamt-Publikationen unter: <http://www.umweltbundesamt.at/>

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber: Umweltbundesamt GmbH
Spittelauer Lände 5, 1090 Wien/Österreich

Diese Publikation erscheint ausschließlich in elektronischer Form auf

www.umweltbundesamt.at | www.klimawandelanpassung.at | www.zukunft-katastrophenhelfer.at

© Umweltbundesamt GmbH, Wien, 2015
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-99004-340-0

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	5
	EINLEITUNG.....	7
	MASSNAHMEN	18
1	EINSATZORGANISATIONEN	20
1.1	Eigenvorsorge in der Bevölkerung stärken	21
1.2	Prävention in der regionalen und lokalen Planung unterstützen.....	23
1.3	Freiwilligenengagement fördern und Attraktivität steigern.....	25
1.4	Öffentlichkeitsarbeit und offensives Recruiting	27
1.5	Professionelle Kommunikation im Krisenfall.....	31
1.6	(Tages-)Einsatzbereitschaft sicherstellen	33
1.7	Einsatzkräfte entlasten	35
1.8	Organisationsstrukturen optimieren und besser vernetzen.....	36
1.9	Ausbildung und Personalmanagement optimieren.....	38
1.10	An klimafitten Katastrophenschutzplänen und weiteren Planungsinstrumenten auf Gemeindeebene mitarbeiten	41
2	GEMEINDEN.....	42
2.1	Eigenvorsorge stärken	43
2.2	Prävention in der regionalen und lokalen Planung verankern	45
2.3	Freiwilligenengagement unterstützen und Attraktivität steigern	48
2.4	Professionelle Kommunikation im Krisenfall.....	49
2.5	Vorbereitung für den Krisenfall: Organisationsstrukturen & Abläufe optimieren	51
2.6	Naturgefahren und Klimawandel in Instrumenten der Gemeinde verankern.....	53
3	POLITIK UND VERWALTUNG AUF BUNDES- UND LANDESEBENE	57
3.1	Rahmenbedingungen für Freiwilligenengagement erhalten und verbessern	58
3.2	Wert der Freiwilligenarbeit kommunizieren und Attraktivität steigern	61
3.3	Eigenvorsorge stärken	62
3.4	Prävention in der regionalen Planung verankern	65
3.5	Datengrundlagen bereitstellen	67

4	UNTERNEHMEN	70
5	BÜRGERINNEN UND BÜRGER.....	74
	VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR.....	78
	Arbeitspapiere und Projektberichte aus VOICE.....	78
	Weitere Quellen	78
	Rechtsnormen	80

ZUSAMMENFASSUNG

Österreich verfügt über ein gut funktionierendes und flächendeckendes System des vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutzes. Die Kompetenzen und Aufgaben des Katastrophenmanagements werden auf allen Verwaltungsebenen, den Gemeinden, den Bundesländern und dem Bund, wahrgenommen. Eine wesentliche Säule des Katastrophenschutzes sind die Einsatzorganisationen wie Freiwillige Feuerwehren und Rettungsdienste mit ihren Freiwilligen.

Bereits heute ist der Katastrophenschutz mit zahlreichen Herausforderungen (steigende Anforderungen im Beruf, Siedlungsentwicklung etc.) konfrontiert, die durch den Klimawandel zusätzlich verstärkt werden. Der Anteil der Personen, die sich freiwillig engagieren, liegt nach dem 2. Freiwilligenbericht für Österreich im europäischen Vergleich auf einem hohen Niveau. In der Katastrophenhilfe und den Rettungsdiensten engagieren sich ca. fünf Prozent der österreichischen Bevölkerung (BMASK 2015).

Der Klimawandel rückt zusehends in den Fokus des öffentlichen Interesses und stellt eines der wichtigsten Themen der Zukunft dar. Die Folgen des Klimawandels zeigen sich in vielfältiger Weise, auch ein Anstieg von Extremwetterereignissen und Naturgefahren wird erwartet. Bereits heute werden eine Zunahme der Intensität von extremen Wetterereignissen und steigende Schäden durch Naturkatastrophen beobachtet.

Damit kommen auf Katastrophenschutz- und Einsatzorganisationen zusätzliche Herausforderungen zu.

Welche Maßnahmen braucht es für die zukünftige Ausrichtung und Stärkung der Freiwilligenarbeit, um das hohe Niveau der ehrenamtlichen Einsatzkräfte als Rückgrat des Katastrophenschutzes aufrechterhalten zu können? Diese Frage wurde gemeinsam mit mehr als 100 Personen aus Einsatzorganisationen, der Verwaltung, von Unternehmen und der Wissenschaft bearbeitet. Die Bewertung ökonomischer und sozialer Effekte ehrenamtlicher Katastrophenhilfe bildete eine wichtige Grundlage für die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen.

Die hier vorgestellten Maßnahmen richten sich an alle im Katastrophenmanagement in Österreich geforderten AkteurInnen: an Einsatzorganisationen, Gemeinden, die Verwaltung und Politik auf Landes- und Bundesebene sowie an Unternehmen und jede Einzelne bzw. jeden Einzelnen. Die Maßnahmen zielen unter anderem darauf ab, das Freiwilligenengagement zu fördern und attraktiver zu machen, Abläufe und Strukturen zu optimieren und die Prävention und Eigenvorsorge zu erhöhen.

Herausforderung Klimawandel



© fotofuerst – Fotolia.com

EINLEITUNG

Österreich verfügt über ein gut funktionierendes und flächendeckendes System des vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutzes. Bereits heute ist der Katastrophenschutz mit zahlreichen Herausforderungen (steigende Anforderungen im Beruf, Siedlungsentwicklung etc.) konfrontiert, die durch den Klimawandel zusätzlich verstärkt werden.

Das Katastrophenmanagement steht in engem Zusammenhang mit dem Auftreten sowie dem Ausmaß von Naturkatastrophen. Die Auswirkungen des Klimawandels, verbunden mit einer Zunahme von Naturgefahren können tiefgreifende Änderungen für das Katastrophenmanagement mit sich bringen. Der Klimawandel wird sich sowohl auf die Häufigkeit als auch auf die Intensität von Naturkatastrophen auswirken (IPCC 2013). Bereits heute wird die Zunahme der Heftigkeit von extremen Wetterereignissen beobachtet. Derzeit befinden sich in Österreich rund 400.000 Gebäude in Hochwassergefahrenzonen. Es ist davon auszugehen, dass sich der künftige Siedlungsraum auch weiter in die Hochwassergefahrenzonen ausdehnen wird, sofern die Raumordnung nicht restriktiv gesteuert (APCC 2014). Für Österreich sind vor allem Hochwasserereignisse relevant – diese verursachen bereits jetzt beträchtliche wirtschaftliche Schäden. So verursachte das Hochwasserereignis im Jahr 2002 Schäden in der Höhe von über 3 Mrd. € (HABERSACK et al. 2004); das Hochwasser im Jahr 2013 hatte mit geschätzten Kosten von 0,9 Mrd. € ebenfalls drastische Auswirkungen (lt. UMWELTBUNDESAMT 2014).

Die SKKM-Strategie 2020 (BMI 2009) definiert fünf Säulen, auf denen das Katastrophenmanagement in Österreich aufgebaut ist. Dies sind die Behörden, die Einsatzorganisationen, die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Bevölkerung. Das Katastrophenmanagement ist dabei von föderalistischen Strukturen geprägt, die Verantwortung liegt primär bei den Ländern. Aufgaben des Bundes betreffen vorrangig koordinierende Maßnahmen. Das Staatliche Krisen- und Katastrophenschutzmanagement zielt auf eine rasche interorganisatorische Koordination der Behörden, der Einsatzorganisationen und sonstiger Akteurinnen/Akteure bei Krisen und Katastrophen ab (BMLFUW 2012).

Ein weiteres Prinzip des Katastrophenmanagements in Österreich ist das der Subsidiarität, das die Bewältigung von Schadensereignissen auf der niedrigsten kompetenten Ebene vorsieht. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern beruht die Schlagkraft der Einsatzorganisationen in den Bereichen des Feuerwehr- und Rettungswesens vor allem auf Freiwilligen-Organisationen.

Die ständige Präsenz und die mögliche klimawandelbedingte Zunahme des Risikos von Katastrophen unterstreicht die Bedeutung des Katastrophenmanagements. Die Aufgaben umfassen „Katastrophenvermeidung, Katastrophenvorsorge, Katastrophenbewältigung und Wiederherstellung nach Katastrophen, einschließlich der laufenden Evaluierung der in diesen Bereichen getroffenen Maßnahmen“ (ÖNORM S 2304:2011). Speziell die Hochwässer der Jahre 2002 und 2013 aber auch zahlreiche regionale Ereignisse der vergangenen Jahre zeigen eindrucksvoll, wie wichtig ein funktionierendes Katastrophenmanagement ist, um die großen Herausforderungen der Gesellschaft durch Naturereignisse zu bewältigen.

**Hohe Schäden
durch
Naturkatastrophen**

**Freiwillige eine
wesentliche
Säule im
Katastrophenschutz**

**Gutes Katastrophen-
management
essentiell**

In Österreich waren im Jahr 2012 rund 360.000 Personen freiwillig in Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten tätig, das entspricht etwa 5 % der österreichischen Bevölkerung (BMASK 2013). Die Aufrechterhaltung dieses ehrenamtlichen Engagements ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der Säule „Einsatzorganisationen“ des bestehenden Katastrophenmanagement-Systems in Österreich. Allein die 256.288 aktiven Feuerwehrleute leisteten im Jahr 2014 rund 1,47 Millionen Arbeitsstunden. Technische Hilfsleistungen, zu denen die Katastrophenhilfsdienste zählen, sind mittlerweile der häufigste Ausrückungsgrund (BUNDESFEUERWEHRVERBAND 2015).

**Naturkatastrophen
nehmen zu**

Bereits in den letzten Jahrzehnten stiegen Häufigkeit und Schäden aus Naturkatastrophen rapide an. Im Vergleich zu den 1960er Jahren gibt es heute global rund dreimal so viele Extremereignisse mit achtmal so hohen Schäden und fünfzehnmal so hohen versicherten Schäden (WELP et al. 2010). Als Ursache gelten unter anderem Umwelt- und Klimaveränderungen, da die meteorologisch bedingten Ereignisse deutlich zugenommen haben, während die geologischen Großkatastrophen nahezu unverändert geblieben sind (BERZ 2002, RAUCH 2006). Auch die Schadensstatistiken der Münchner Rückversicherung (APCC 2014) zeigen klare Anstiege sowohl der Anzahl als auch der inflationsbereinigten Schadenssummen von Extremereignissen und extremen Witterungsperioden. Der Trend zu häufigeren und intensiveren Extremereignissen wird sich auch in Zukunft fortsetzen (IPCC 2013). In der Folge wird es häufiger zu Großeinsätzen freiwilliger Einsatzkräfte bei Starkniederschlägen kommen, wobei dieser Trend entscheidend von der zukünftigen Siedlungsentwicklung abhängt (DAMM 2014). Im aktuellen Bericht „Global Risks 2014“ des Weltwirtschaftsforums wird der Klimawandel – „Failure of climate change mitigation and adaptation“ – unter den „Top Five Global Risks“ genannt (WEF 2014).

**mehr Einsätze
in Zukunft**

Die Bilanz der vergangenen Jahre zeigt deutlich, wie sehr AkteurInnen des Katastrophenschutzes bereits heute von klimatischen Bedingungen betroffen sind. Konkret hatten beispielsweise das Hochwasser von 2013 sowie Unwetterereignisse im Frühsommer 2012 neben Schäden an Gebäuden, Landwirtschaft etc. massive Schäden an der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur zur Folge. Wie wichtig ehrenamtliches Engagement für einen funktionierenden Katastrophenschutz ist, haben diese Ereignisse jedenfalls gezeigt: Österreichweit waren bei der Hochwasserkatastrophe 2013 rund 66.000 Einsatzkräfte, hauptsächlich von freiwilligen Feuerwehren, Rotem Kreuz und Wasserrettung im Einsatz.

Um eine bestmögliche Bewältigung dieser Herausforderungen auch künftig zu gewährleisten, sind Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu setzen. Nicht nur der Klimawandel, sondern auch andere Risiken, wie die fortschreitende Siedlungsentwicklung und die damit einhergehende Zunahme an betroffenen Menschen und Sachwerten, erhöht die Gefahr durch Naturkatastrophen in Österreich.

**Projekt VOICE
untersucht
Freiwilligenarbeit im
Katastrophenschutz**

Das vom Klima- und Energiefonds geförderte Forschungsprojekt „VOICE – Voluntary work in disaster management – Challenges for adaptation to climate change“ untersucht, wie Freiwilligenarbeit in diesem Bereich künftig aussehen muss, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Dabei werden ökonomische und soziale Effekte von ehrenamtlicher Katastrophenhilfe bewertet und die Auswirkungen klimatischer Einflüsse miteinbezogen, um zukunftsfitte Maßnahmen zu entwickeln.

Hoher Stellenwert von Freiwilligen

Ehrenamtliche Einsatzkräfte nehmen in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert ein. Die Hauptmotive, sich in Einsatzorganisationen zu engagieren, sind der Wunsch anderen zu helfen, das Gemeinschaftserlebnis in den Einsatzorganisationen, der Erwerb und Einsatz von technisch-praktischen Kompetenzen sowie der Erlebnischarakter. Eine „Belohnung“ für freiwilliges Engagement sollte daher auf Anreize wie soziale Anerkennung setzen. Bei geldwertigen Entschädigungen besteht das Risiko, dass der finanzielle Anreiz die dem Menschen innewohnenden oben erwähnten Motivationen verdrängt. Das Niveau der Freiwilligentätigkeit ist in Österreich zwar seit Jahren unverändert hoch, es zeigt sich aber ein Trend zu unregelmäßigem, seltenerem Engagement. Dies kann die zukünftige Einsatzbereitschaft von geschultem Personal, insbesondere in entlegenen Regionen gefährden (SEEBAUER 2013).

Trend zu unregelmäßigem Engagement

Unmittelbar nach den Hochwasserereignissen im Juni 2013 wurden in betroffenen Gemeinden (Gemeinde Kössen, Tirol und St. Andrä-Wördern, Niederösterreich) Befragungen zu Schutzmaßnahmen und zur Freiwilligenarbeit durchgeführt. Zur Frage, ob hauptberufliche Einsatzkräfte besser als ehrenamtliche Einsatzkräfte einzuschätzen wären, zeigte sich, dass ehrenamtliche Einsatzkräfte als besser mit regionalen Gegebenheiten vertraut und als kostengünstiger bewertet wurden (→ Abbildung 1).¹ Ehrenamtliche Einsatzkräfte genießen hohes Vertrauen, wenn es um den Schutz vor Hochwassergefahren geht – mehr als andere wichtige AkteureInnen wie BürgermeisterInnen und NachbarInnen. Dieses Vertrauen in Einsatzkräfte führt zu einer höheren Risikowahrnehmung, wirkt Verleugern und Wunschdenken in Bezug auf Hochwassergefahren entgegen und fördert die Umsetzung von Maßnahmen zu privater Eigenvorsorge (SEEBAUER & BABCICKY 2015).

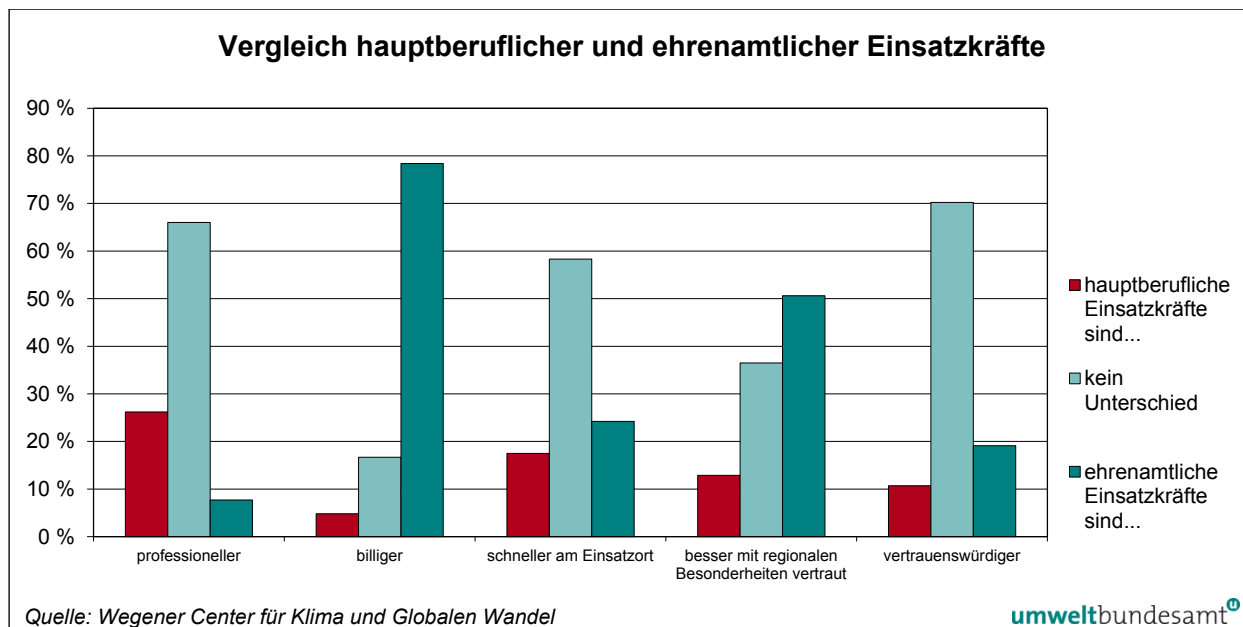


Abbildung 1: Vergleich von hauptberuflichen mit ehrenamtlichen Einsatzkräften (Befragung durchgeführt im Rahmen des Projektes VOICE in den Gemeinden Kössen, Tirol, und St. Andrä-Wördern, Niederösterreich, unmittelbar nach den Hochwasserereignissen 2013, n=309).

¹ VOICE Factsheets Kössen und St. Andrä-Wördern

Diese Ergebnisse unterstreichen die soziale Anerkennung freiwilliger HelferInnen sowie deren hohe Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt und die regionale Anpassungskapazität. Uneingeschränktes Vertrauen in Andere kann aber auch negative Auswirkungen haben: Die Erwartung sozialer Hilfeleistungen im Katastrophenfall kann zu einem überzogenen Sicherheitsgefühl führen, das der persönlichen Übernahme von Verantwortung und Eigenvorsorge entgegenwirkt (BABCICKY & SEEBAUER 2015).

**hoher
ökonomischer
Nutzen**

Die ökonomische Bewertung von ehrenamtlich Tätigen im Vergleich zu hauptberuflichen Einsatzkräften gestaltet sich schwierig. Analysen von Einsatzstatistiken und Kostenbewertungen liegen meist nur für größere Ereignisse, wie etwa dem Hochwasser 2005 vor (PFURTSCHELLER & THIEKEN 2013). Den bestehenden Kosten für Einsatzinfrastruktur, Einsatzstunden oder Verdienstentgang bei Ausrückung während regulärer Arbeitszeiten stehen schwer bewertbare Kostenminderungen gegenüber – wie geringere Schadenskosten, weniger Aufwand für Aufräumarbeiten, stärkerer sozialer Zusammenhalt oder der Gewinn an Sicherheitsgefühl für die Bevölkerung. Verschiedene Bewertungsansätze, basierend auf einer fiktiven Entlohnung von Einsatzstunden, dem volkswirtschaftlichen Nutzen von Sozialkapital² oder Zahlungsbereitschaft in der Bevölkerung ergeben Schätzwerte für den Nutzen von Freiwilligenarbeit von 300 Millionen € pro Jahr und mehr (BACHNER et al. 2015).

Ehrenamtliche Dienstleistungen in der Katastrophenhilfe fließen jedoch kaum in Methoden zur Investitionsentscheidung – wie etwa die Kosten-Nutzen-Analyse von Schutzmaßnahmen – ein (BACHNER et al. 2015).

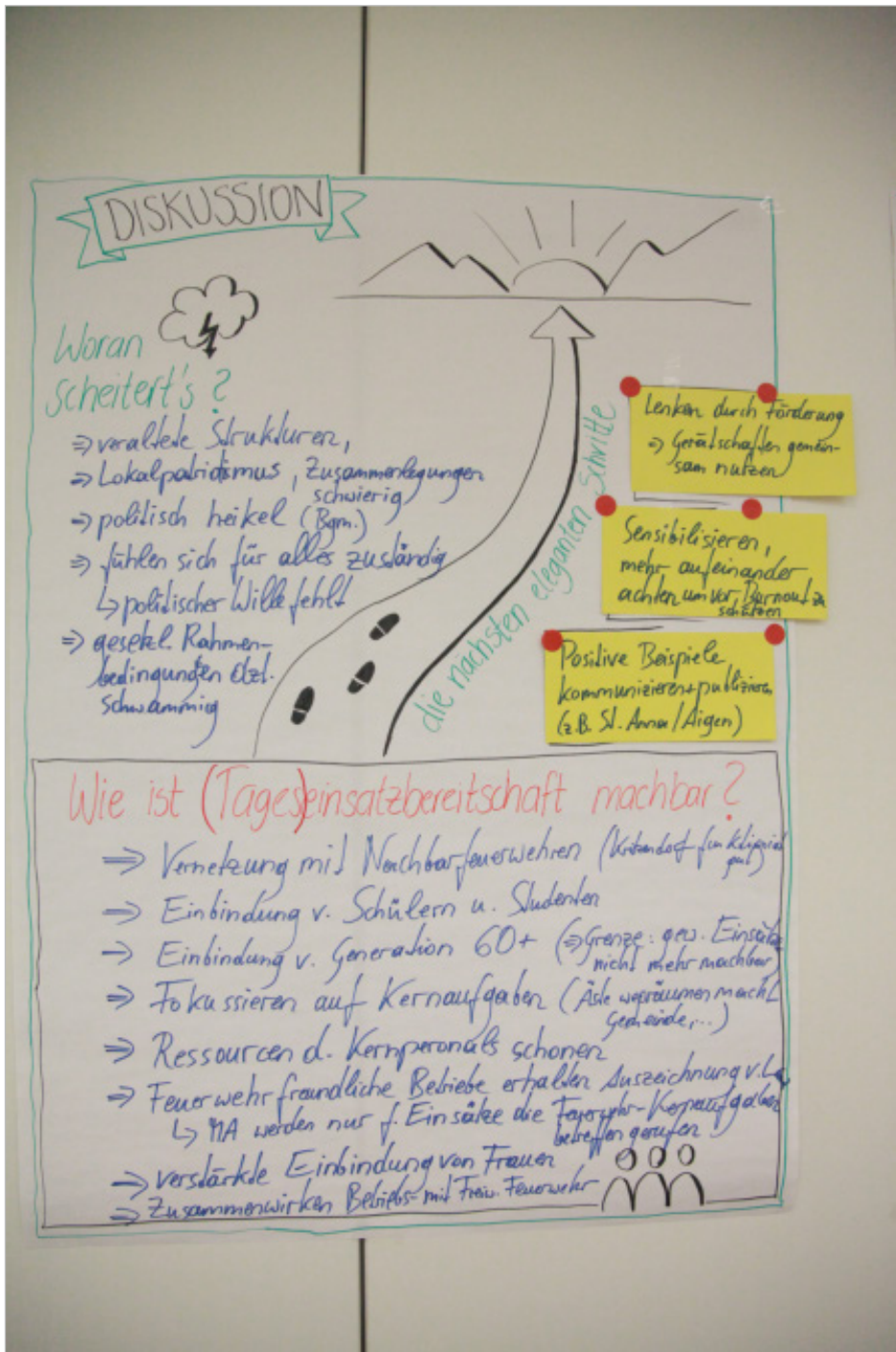
Partizipative Entwicklung von Maßnahmen

**Herausforderungen
wurden gemeinsam
identifiziert**

Basierend auf einer umfassenden Literaturrecherche und im Rahmen von fünf Workshops in den Bundesländern Vorarlberg, Steiermark und Niederösterreich sowie auf Interviews mit Schlüsselpersonen wurden gemeinsam mit knapp 100 Entscheidungs- und HandlungsträgerInnen aus Einsatzorganisationen, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Forschung Herausforderungen identifiziert und konkrete Maßnahmen entwickelt. In interaktiver Form wurden mit den TeilnehmerInnen die bereits heute bestehenden Herausforderungen diskutiert und notwendige Maßnahmen festgehalten. Um den Blick von heute in die Zukunft zu projizieren, wurden im nächsten Schritt Zukunftsszenarien, wie z. B. „Neues Stadtviertel“, „Pensionistendorf“, „Bio-Tourismusdorf 2030“ etc. erstellt. Die bereits identifizierten Maßnahmen wurden so auf ihre Zukunftstauglichkeit geprüft und ergänzt.

² Unter dem Begriff Sozialkapital sind zwischenmenschliche Beziehungen, die Einbindung in soziale Netzwerke und Strukturen, Normen und Vertrauen innerhalb einer Gruppe oder Gesellschaft zu verstehen. Überall dort, wo Menschen zueinander in Beziehung treten – in der Familie, mit FreundInnen, in Netzwerken, Vereinen oder durch gemeinsame Ideale – entsteht Sozialkapital. Ein hohes Sozialkapital wird mitunter als „Kitt“ einer Gesellschaft bezeichnet und erhöht den sozialen Zusammenhalt (Quelle:

http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/green_economy/sozialkapital/Sozialkapital.htm)



© rocom/Clemens Liehr

Parallel dazu wurden im Rahmen von wissenschaftlichen Untersuchungen Befragungen in unterschiedlichen Gemeinden und Regionen durchgeführt, deren Ergebnisse ebenfalls in diese Handlungsempfehlungen eingeflossen sind. Ziel war, die Perspektiven möglichst vieler betroffener Organisationen und Institutionen einzubringen, um robuste und praxisrelevante Maßnahmen bzw. Handlungsempfehlungen zu erhalten.

In die abschließende Diskussion der Maßnahmen waren nationale wie internationale ExpertInnen und AkteurInnen/Akteure aus allen relevanten Bereichen eingebunden, wie Philip C. Stittleburg (Chairman National Volunteer Fire Council USA), Matthias Max (Generalsekretariat Deutsches Rotes Kreuz) und Bianca Ely (Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes).



© riocom/Clemens Liehr



© US Botschaft Wien/Roland Fuchs

Maßnahmen für alle

Die Maßnahmen richten sich an sämtliche im Katastrophenmanagement involvierte AkteurInnen/Akteure, an Unternehmen und an jede/n Einzelne/n.

Neben zentralen Ansatzpunkten zur Sicherung der formellen Freiwilligenarbeit sind auch flankierende Maßnahmen im Sinne des Katastrophenmanagements dargestellt. Gemäß der ÖNORM S 2304:2011 umfasst das Katastrophenmanagement Maßnahmen in den Bereichen Katastrophenvermeidung, Katastrophenvorsorge, Katastrophenbewältigung und Wiederherstellung nach Katastrophen, einschließlich der laufenden Evaluierung der in diesen Bereichen getroffenen Maßnahmen. Diese gehen über die unmittelbare Freiwilligenarbeit hinaus. Indem sie jedoch direkte Auswirkungen auf die Schadenspotenziale haben, sind diese Maßnahmen von zentraler Bedeutung für einen funktionierenden Katastrophenschutz. Sie fokussieren insbesondere auf vorsorgendes Handeln und ermöglichen damit eine Entlastung der Freiwilligenorganisationen.

Zitate von TeilnehmerInnen der Abschlussveranstaltung

Zur Abschlussveranstaltung vom 26. November 2014 in der Niederösterreichischen Feuerweherschule in Tulln gab es von den TeilnehmerInnen und Teilnehmern positive Resonanz, die untenstehend auszugsweise nachzulesen ist.

„Die Veranstaltung war echt super! Interessante Vorträge und Personen. Im Speziellen war der Erfahrungsaustausch mit Herrn Kastner sehr wertvoll. Herr Kastner hat eine Masterarbeit über das TÖ geschrieben und uns diese auch schon zur Verfügung gestellt.“

Wilhelm Kuhn, Bereichsleiter Interne Services Landesgeschäftsführer Stv., Österreichisches Rotes Kreuz, Landesverband Niederösterreich

„I greatly enjoyed my participation!“

Chief Philip C. Stittleburg, Chairman National Volunteer Fire Council USA

„Es war die interessanteste Veranstaltung seit Langem. Ganz großartig, was geleistet wurde; endlich eine Initiative, die ein echtes Entwicklungspotential bietet.“

Mag. Jörg Würzelberger, FEUERwehr OBJEKTIV

„Besten Dank für die Einladung zur Veranstaltung, es war für mich sehr informativ, wenn wir teilweise auch die gleichen Erkenntnisse hatten, bzw. unsere Meinung teilweise bestätigt wurde.“

Josef H. Riener, MSc, Landeseinsatzleiter Samariterbund Landesverband Steiermark

„Vielen Dank für die Einladung zum Workshop gestern – er hat mir sehr gut gefallen. Alle Themen waren spannend und haben mich definitiv neugierig auf mehr Infos gemacht.“

DI Judith Schindlacker, Stabsstelle Freiwilligenmanagement, Jugendservice & New Media, Österreichisches Rotes Kreuz, Landesverband Niederösterreich

„Wir möchten uns sehr herzlich für die Möglichkeit bedanken, am VOICE-Workshop teilzunehmen und die Forschungsarbeiten des Sachgebiets Sicherheitsforschung im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes vorzustellen. Das Projekt INKA - Professionelle Integration freiwilliger Helferinnen und Helfer in Krisenmanagement und Katastrophenschutz beschäftigt sich ähnlich wie das Projekt VOICE mit den gesellschaftlichen Herausforderungen eines zukunftsfähigen Bevölkerungsschutzes, nur eben bezogen auf die Situation in Deutschland. Da auch wir derzeit praktische Leitfäden für Katastrophenschutzorganisationen sowie Wirtschaftsunternehmen erarbeiten, war der persönliche Fachaustausch im Rahmen des VOICE-Workshops für uns besonders anregend und gewinnbringend.“

Bianca Ely (Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes).

Die Sicht von BürgerInnen auf Hochwassergefahren und Hochwasserschutz

Eine Befragung im Rahmen des Projektes VOICE in zehn hochwassergefährdeten Gemeinden in der Steiermark und in Vorarlberg zum Jahreswechsel 2014/2015 erreichte bei einer Rücklaufquote von 10 % eine Netto-Stichprobe von 2.028 BürgerInnen. Im Folgenden werden Kernergebnisse aus dieser Befragung zusammengefasst dargestellt, aggregiert über alle zehn Gemeinden.³

³ Detaillierte Ergebnisse je Gemeinde, welche die lokale Risikocharakteristik und Sozialstruktur berücksichtigen, sind als Factsheets verfügbar:

www.zukunft-katastrophenhelfer.at/ergebnisse/arbeitspapiere/

1. Risikowahrnehmung

Die Wahrnehmung eines Risikos beeinflusst die Bereitschaft, Maßnahmen zur Vorbeugung oder Bewältigung eines Hochwassers zu setzen. In der Hochwasserumfrage wurde erhoben, wie hoch die Wahrscheinlichkeit und das Schadensausmaß eines schweren Hochwassers in der jeweiligen Heimatgemeinde aus Sicht der Bevölkerung eingeschätzt werden (→ Abbildung 2). Dabei wurde jeweils zwischen Gemeindeebene und Wohngebäude unterschieden. Die Frage nach der Eintrittswahrscheinlichkeit eines schweren Hochwassers bezieht sich auf einen Zeitraum innerhalb der nächsten 10 Jahre.

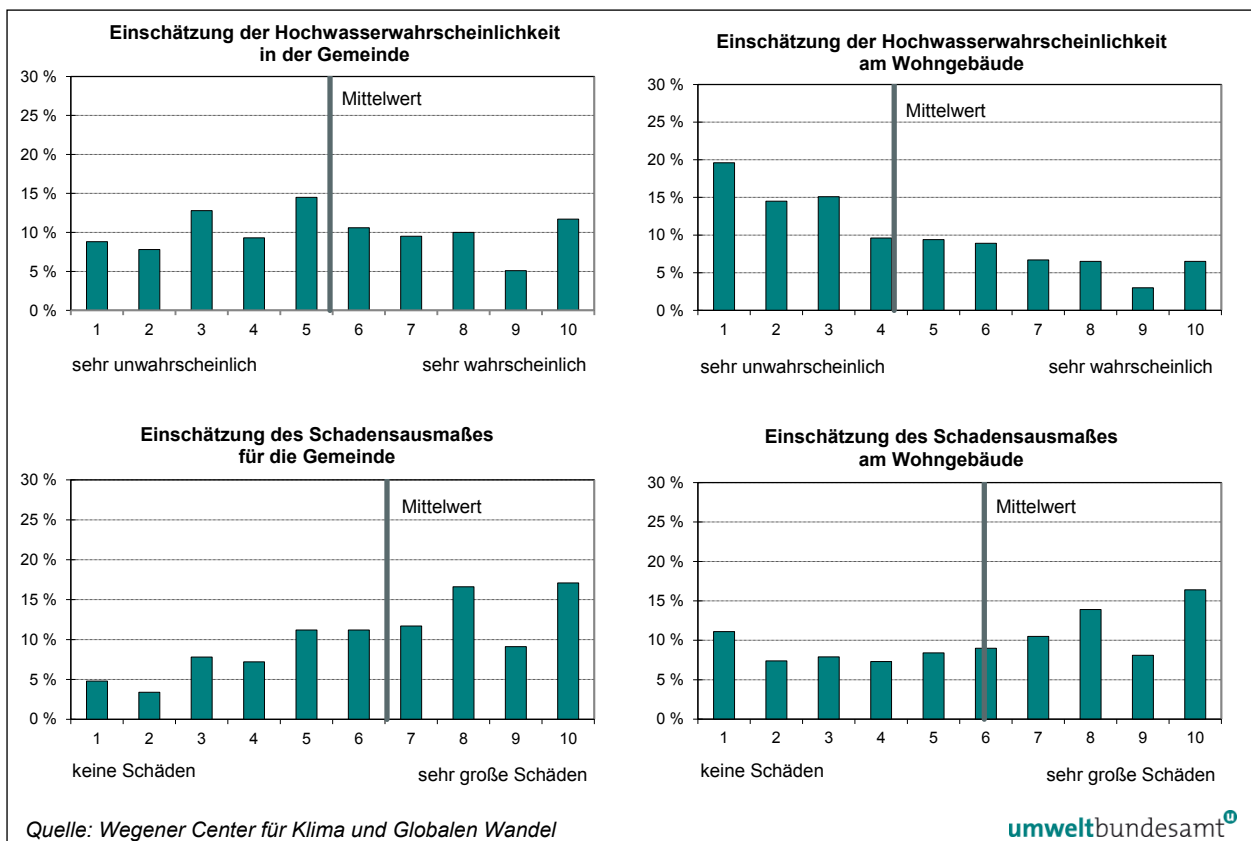


Abbildung 2: Einschätzung der Hochwasserwahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes für die Gemeinde und das Wohngebäude der Befragten (Befragung in 10 steirischen und Vorarlberger Gemeinden 2014/2015, n=2.028; graue Linie entspricht dem Mittelwert).

Das Auftreten eines schweren Hochwassers in der Gemeinde innerhalb der nächsten 10 Jahre wird von den Befragten mit mittlerer Wahrscheinlichkeit eingestuft. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein schweres Hochwasser direkt am Wohngebäude der Befragten auftritt, wird als etwas geringer eingestuft. Das potenzielle Schadensausmaß wird von den Befragten für die Gemeinde und das private Wohngebäude ähnlich eingeschätzt. In beiden Fällen ist eine Tendenz zu eher größeren Schäden zu beobachten.

2. Informationsquellen

Die größte Bedeutung als Informationsquelle zum Thema Hochwasser wird in den befragten Gemeinden konventionellen Medien wie Radio, Fernsehen und Zeitung beigemessen (→ Abbildung 3). Über 95 % der befragten Haushalte bewerten diese Informationsquellen als wichtig bis sehr wichtig. Danach folgen ehrenamtliche Einsatzkräfte und Gemeindeinstitutionen. Die vergleichsweise geringste Bedeutung als Informationsquelle zum Thema Hochwasser haben den Angaben der Befragten zufolge das Internet, Hochwasserwarndienste (SMS, Apps) und Nachbarn.

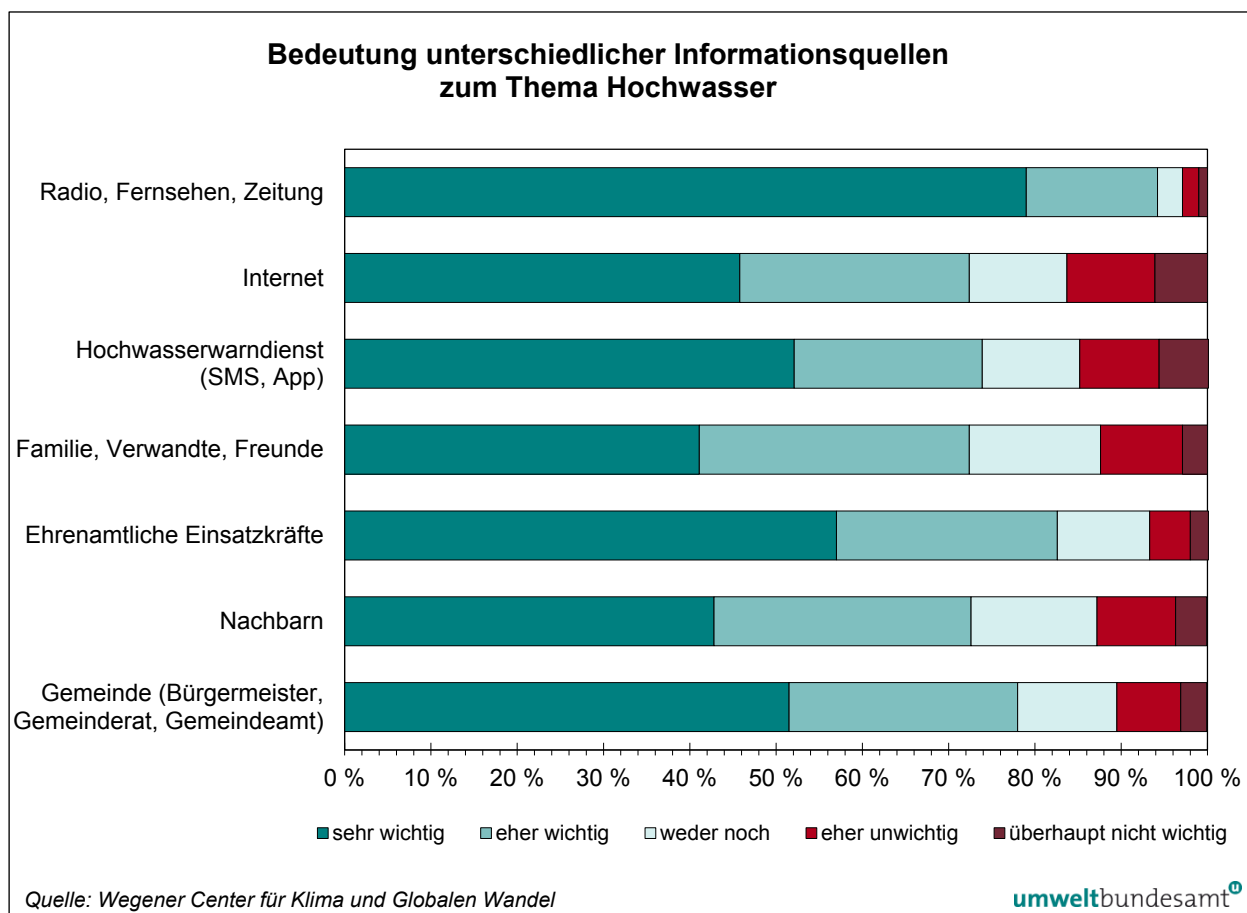


Abbildung 3: Bedeutung unterschiedlicher Informationsquellen (Befragung in 10 steirischen und Vorarlberger Gemeinden 2014/2015, n=2.028).

3. Sicherheitsgefühl durch öffentlichen Hochwasserschutz

Das Vertrauen in den öffentlichen Hochwasserschutz kann die Bereitschaft von Privathaushalten beeinflussen, eigenständige Maßnahmen zur Vorbeugung oder Bewältigung eines Hochwassers zu setzen (→ Abbildung 4). Der öffentliche Hochwasserschutz genießt unter den Befragten eher hohes Vertrauen: Konsistent über verschiedene Fragenformulierungen gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, sich durch den öffentlichen Hochwasserschutz sicher zu fühlen.

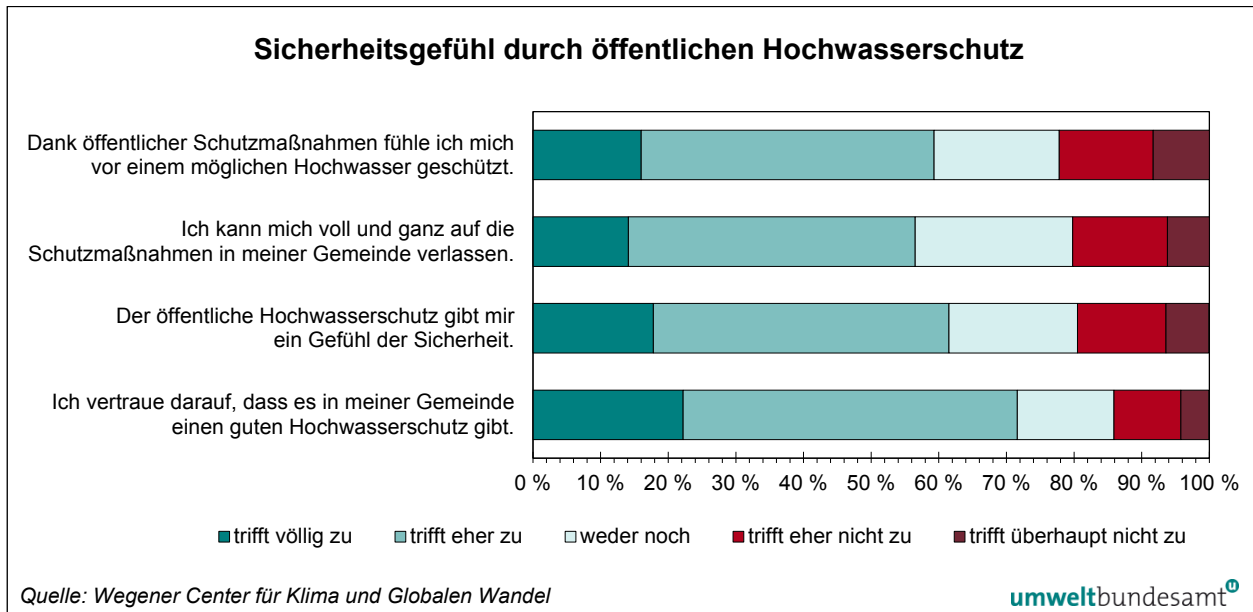


Abbildung 4: Einschätzung der Sicherheit in der Bevölkerung durch öffentlichen Hochwasserschutz (Befragung in 10 steirischen und Vorarlberger Gemeinden 2014/2015, n=2.028).

4. Private Maßnahmen zum Hochwasserschutz

Private Schutzmaßnahmen können ergänzend zu öffentlichen Schutzmaßnahmen die Gefährdung durch Hochwasser deutlich verringern. Die folgende Auswertung (→ Abbildung 5) berücksichtigt ausschließlich aktive Hochwasserschutzmaßnahmen.

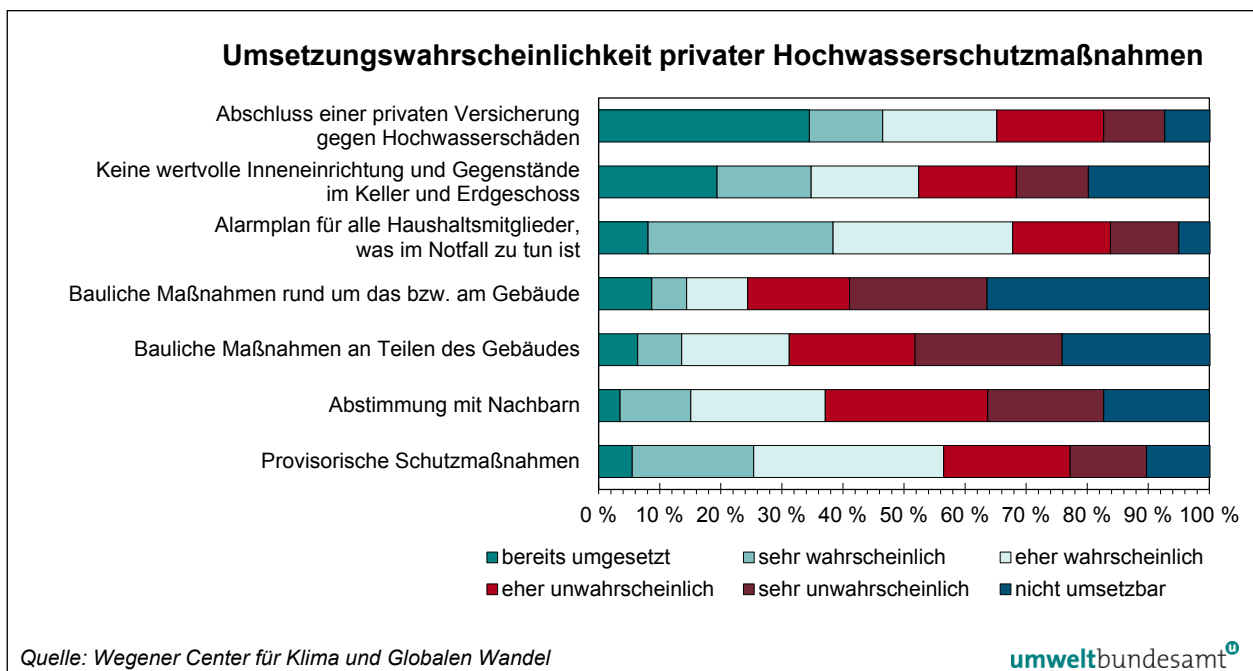


Abbildung 5: Bereitschaft zur Umsetzung privater Hochwasserschutzmaßnahmen (Befragung in 10 steirischen und Vorarlberger Gemeinden 2014/2015, n=2.028).

Obwohl das Auftreten eines schweren Hochwassers in der Gemeinde und Schäden am eigenen Wohngebäude von den befragten BürgerInnen als durchaus relevant eingeschätzt wurde (→ Abbildung 2), wird die Umsetzungswahrscheinlichkeit privater Maßnahmen zum Schutz des Gebäudes als deutlich geringer eingestuft (→ Abbildung 5). Dieses Ergebnis zeigt, wie dringend nötig Initiativen zur Bewusstseinsbildung sowie zur Stärkung der Eigenvorsorge in der Bevölkerung sind, um Schäden vorzubeugen und freiwillige Einsatzkräfte zu entlasten.

Weitere Informationen zum Projekt und die Forschungsergebnisse sind auf der Projekt-Website als Download zur Verfügung gestellt:

www.zukunft-katastrophenhelfer.at

MASSNAHMEN

Die hier vorgestellten Maßnahmen stellen ein Bündel an Empfehlungen dar, wie die Freiwilligenarbeit und damit das Katastrophenmanagement in Österreich langfristig abgesichert werden kann. Neben Forschungsergebnissen und einer umfassenden Literaturrecherche basieren sie vor allem auf den Ideen und Erfahrungen von AkteurInnen aus der Praxis. Sie richten sich an unterschiedliche Zielgruppen und adressieren so in der Bewältigung von Katastrophen geforderte Akteurinnen und Akteure.

Die Zielgruppen sind:

- Einsatzorganisationen mit Fokus auf Freiwillige Feuerwehren
- Gemeinden
- Politik und Verwaltung
- Unternehmen
- Bevölkerung

***geeignete
Rahmenbedingun-
gen grundlegend***

Da der Ist-Zustand und die Herausforderungen in unterschiedlichen Gemeinden bzw. von Bundesland zu Bundesland variieren, sind Sie als LeserIn eingeladen, jene Maßnahmen herauszufiltern, die für Sie von besonderer Bedeutung sind. Eine besondere Rolle kommt der Politik zu, die gefordert ist, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und damit den Grundstein für die langfristige Absicherung der Freiwilligenarbeit zu legen.

„Best of“ der Maßnahmen

Als prioritär wurden von den eingebundenen AkteurInnen folgende Maßnahmen bewertet, um freiwillige Einsatzorganisationen auf zukünftige Anforderungen auszurichten und ihre zentrale Rolle im Katastrophenschutz sicherzustellen:

1. Einsatzkräfte stärker ins Risikomanagement einbinden:

- Durch zukunftsfitte Katastrophenschutzpläne unter Berücksichtigung der künftigen Potenziale und Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit (demografische Entwicklung, Integration unverbindlicher und spontaner HelferInnen, Klimawandel und veränderte Naturgefahrensituation etc.);
- bei der Erstellung von Risikoanalysen und der Risikobewertung auf Gemeindeebene, durch Einbindung ihres spezifischen Wissens über Gefahrenstellen.

2. Eigenvorsorge stärken:

- Zielgruppengerechte Informationen „aus einer Hand“ anbieten;
- Beratung von Haushalten zur Eigenvorsorge durch Einsatzkräfte.

3. Prävention bundesweit einheitlich in den gesetzlichen Materien verankern, wie z. B. Raumordnungsgesetze (verpflichtende Berücksichtigung im Flächenwidmungsplan) oder Feuerpolizeiordnungen.

4. Professionelles Personalmanagement in Einsatzorganisationen etablieren:

- Freiwillige gewinnen und fördern: Gruppen mit nicht ausgeschöpftem Potenzial für die Freiwilligenarbeit mobilisieren (vor allem Generation 60+) und Kernpersonal entwickeln;
- Konzentration auf Kernaufgaben;
- Arbeitsbereiche mit operativen und nicht-operativen Aufgaben schaffen (z. B. ältere Mitglieder), Zusatzqualifikationen von Quereinsteigerinnen/-einsteigern anerkennen, Karenz ermöglichen.

5. Zukünftige Bedingungen (demografische Entwicklung, klimatische Veränderungen) in rechtlichen Rahmenbedingungen (z. B. Freiwilligengesetz, Arbeitsrecht und Pensionsrecht) berücksichtigen, um die Attraktivität und Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement weiter zu erhöhen (z. B. durch tlw. Anerkennung der geleisteten Einsatzstunden für die Pensionsberechnung).

6. Neue Ausbildungskonzepte entwickeln:

- Ausbildung von Einsatzkräften zum Themenfeld Klimawandel und Naturgefahren anbieten;
- interinstitutionelle Schulungen zwischen verschiedenen Einsatzorganisationen und verschiedenen Verwaltungsebenen anbieten, um Vernetzung zu verbessern.

7. Feuerwehrfreundliche Unternehmen in öffentlichen Ausschreibungen begünstigen.

8. Freiwillige im Katastrophenschutz österreichweit verstärkt vernetzen: freiwilligenweb.at und Freiwilligenzentren in Zusammenarbeit mit Einsatzorganisationen wie der Feuerwehr und dem Roten Kreuz als Austauschplattformen nutzen.

1 EINSATZORGANISATIONEN

Herausforderungen

Wie der 2. Freiwilligenbericht (BMASK 2015) zeigt, ist das hohe Niveau des freiwilligen Engagements in Österreich ungebremst hoch. Der Anteil der formellen Freiwilligenarbeit⁴ ist gleich hoch geblieben, im Vergleich dazu ist die informelle Freiwilligenarbeit gestiegen.⁵ Insgesamt sind im Bereich der Katastrophenhilfe- und Rettungsdienste derzeit rund 360.000 Personen freiwillig engagiert. Mehr als 1,3 Millionen Arbeitsstunden leisten Freiwillige wöchentlich im Bereich Katastrophenhilfe – einerseits bei den Feuerwehren, andererseits bei den Rettungsdiensten. Als Herausforderung werden die demografische Entwicklung sowie wirtschaftliche, soziale und bildungspolitische Rahmenbedingungen gesehen, die einen Handlungsbedarf mit sich bringen, um den Einsatz von Engagierten zu optimieren. Die Detailanalyse einer Onlinebefragung unter Freiwilligen zur zukünftigen Bedeutung des freiwilligen Engagements zeigt, dass Befragte aus den Bereichen Katastrophenhilfe dem freiwilligen Engagement tendenziell eine eher abnehmende Bedeutung zuschreiben (BMASK 2015). Angesichts der veränderten Naturgefahrensituation aufgrund des Klimawandels, unterstreicht diese Einschätzung aus dem 2. Freiwilligenbericht für Österreich den Handlungsbedarf aller im Katastrophenmanagement eingesetzten AkteurInnen, um das Freiwilligenengagement als Rückgrat des Katastrophenschutzes aufrechterhalten zu können.

Freiwilligenarbeit weist insbesondere im ländlichen Raum einen traditionell hohen Stellenwert auf – im Gegensatz zum städtischen Raum. Bereits heute stellen Abwanderung, demografische Veränderungen und ein breiteres Freizeit- und Sportangebot eine Herausforderung für Einsatzorganisationen dar, die durch klimatisch bedingte veränderte Naturgefahrensituationen zunehmen wird. Einsatzkräfte müssen künftig auch für den Fall höherer Belastungsspitzen gerüstet sein, um Menschen, Wirtschaftsgüter und kritische Infrastrukturen zu schützen bzw. letztere rasch wiederherzustellen.

Gleichzeitig zählen Einsatzorganisationen selbst zu den kritischen Infrastrukturen (UMWELTBUNDESAMT DESSAU 2011). Klimatische Veränderungen üben daher nicht nur Einfluss auf die Aufgabenfelder des Katastrophenschutzes aus, sondern wirken auch direkt auf dessen AkteurInnen, innere Strukturen und Abläufe. Einsatzorganisationen sind also gefordert, diesen künftigen Bedingungen vorausschauend Rechnung zu tragen. Sich ändernde Gefahrenpotenziale müssen erkannt und neu eingeschätzt werden, Einsatzszenarien angepasst und Kapazitäten gesichert und bei Bedarf ausgebaut werden, um angemessen reagieren zu können.

⁴ Als Formelle Freiwilligenarbeit gelten alle Aktivitäten, die im Rahmen einer Organisation, eines Vereins oder einer Institution erfolgen.

⁵ Informelle Freiwilligenarbeit erfolgt spontan und sporadisch und ohne Anbindung an eine Institution (KASTNER 2014)

Maßnahmen

1.1 Eigenvorsorge in der Bevölkerung stärken

Katastrophenmanagement in einem zeitgemäßen Verständnis ist ein permanenter Prozess, der sich in Form eines Regelkreises darstellt, der aus folgenden Phasen besteht: der Vermeidung, der Vorsorge, der Bewältigung und der Wiederherstellung (BMI 2011).

Die Bewältigung außergewöhnlicher Ereignisse beginnt nicht erst im Katastrophenfall. Sie setzt schon viel früher ein, nämlich durch vorsorgliche Maßnahmen, um das Ausmaß der Ereignisse und die Schäden zu mindern. Dies trägt wesentlich dazu bei, einen erfolgreichen Einsatz im Ereignisfall, zur Schadabwehr, Bergung und Rettung, sicherzustellen (PLANALP 2009). In diesem Sinn kommt der Eigenvorsorge und Prävention eine bedeutende Aufgabe zu, die Freiwilligenarbeit zu entlasten und langfristig – auch unter veränderten gesellschaftlichen und klimatischen Bedingungen – abzusichern.

Warum ist das notwendig?

Einerseits beeinflusst der Klimawandel die Häufigkeit und Intensität von Naturgefahren, andererseits erhöhen die weitere Ausdehnung des Siedlungsraums das vorhandene Schadenspotenzial und die Anzahl der gefährdeten Personen. Im Katastrophenschutz tätige Einsatzorganisationen stoßen hingegen zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen. BürgerInnen sind daher verstärkt gefordert, selbst vorsorgende Maßnahmen zu setzen, um die Gefahr einer Schädigung von Leben und Eigentum zu minimieren. Einsatzorganisationen können durch präventive Aufklärungsarbeit einen wertvollen Beitrag leisten, weil sie gut in der lokalen Bevölkerung verankert sind sowie über hohe soziale Anerkennung und Glaubwürdigkeit verfügen.

Was soll damit erreicht werden?

Vorsorgende Maßnahmen können das Schadensausmaß erheblich reduzieren, was wiederum zur Entlastung von Einsatzorganisationen beiträgt.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Beratungsangebote für Naturgefahrenprävention** entwickeln;

- *Gründung einer **Beratungsstelle für Naturgefahrenprävention** des Landesfeuerwehrverbands Vorarlberg 2014: Die Beratung richtet sich an private EigentümerInnen, Unternehmen und Gemeinden durch Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenorientierte Informationsbereitstellung (Internet, soziale Medien, Broschüren). Eine weitere Kernaufgabe ist die Sensibilisierung und Schulung von Einsatzkräften zu den Themen Naturgefahren und Klimawandel. Darüber hinaus sollen Entwicklungs- und Forschungsaktivitäten in diesem thematischen Umfeld im Bundesland Vorarlberg koordiniert werden, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und Impulse für die regionale Entwicklung in Richtung Resilienz zu setzen.*

**Good
Practice**

- direkte Verankerung der Freiwilligen in der Bevölkerung stärker nutzen, um BürgerInnen zu vorsorgendem Handeln zu motivieren;
- **Veranstaltungen** in der Gemeinde und Feuerwehrfeste zur Bewusstseinsbildung nutzen;
- **Wettbewerbe** (z. B. Eigenvorsorge-Quiz) und Kampagnen zur Bewusstseinsbildung ausrichten;

Good Practice

- **Sicherheitsolympiade zur Bewusstseinsbildung „Safety-Tour“** des Österreichischen Zivilschutzverbandes für Kinder
www.safety-tour.at/
- **„Tag der Einsatzorganisationen“** an verschiedenen Standorten in der Steiermark im September 2013, mit Einsatzübungen und Geräteausstellung.
- **Projekt „Aware & Resilient“**: Ziel ist, das Bewusstsein der (jüngeren) Bevölkerung für die Bedeutung und die Vorteile von Katastrophenvorsorge zu wecken und eine Vernetzung zwischen verschiedenen Beteiligten auf Gemeindeebene zu erreichen. Am 12. Oktober 2014 fand unter dem Motto „Katastrophe, na und?“ ein **Mitmachttag** in Hadres, Niederösterreich, statt. Ziel dieser Veranstaltung, die in Kooperation mit dem Österreichischen Roten Kreuz und dem Niederösterreichischen Zivilschutzverband durchgeführt wurde, ist die Steigerung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung.
www.mitmachttag.at
- Mit einer eigenen **Online-Kampagne „Tagebuch der Katastrophen“** will das Österreichische Rote Kreuz die Selbsthilfekapazität der Bevölkerung steigern. Anhand von 42 Beispielen aus 24 Ländern wird gezeigt, wie man sich gegen mögliche Katastrophen wappnen kann. Das Tagebuch ist in elf Sprachen abrufbar. Bis zum 2. November 2014 wird einer der Beiträge täglich via Social Media bekanntgemacht. Das Projekt wurde durch die Generaldirektion für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission finanziert.
<http://www.rotekreuz.at/berichten/aktuelles/news/datum/2014/10/07/tagebuch-der-katastrophen/>
- Mit dem Projekt **„Gemeinsam.Sicher.Feuerwehr“** betreibt der Österreichische Bundesfeuerwehrverband eine Initiative, die Kindern und Jugendlichen Feuer- und Alltagsgefahren altersgerecht vermittelt. Damit soll unter anderem das breite Betätigungsfeld der Feuerwehren abgebildet und Bewusstsein z. B. für Eigenvorsorge und Ehrenamt geschaffen werden.

Mit den Lernmaterialien können Kinder bereits ab dem Kindergartenalter erlernen, mit Feuer richtig umzugehen und bei Gefahrensituationen entsprechend zu reagieren. Dabei soll vor allem das Bewusstsein gestärkt werden, dass sie ein sicheres Lebensumfeld selbst aktiv mitgestalten können. Die Inhalte werden von Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und Schulen vermittelt und können mit Unterstützung der örtlichen Feuerwehr(en) noch interessanter und realitätsnaher gestaltet werden (z. B. bei einem Besuch im Feuerwehrhaus). Als Nebeneffekt der Initiative wird ein größeres Interesse an der Feuerwehrjugend erwartet. <http://www.gemeinsam-sicher-feuerwehr.at/>

- nicht mehr aktive bzw. pensionierte Einsatzkräfte für **Aufklärungsarbeit** schulen und einsetzen.

- **Wildland Fire Assessment Program** des *National Fire Volunteer Council* und *U.S. Forest Service*. Freiwillige Einsatzkräfte führen Risikobewertungen von Privatgebäuden bei Hausbesuchen/Baubesprechungen durch und geben Tipps zur Eigenvorsorge.

**Good
Practice**

Wer ist zuständig?

Führungskräfte, Kommunikationsverantwortliche von Einsatzorganisationen etc.

Wer soll mitarbeiten?

Alle erfahrenen Einsatzkräfte, insbesondere auch die „Generation 60+“

1.2 Prävention in der regionalen und lokalen Planung unterstützen

Warum ist das notwendig?

Klimatische Änderungen können in unterschiedlicher Weise Naturgefahrenprozesse beeinflussen und die Häufigkeit und Intensität von Naturgefahrenereignissen verändern. In Abhängigkeit von den jeweils spezifischen örtlichen Gegebenheiten können sich Gefährdungsbereiche verändern und/oder auch ausdehnen und die Bevölkerung, Siedlungsgebiete und dazugehörigen Infrastrukturen bedrohen. Um im Falle des Falles vorbereitet zu sein, ist es notwendig, bestehende Instrumente auf Gemeindeebene, wie Entwicklungskonzept, Flächenwidmungsplan, Katastrophenschutzplan etc., anzupassen. Einsatzorganisationen können mit ihrer Erfahrung wertvolle Beratung leisten.

Was soll damit erreicht werden?

Die systematische Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Region und die Gemeinde in allen Konzepten, Plänen und Instrumenten dient dem Schutz der Bevölkerung, des Siedlungsgebietes und der Infrastrukturen. Gefahrenpotenziale werden reduziert und Einsatzkräfte entlastet.



© ricom / Clemens Liehr

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Gefahrenstellen** identifizieren, laufend beobachten und regelmäßig Plan-spiele und Übungen in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen auf der Gemeindeebene für den Katastrophenfall abhalten;
- **Beratung für BürgermeisterInnen zu Gefahrenstellen und Einsatzplanung anbieten.** Voraussetzung dafür sind klare gesetzliche Grundlagen für Haftungsfragen, um im Schadensfall Rechtssicherheit für Einsatzorganisationen und BürgermeisterInnen zu gewährleisten;
- beratende Rolle bei der Erstellung von örtlichen Entwicklungskonzepten, dem Flächenwidmungsplan und weiteren raumordnungsrelevanten Entscheidungen ausüben.

Wer ist zuständig?

KommandantInnen der lokalen Dienststellen von Blaulichtorganisationen

Wer soll mitarbeiten?

Führungskräfte und erfahrene, ortskundige Einsatzkräfte von Katastrophenschutz-Organisationen in Kooperation mit den Verantwortlichen für die regionale und örtliche Raumplanung

1.3 Freiwilligenengagement fördern und Attraktivität steigern

Warum ist das notwendig?

Viele Freiwilligenorganisationen stehen vor der Herausforderung, ausreichend neue Mitglieder zu gewinnen. Gerade die körperlich belastbare Gruppe der 20- bis 40-Jährigen ist aufgrund beruflicher und privater Verpflichtungen sowie attraktiverer Möglichkeiten der Freizeitgestaltung schwer zu motivieren.

Was soll damit erreicht werden?

Zeitgerecht strategische Weichen zu stellen und geeignete Maßnahmen einzuleiten ist wesentlich für die Absicherung der Freiwilligenarbeit und der eigenen Einsatzorganisation.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- Professionell gestaltetes **Infomaterial** vorbereiten, zu Aufgaben, Ausbildungsmöglichkeiten, Rechten und Pflichten. Wichtig ist aber auch auf Vergünstigen, Angebote, gemeinsame Freizeitaktivitäten etc. hinzuweisen. Damit alleine werden zwar kaum neue Mitglieder zu gewinnen sein, dennoch ist es notwendig um dies bei Veranstaltungen, in der Gemeinde etc. verbreiten zu können.
- **Schnupper-, bzw. Mitmachtage** für potenzielle InteressentInnen, Jugendliche und Kinder organisieren, im Rahmen dessen ein attraktives, ansprechendes Programm zum Mitmachen gestalten;
- einen **Werbespot** auf der ortseigenen Feuerwehr- und der Gemeindehomepage veröffentlichen, am besten mit professioneller Unterstützung umgesetzt;
- klassisch aber bewährt: **Tag der offenen Tür** organisieren;
- **Wettbewerbe ausrichten**: etwa „feuerwehfreundliches Unternehmen“;

○ *Auf Initiative des österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes ÖBFV werden alle zwei Jahre Unternehmen ausgezeichnet, die sich in den vergangenen Jahren durch besonders feuerwehfreundliches Verhalten ausgezeichnet haben. „Damit werden jene Unternehmen vor den Vorhang geholt, die durch ihre Unterstützung einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit leisten.“*

Good Practice

- **Sogeeffekt des Zivildienstes nutzen**: Zivildienstler bleiben nach Ende ihres Dienstes oft als Freiwillige in der Organisation (z. B. beim Roten Kreuz) und verfügen bereits über Ausbildung und Praxiserfahrung. Dieser Sogeeffekt ist im Bereich Katastrophenhilfe und Zivildienst nicht im gleichen Ausmaß gegeben. Während im Rettungsdienst 35,9 % der von Zivildienstler geleisteten Arbeitsstunden erbracht werden, sind es bei den Hilfsdiensten im Bereich Katastrophenhilfe und Zivildienst nur 4,7 % (NPO-INSTITUT 2012). Es sollte geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen, bei den letztgenannten Hilfsdiensten weitere oder zusätzliche Aufgaben zu definieren, die von Zivildienstlern innerhalb regelmäßiger Arbeitszeiten ausgeübt werden können.
- **Betriebe ins Boot holen**: aktiv auf Unternehmen zugehen, Verständnis schaffen, Ängste nehmen, Infrastrukturen und Ressourcen gemeinsam nutzen;

- **QuereinsteigerInnen** fördern: Kontakte und Vernetzung beruflich etablierter QuereinsteigerInnen bringen auch für Einsatzorganisationen viel. Diese auch als beratende Mitglieder integrieren, individuelle Fähigkeiten aufgreifen (z. B. im Beruf erworbene Qualifikationen) und Karrierepläne entwickeln.

Good Practice

- **FF Wels:** Ing. Franz Humer, MSc Branddirektor der Stadt Wels und Bezirksfeuerwehrkommandant und Vizepräsident des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes. In: *FeuerwehrObjektiv* 8/2013, Seite 18: „10 Neuzugänge sind mehr wert als eine Drehleiter ...“
- Mr. Stittleburg hat folgende Beispiele aus den USA erwähnt: das Rotationsprinzip bei Einsatzorganisationen in Führungspositionen, Trainee-Programme für junge Feuerwehrmitglieder, Schnuppern für künftige Führungskräfte“.

- **Willkommenskultur, Wertschätzung und Unterstützung für Familienmitglieder** von Einsatzkräften etablieren, um besser mit Dienstzeiten, kurzfristigen Abwesenheiten und Einsatzrisiken umgehen zu können;

Good Practice

- *National Fire Volunteer Council (USA)*. “What to expect: A guide for family members of volunteers”
http://www.nvfc.org/files/documents/safetyhealth/Family_Guide.pdf

- **Abschiedskultur etablieren:** Wertschätzende Verabschiedung mit Option auf späteren Wiedereinstieg. Biografische Übergangsphasen wie Beginn einer Universitätsausbildung, Berufseinstieg oder Familiengründung führen zu einem Abflauen des freiwilligen Engagements. Statt eines „Hinausdriftens“, das bei den Freiwilligen ein schlechtes Gewissen zurücklässt, werden die Freiwilligen mit einer Dankesfeier verabschiedet – mit der Einladung, in ein paar Jahren wieder zurückzukommen.

Good Practice

- **Rotes Kreuz Purkersdorf-Gabnitz:** Es besteht die Möglichkeit, sich beurlauben zu lassen. In diesem Fall ist es wichtig, dass beurlaubte MitarbeiterInnen trotzdem Schulungen mitmachen können, um z. B. im Bereich Rettungsdienst rezertifiziert zu werden.

- **Vergünstigungen** für Feuerwehrmitglieder und Angehörige anbieten.

Good Practice

- Beim **Roten Kreuz Niederösterreich** bekommen MitarbeiterInnen Vergünstigungen bei unterschiedlichen Unternehmen (z. B. Thermen, Möbelhäuser, Tankstellen etc.), die über den Landesverband ausverhandelt werden.
- **Verband der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen:** Sonderkonditionen bei Versicherungen, Urlaubsvergünstigungen
<http://www.vdf-nrw.de/du/vdfplus/>
- **Milizfeuerwehr Stadt Zürich:** steuerliche Vergünstigung für ehrenamtliche Angehörige
<https://www.milizfeuerwehr.ch/verguenstigungen-swissfire/2013/01/05/>
- **Thüringer Jugendfeuerwehr:** Steuerliche Vergünstigungen auch für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige
<http://thjf.feuerwehr-thuringen.de/aktuelles/nachrichtenebersicht/>

[nachricht/ansicht/steuerliche-verguenstigungen-auch-fuer-ehrenamtliche-feuerwehrangehoerige.html](http://www.loebau.de/home/stadtverwaltung/freiwillige-feuerwehr-der-groen-kreisstadt-lbau_125.html)

- **Freiwillige Feuerwehr der Stadt Löbau:** Vergünstigungen für Feuerwehrmitglieder
http://www.loebau.de/home/stadtverwaltung/freiwillige-feuerwehr-der-groen-kreisstadt-lbau_125.html
- **Fürstentum Liechtenstein:** Zeitaufwand für Übungen leisten die Freiwilligen gratis, Einsatzstunden werden den freiwilligen Einsatzkräften von der Gemeinde finanziell abgegolten. Einerseits ist diese Form der Wertschätzung positiv, andererseits birgt sie das Risiko, dass die dem Menschen innewohnenden Motivation zur Freiwilligenarbeit durch finanzielle Anreize verdrängt wird.

Wer ist zuständig?

Dachverbände und Führungskräfte von Einsatzorganisationen etc.

Wer soll mitarbeiten?

Je nach Initiative unterschiedliche Verantwortliche in den Dachverbänden und Einsatzorganisationen, GemeindevertreterInnen

1.4 Öffentlichkeitsarbeit und offensives Recruiting

Warum ist das notwendig?

Um Wert und Bedeutung des Freiwilligenengagements für die Bevölkerung sichtbar zu machen, ist eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Dadurch sollen Image, Wertschätzung, Unterstützung und Verständnis für ehrenamtlich engagierte BürgerInnen gesteigert werden und gleichzeitig neue Mitglieder angeworben werden.

Was soll damit erreicht werden?

Ausreichende Unterstützung durch die Bevölkerung sowie personelle und finanzielle Absicherung der eigenen Einsatzorganisation.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Vorteile des Freiwilligenengagements** kommunizieren, wie etwa
 - soziale Integration (Jugendarbeit),
 - sinnstiftende Tätigkeit,
 - Engagement für die Gesellschaft,
 - erworbene Qualifikationen.

Diese können bei der Jobsuche und im Beruf von Vorteil sein.

- **zielgruppenspezifische Informationsangebote** auch zeitlich mit den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe abstimmen: wie z. B. Informationsabende für PendlerInnen am Wochenende veranstalten;

- **Nachwuchsmobilisierung:** Gezielte Akquise bei Gruppen mit nicht ausgeschöpftem Potenzial: MigrantInnen, Jugendliche, Frauen, PensionistInnen, „ZuzüglerInnen“ im städtischen Umland ohne gewachsene Einbindung in die Dorfgemeinschaft etc.;
- Einrichten einer zentralen Telefonnummer als **Anlaufstelle** für alle, die sich ehrenamtlich engagieren wollen;

Good Practice

- **USA: Feuerwehr und Rettungsdienst haben als zentrale Anlaufstelle die zentrale Telefonnummer 1-800-FIRE-LINE eingerichtet, um Interessierten Informationen für ein ehrenamtliches Engagement im Bereich Feuerwehr- und Rettungsdienst vermitteln zu können. „1-800-FIRE-LINE is a national campaign to help retain and recruit both emergency and nonemergency volunteers in the fire and emergency medical services.“**
<http://www.nvfc.org/fire-line/volunteer>

- „**Generation 60+**“ aktiv einbinden;

Die Potenziale älterer Personen für freiwilliges Engagement bleiben oft ungenutzt, obwohl die gestiegene Lebenserwartung mehr erwerbsfreie Lebenszeit ermöglicht. Besonders die Generation 60+ ist meist noch leistungsbereit, größtenteils gesund und verfügt auch über soziales Kapital (LAND OBERÖSTERREICH 2014).

Good Practice

- **Landesfeuerwehrverband Vorarlberg:** Die Initiative 60PLUS ist der erste Baustein im Rahmen des Aktionsplans „Feuerwehr der Generationen“. Damit will der Landesfeuerwehrverband Vorarlberg auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren und die Ortsfeuerwehren dabei unterstützen, ihre unverzichtbare Arbeit langfristig abzusichern. Der bewusste Übergang von aktivem Dienst hin zu neuen Aufgaben ist das Kernthema der Initiative 60PLUS.
<http://www.lfv-vorarlberg.at/verband/60plus.html>

- **Broschüre „65 plus – Senioren aktiv in unseren Feuerwehren“** des Innenministeriums und des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg: Diese Initiative zielt darauf ab, Seniorinnen und Senioren stärker in die Aufgabenbewältigung der Feuerwehren einzubeziehen. Altersbedingt nicht mehr am Einsatzgeschehen teilnehmen zu können, darf künftig nicht mehr gleichbedeutend sein mit dem Verabschieden von allen notwendigen Aufgaben in der Feuerwehr. Die vorliegende Broschüre zeigt vielfältige Beispiele und Betätigungsmöglichkeiten auf, die sowohl positiv in der Brandschutzaufklärung wirken als auch die Feuerwehrangehörigen in den Einsatzabteilungen entlasten.
https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/Feuerwehr-65plus_Broschuere.pdf

- **Frauen** einbinden und fördern;

Good Practice

- **Feuerwehr NÖ:** Im Jahr 2013 waren von 75.000 aktiven Feuerwehrmitgliedern bereits 5.500 Frauen, bei der Feuerwehrjugend beträgt der Frauenanteil sogar 25 %. Frauen werden in NÖ seit Jahren gezielt angesprochen, diese Initiative trägt bereits erste Früchte. Nur durch das zunehmende Engagement von Frauen in der Freiwilligen Feuerwehr konnte ein Rückgang der in der Feuerwehr aktiv tätigen Mitglieder ver-

hindert werden. Das Argument, dass Frauen körperlich nicht in der Lage wären, anstrengende Tätigkeiten zu verrichten, konnte aufgrund der bisherigen Erfahrungen widerlegt werden. Viel wichtiger ist die Beherrschung der richtigen Technik. (Zitat Franz Resperger, Pressesprecher NÖ Landesfeuerwehrkommando: „Auch bei den Männern gibt es nicht nur Arnold Schwarzeneggers.“)

- **Kampagnen planen und durchführen;**

- Kampagne des Roten Kreuzes Oberösterreich und Niederösterreich „Wir haben die passende Jacke für dich“. Seit 2009 vermittelt diese Kampagne, dass es eine Bandbreite an Aufgabenbereichen gibt, in denen sich Freiwillige je nach Interesse und Zeitressourcen einbringen können. <http://www.rotekreuz.at/ooe/ich-will-helfen/mitarbeit/freiwillige-mitarbeit/wir-haben-die-passende-jacke-fuer-dich/>

Good Practice



© riocom/Clemens Liehr

- **Rotes Kreuz Niederösterreich:** "Ich bin deine Jacke – Hol mich hier raus". Aktuelle Kampagne mit Start 15. April 2015, um 500 neue Freiwillige zu finden. Den zukünftigen Freiwilligen wird eine umfangreiche Ausbildung zum Rettungssanitäter im Ausmaß von 100 Stunden Theorie und 160 Stunden Praxis angeboten. <http://www.rotekreuz.at/noe/berichten/aktuelles/news/datum/2015/04/15/ich-bin-deine-jacke-hol-mich-hier-raus-4/>
- **Projekt Feuerwehrensache:** Um die Handlungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr nachhaltig zu stärken, wurde das Gemeinschaftsprojekt „Feuerwehrensache“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW) und des Verbandes der Feuerwehren in NRW e.V. (VdF NRW) ins Leben gerufen. Die Zielsetzung des Projekts besteht darin, das Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr zu stärken und mehr Menschen für die Freiwillige Feuerwehr zu begeistern. In verschiedenen Workshops und Arbeitsgruppen werden konkrete Ideen für Pilotprojekte zur Stärkung des Ehrenamtes erarbeitet. <http://www.feuerwehrensache.nrw.de/>

- aktive Ansprache, Integration und Koordination **informeller HelferInnen**, die sich bereits in unverbindlichen oder anderen Freiwilligen-Organisationen engagieren, wie z. B. Sportvereinen, Kulturvereinen, Team Österreich etc.:
 - In Newsletter-Verteiler aufnehmen,
 - in Feste einbinden,
 - HelferInnen öfter zu Einsätzen rufen,
 - Team Österreich in ländlichen Gebieten als qualifizierte Ersthelfer zur Soforthilfe ausbilden als Beitrag zur Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft,
 - in Befehlsstrukturen und Katastrophenschutzpläne integrieren,
 - für Prävention und Bewusstseinsbildung heranziehen,
 - als Darsteller bei Katastrophenschutz-Übungen einbinden,
 - Versicherung der Helfer während des Einsatzes gewährleisten.



© Österreichisches Rotes Kreuz/LV OÖ

- das „Selbstverständnis“ und das Image der Einsatzorganisationen durch **gezielte Öffentlichkeitsarbeit verbessern** und Fehlerwartungen der Bevölkerung entgegenwirken (z. B. Leitbild der Feuerwehren Liechtenstein). Ein selbstbewussteres und stärkeres Auftreten unterstützt die Positionierung als professioneller Dienstleister.

Good Practice

- **Leitbild und Vision 2020 der Feuerwehren Liechtenstein:** Das Leitbild richtet sich sowohl nach innen als auch an die Behörden und die Bevölkerung, um klar und transparent darzustellen, wie die Feuerwehren ein funktionierendes Feuerwehrwesen und die Zusammenarbeit untereinander sehen.

http://www.feuerwehr.li/media/pdf/LFV_Vision2020-A4.pdf

- mit **Verantwortlichen in Unternehmen sprechen** (evt. gemeinsam mit BürgermeisterIn), um Vorurteile und Ängste gegenüber in Freiwilligenorganisationen engagierten MitarbeiterInnen abzubauen;

- **Landesfeuerwehrverband NÖ** geht proaktiv auf Unternehmen zu, kommuniziert insbesondere auch den Nutzen für das Unternehmen, den Angestellte, die auch bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv sind, dem Unternehmen bringen (hoch ausgebildete Fachkraft – Ersthelfer, Umgang mit Gerätschaften, geschult für professionelle Vorgehensweise im Notfall/Katastrophenfall, Kompetenzen in Teamführung etc.).
- Initiative der **rotstahl GmbH** (Deutschland): www.keiner-kommt.de. Den Helfern helfen, und zwar überregional. Das ist das Anliegen der im Jahr 2012 gestarteten Initiative „Keiner kommt. Feuerwehren in Not.“ Gründer ist André Trautner, Geschäftsführer der rotstahl GmbH, die Einrichtungen für Feuerwehren anbietet. In Gesprächen mit verschiedenen Wehren wurde immer wieder das Problem erörtert, dass es zunehmend Schwierigkeiten bereitet, die Einsatzbereitschaft während der Arbeitszeiten der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen zu gewährleisten. Das liegt keineswegs an mangelnder Motivation. Besonders in ländlichen Regionen arbeiten viele Feuerwehrleute auswärts und können im Alarmfall einfach nicht aus den entfernten Arbeitssorten anfahren.

**Good
Practice**

- **Social Media** in der Öffentlichkeitsarbeit nutzen.

- Das Österreichische Rote Kreuz ist im Bereich der sozialen Medien (z. B. Facebook, Twitter, youtube) auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen stark vertreten. Allein auf Bundesebene hat der Auftritt des Österreichischen Roten Kreuzes mehr als 69.000 Fans (Stand April 2015). www.facebook.com/roteskreuzat
<http://www.roteskreuz.at/noe>

**Good
Practice**

Wer ist zuständig?

Kommunikationsverantwortliche, PR-Verantwortliche und für Personalmanagement zuständige MitarbeiterInnen von Einsatzorganisationen

Wer soll mitarbeiten?

Je nach Initiative unterschiedliche Verantwortliche und Mitglieder in den Einsatzorganisationen.

1.5 Professionelle Kommunikation im Krisenfall

Warum ist das notwendig?

Einsatzkräfte sind ein zentraler Faktor in der Krisenkommunikation (Multiplikatoren), das wird zukünftig vermehrt von Bedeutung sein. Im Krisenfall stehen die Einsatzkräfte im Blickfeld der Öffentlichkeit und ziehen die Aufmerksamkeit auf sich. Naturkatastrophen sind mitunter existenzielle Bedrohungen und rufen starke Emotionen in der Bevölkerung hervor. Hier ist eine sorgsame und gut durchdachte Krisenkommunikation notwendig. Dies kann auch langfristig das Image der Einsatzorganisationen zusätzlich erhöhen.

Was soll damit erreicht werden?

Ausreichende Unterstützung durch die Bevölkerung sowie personelle und finanzielle Absicherung der eigenen Einsatzorganisation.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Informationsmanagement** laufend den aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen anpassen (Social Media, Datensicherheit etc.);
- Medien und ihre MitarbeiterInnen (ReporterInnen, RedakteurInnen etc.) für eine angemessene Berichterstattung während einer Krise sensibilisieren (Herausforderung „Sensationslust“);
- **Umgang mit „Schaulustigen“** und unkoordinierten Helferinnen/Helfern planen, damit diese nicht die Arbeit der Einsatzorganisationen behindern bzw. sich selbst gefährden; z. B. können gezielt an sicheren Orten mit der notwendigen Infrastruktur (z. B. an Parkplätzen) Infostände errichtet werden, um Interessierte über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements zu informieren;
- formelle und spontane (informelle) Freiwillige für das Unterlassen von privaten Postings und Fotos vom Einsatzort sensibilisieren, um das Risiko von Gerüchten, Falschmeldungen bis hin zur Verletzung von Persönlichkeitsrechten zu vermeiden;
- verstärkte Nutzung **sozialer Medien**;
 - hilfswillige Gruppen, die sich im Ereignisfall spontan z. B. auf Facebook selbst organisieren, als potenzielle zukünftige Freiwillige bewerben,
 - Diskussionen in sozialen Netzwerken verfolgen, wenn nötig moderierend/richtigstellend eingreifen,
 - Information für spontane Hilfswillige bereitstellen;
- während des Einsatzes die **Pressearbeit** der verschiedenen beteiligten Einsatzorganisationen angemessen koordinieren (z. B. nur der/die Einsatzleiter/in spricht mit der Presse, oder ein dafür nominiertes erfahrenes Feuerwehrmitglied der Generation 60+).

Good Practice

- *Landesfeuerwehrverband NÖ: Jeder größere Einsatz wird von einer speziell ausgebildeten Person am Einsatzort medial begleitet und auch auf Facebook professionell betreut (z. B. Bosnien-Einsatz)*
<https://www.facebook.com/noe122.at>

Wer ist zuständig?

Kommunikationsverantwortliche und Führungskräfte von Einsatzorganisationen (PressesprecherInnen etc.)

Wer soll mitarbeiten?

Je nach Initiative unterschiedliche Verantwortliche und Mitglieder in den Einsatzorganisationen, z. B. Einsatzleiter/in, Pressesprecher/in, Verantwortliche für Facebook, Twitter etc.

1.6 (Tages-)Einsatzbereitschaft sicherstellen

Warum ist das notwendig?

In ländlichen Gemeinden, insbesondere in peripheren Regionen, stößt die Sicherung der Tageseinsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr und anderer Einsatzorganisationen zunehmend an ihre Grenzen. Abwanderung und Auspendeln der relevanten Bevölkerungsgruppe sind die Hauptursachen. Um für aktuelle und künftige Ereignisse gerüstet zu sein, ist es notwendig, entsprechende Vorkehrungen auf organisatorischer und personeller Ebene zu treffen.



© BH Perg

Was soll damit erreicht werden?

Die erforderlichen personellen Kapazitäten und die notwendige technische Ausrüstung (Einsatzfahrzeuge, Ausrüstung der Einsatzkräfte etc.) sind verfügbar.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Alarmpläne** wochentags während Hauptarbeitszeiten anpassen;

- Landesfeuerwehrverband NÖ

- Alarmpläne wurden geändert, um die Tages-Einsatzbereitschaft sicherzustellen. Im Einsatzfall werden gleichzeitig 3–4 Feuerwehren angefordert,

- Katastrophenhilfsdienst (KHD) Bereitschaft zur Unterstützung der Feuerwehr bei Großeinsätzen und in Katastrophenfällen

http://noelfv.noel122.at/feuerwehr/incontent/sites/1/DE/template_2205.asp

- **Doppelmitgliedschaften für PendlerInnen** ermöglichen bzw. fördern, um die Einsatzbereitschaft auch in peripheren Gebieten zu gewährleisten: Die Einsatzkräfte sind dann sowohl an ihrem Heimat- als auch an ihrem Arbeitsort Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr.

**Good
Practice**

Good Practice

- *Keiner kommt. Feuerwehren in Not. Die Initiative bietet Ideen und stellt Beispiele vor, wie die Einsatzbereitschaft vor allem in den Vor- und Nachmittagsstunden aufrechterhalten werden kann.*
<http://www.keiner-kommt.de>

- bei der Erstellung von Einsatzplänen Freizeitaktivitäten und rechtzeitig Urlaubspläne berücksichtigen;
- **Kooperationen** mit Einsatzorganisationen der **Nachbargemeinden und Betriebsfeuerwehren** intensivieren, um personelle Ressourcen und Infrastruktur bzw. Ausrüstung optimal zu nutzen; eventl. Standorte/Rüsthäuser zusammenlegen. Bei der **Organisation** des **Bereitschaftsdienstes** Arbeitszeiten bzw. zeitliche Verfügbarkeit der Freiwilligen mitdenken, mit Nachbargemeinden abstimmen, z. B. wochenweise abwechselnde Bereitschaftsdienste zwischen Nachbargemeinden;

Good Practice

- *Hohe Effizienz, Wirtschaftlichkeit, eine gesicherte Tageseinsatzbereitschaft – ein Miteinander mit vielen Vorteilen. Die Freiwilligen Feuerwehren Deutschkreuz und Girm im Burgenland zeigen vor, wie es gehen kann: Gemeinsames Kompetenzzentrum und Arbeitsteilung (→ Bericht „Ein Haus zu zweit“ in FEUERwehrOBJEKTIV 8/2014, S. 42ff)*

- Möglichkeit prüfen, ob GemeindemitarbeiterInnen in Zeiten von Personal-mangel zur Sicherung der Einsatzbereitschaft herangezogen werden können;
- Ausbildung von **mobilen Ersthelferinnen und Ersthelfern – sogenannten First Respondern**, insbesondere in Regionen mit schlechter Tages-Einsatzbereitschaft.

Good Practice

- *Das Rote Kreuz Steiermark hat dafür eine **Smartphone-App** entwickelt und Anfang Mai 2015 in Betrieb genommen, die Standortdaten des Smartphones an die Leitstelle übermittelt. Damit werden im Notfall jene Ersthelfer alarmiert, die am schnellsten am Einsatzort sind. Durch die Applikation wird es unerheblich, ob die entsprechende Mitarbeiterin oder der entsprechende Mitarbeiter gerade wandert, schifährt oder einkauft. Wann immer man sich bereit fühlt, in umfangreichem Ausmaß zu helfen, kann man das tun. Das ermöglicht es, gerade auch in entlegenen Gebieten, ein dichtes Versorgungsnetz für die Bevölkerung zu knüpfen.* www.rotekreuz.at/news/datum/2015/04/20/weltneuheit-aus-der-steiermark-handy-app-disponie/

Wer ist zuständig?

EntscheidungsträgerInnen von Einsatzorganisationen gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Gemeinden, Bezirksverwaltungsbehörden und Unternehmen (z. B. Betriebsfeuerwehrkommandanten)

Wer soll mitarbeiten?

Je nach Initiative unterschiedliche Verantwortliche von Einsatzorganisationen und aus der Verwaltung

1.7 Einsatzkräfte entlasten

Warum ist das notwendig?

Ehrenamtliche Einsatzkräfte sind häufig Doppel- bzw. sogar Mehrfachbelastungen ausgesetzt: Beruf, Pendeln, Familie, Freiwilligenengagement etc. Bei größeren Katastrophen sind Freiwillige oftmals tage- oder sogar wochenlang im Einsatz und dabei enormen körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Dazu kommt, dass dafür vorwiegend jene Zeiten aufgewendet werden müssen, die zur Regeneration und Erholung dringend nötig wären: Nächte, Wochenenden und Urlaube.

Was soll damit erreicht werden?

Der sorgsame Umgang mit den Ressourcen freiwilliger Einsatzkräfte soll oberstes Gebot sein, um einer Überlastung und Burnout-Gefahr bei freiwilligen Einsatzkräften vorzubeugen.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Konzentration auf Kernaufgaben:** Evaluieren, ob alle Einsätze tatsächlich an die Feuerwehr zu adressieren sind. Mit der Gemeindeverwaltung klären, welche Arten von Einsätzen künftig von anderen AkteurInnen oder von Dienstleistern übernommen werden (GemeindearbeiterInnen, Forstbetriebe, Maschinenring etc.);
 - *Hochwasserschutzvereine an der Donau übernehmen Aufbau, Abbau und Reinigung von mobilen Hochwasserschutzwänden (z. B. Team Weißenkirchen),*
 - *Fire Corps (USA). "Non-Emergency-Volunteers": Einsatzkräfte werden freigespielt für Einsätze; Freiwillige übernehmen nicht-operative Aufgaben wie Buchhaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Wartung, damit die Kapazitäten von geschulten Feuerwehrleuten für Einsätze genutzt werden können.*
- Zur Entlastung von engagierten Einsatzkräften und ihren ArbeitgeberInnen/Arbeitgebern kann bspw. vereinbart werden, dass diese **nur in Akutfällen** wie etwa bei Bränden und Unfällen ausrücken (nicht bei „Ast in der Einfahrt“);
- **Einsatz nach Fähigkeiten** optimieren: Einsatztruppe, logistischer Bereich, Organisieren von Veranstaltungen, spezifische Funktionen wie Kranmaschinist etc.

**Good
Practice**

Wer ist zuständig?

EntscheidungsträgerInnen und Personalverantwortliche von Einsatzorganisationen

Wer soll mitarbeiten?

Verantwortliche in Einsatzorganisationen, Gemeinden und Unternehmen

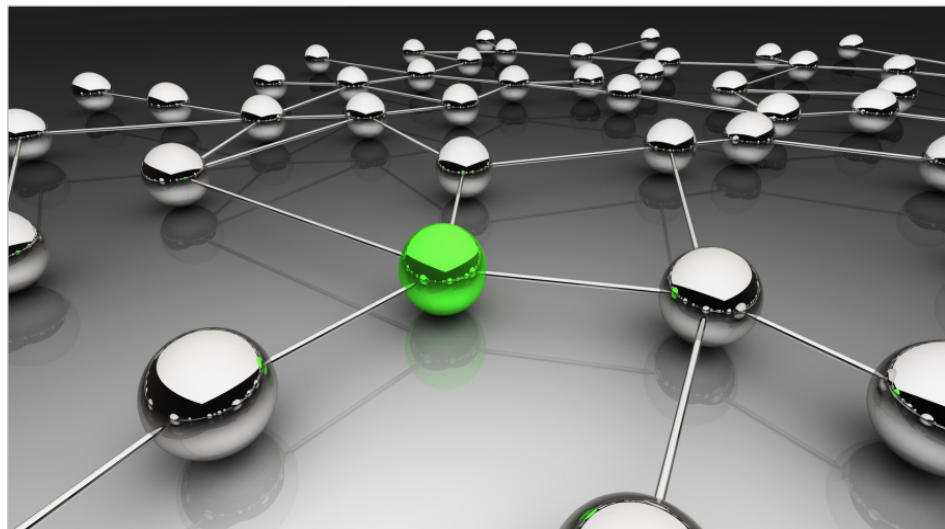
1.8 Organisationsstrukturen optimieren und besser vernetzen

Warum ist das notwendig?

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen stehen Einsatzorganisationen häufig zugleich vor personellen, strukturellen und finanziellen Herausforderungen. Es wird zunehmend wichtiger, Optimierungspotenziale zu erkennen, um aktuellen und künftigen Anforderungen gerecht zu werden.

Was soll damit erreicht werden?

Die Möglichkeiten für strukturelle Anpassungen, Vernetzung und Kooperationen sollen identifiziert und genutzt werden, um die vorhandenen Mittel und Ressourcen möglichst effektiv einzusetzen.



© ParrisCope – Fotolia.com

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Logistik und Führungsstrukturen für spontane, informelle Freiwillige** schaffen (z. B. Reservisten führen Teams von unverbindlichen Freiwilligen, Online-Arbeitsbörsen vernetzen zwischen Schadensmeldungen von Betroffenen und unverbindlichen HelferInnen mit den benötigten Qualifikationen);
- **inter-institutionelle Vernetzung** fördern, z. B. indem ein Mitglied des Roten Kreuzes zu einer Feuerwehr-Schulung eingeladen wird;
- **stärkere Zusammenarbeit mit mobilen Pflegediensten**, Pensionistenverbänden und HausärztInnen, um vulnerable Gruppen zu identifizieren und besser zu schützen;
- **bedarfsorientierte Ausrüstung** der Einsatzorganisationen basierend auf Risikoanalysen (Naturgefahrensteckbrief Gemeinde): Ausrüstungsbedarf an Stützpunkten, Fahrzeugen, Gerätschaft wie Großpumpen, Generatoren, Sandsackabfüllmaschinen, Wassersauger etc. ermitteln und anpassen);
- **evaluieren**, ob die eigenen Strukturen mehr Einsätzen und höheren Anforderungen standhalten:

- interne Abläufe und Strukturen, z. B. im Rahmen von Übungen, auf Effizienz prüfen und bei Bedarf **konkrete Maßnahmen** formulieren und umsetzen;



Clemens Liehr

- Zusammenarbeit mit benachbarten Feuerwehren und/oder anderen Einsatzorganisationen fördern: Arbeitsteilung vereinbaren, Gerätschaften und Infrastruktur gemeinsam nutzen;

- Hohe Effizienz, Wirtschaftlichkeit, eine gesicherte Tageseinsatzbereitschaft – ein Miteinander mit vielen Vorteilen. Die **Freiwilligen Feuerwehren Deutschkreuz und Girm** im Burgenland zeigen vor wie es gehen kann: Gemeinsames Kompetenzzentrum und Arbeitsteilung (→ Bericht „Ein Haus zu zweit“ in FEUERwehrOBJEKTIV 8/2014, S. 42ff);
- Admont: **Feuerwehr und Rettung in einer Organisation**. In Admont gibt es österreichweit die einzigartige Konstellation, dass Feuerwehr und Rettung in einer Organisation vereint sind. Dies hat bei den verschiedensten Einsätzen den Vorteil, dass noch effizienter und schneller Hilfe geleistet werden kann. Die Rettungsabteilung Admont ist einerseits selbstständig als Rettungsorganisation im Einsatz (z. B. Kranken- und Verletztentransporte) und andererseits auch als Feuerwehrrrettung bei jedem Feuerwehreinsatz im Dienst. Rettungswesen ist durch einen Landtagsbeschluss der Steiermärkischen Landesregierung gesetzlich geregelt und anderen Rettungsorganisationen gleichgestellt. In der Feuerwehr und der Rettungsabteilung versehen ausschließlich ehrenamtliche MitarbeiterInnen ihren Dienst.

Die Rettungsorganisation finanziert sich ausschließlich durch Einsätze, Spenden und Beiträge der unterstützenden Mitglieder. Sämtliche Rettungsfahrzeuge, Einsatzbekleidung und Rettungsmaterial werden von der Rettungsabteilung Admont selbstständig finanziert, d. h. es gibt z. B. für den Ankauf eines Rettungswagens keine öffentliche Förderung.

Good Practice

Wer ist zuständig?

Leitungspersonen und EntscheidungsträgerInnen von Einsatzorganisationen

Wer soll mitarbeiten?

Verantwortliche und Mitglieder von Einsatzorganisationen, mobile Pflegedienste, Pensionistenverbände, Hausärzte und Hausärztinnen etc.

1.9 Ausbildung und Personalmanagement optimieren

Warum ist das notwendig?

Technisch hochspezialisierte Gerätschaften sowie sich laufend ändernde Rahmenbedingungen erfordern spezifische Ausbildungsmodulare. Diese müssen einerseits hohen Anforderungen gerecht werden und immer aktuellen Standards entsprechen, dürfen aber andererseits möglichst wenig Zeit und finanzielle Ressourcen in Anspruch nehmen. Zudem müssen sie kompatibel mit Ausbildungsstandards anderer/benachbarter Organisationen sein und Karrieremöglichkeiten für engagierte Freiwillige berücksichtigen. Darüber hinaus wird das Thema Naturgefahren und deren Bewältigung aufgrund des Klimawandels zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dies soll auch verstärkt in die Ausbildung Eingang finden.

Was soll damit erreicht werden?

Der professionelle Umgang mit neuen Herausforderungen und veränderten Gefahrensituationen wird gesichert.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- EntscheidungsträgerInnen und Einsatzkräfte über die **Auswirkungen des Klimawandels** sensibilisieren und informieren;
- **Ausbildungspläne für Feuerwehren anpassen**, mit zusätzlichem Fokus auf den Schutz vor Naturgefahren und die Vorsorge (dzt. liegt der Fokus auf Brandschutz);

Good Practice

- *Konzept Ausbildung Naturgefahren Vorarlberg:*

*Die Vorsorge vor Naturgefahren nimmt einen immer wichtigeren Stellenwert sowohl im Naturgefahrenmanagement als auch im Katastrophenschutz ein. Zahlreiche nationale und internationale Strategien fordern hier konkrete Maßnahmen. Ein Ansatz, dem strategischen Ziel – dem verbesserten Umgang mit Naturgefahren – näherzukommen ist es, dass freiwillige Einsatzorganisationen bzw. deren Angehörige für Aufgaben der Prävention herangezogen werden. Dabei geht es nicht um die kostengünstige Alternative, diese Tätigkeiten auf freiwillige Einsatzkräfte abzuschieben, sondern primär, **um die Freiwilligen Feuerwehren im thematischen Umfeld zu stärken und sich auf zukünftige Herausforderungen adäquat einzustellen (Klimawandel, Tageseinsatzbereitschaften, Überalterung der Gesellschaft, Steigerung***

der Schäden durch Naturgefahren, sinkendes langfristiges freiwilliges Engagement der Gesellschaft, sinkende Eigenverantwortung). Dabei ist die Multiplikatorenfunktion der Feuerwehren ausgesprochen wichtig. Nicht umsonst erfreuen sich Feuerwehrmänner und -frauen an einem äußerst hohen gesellschaftlichen Stellenwert.

Aufgrund dieser Rahmenbedingungen will der Landesfeuerwehrverband Vorarlberg mit Herbst 2015 eine Pilotausbildung als Grundmodul starten, um den Bereich Naturgefahren innerhalb der Feuerwehren zu stärken.

- **Voraussetzung für TeilnehmerInnen:** Grundlegendes Verständnis über Wetter, Klima und Naturgefahren, technisches Verständnis und Kenntnisse von Schutzmaßnahmen und Einsatzmittel, gute Orts- und Geländekenntnisse (Infrastruktur, Gefahrenstellen, Risiken), hohe Verfügbarkeit vor Ort, hohe Kommunikationsfähigkeit, Krisenfestigkeit und Maß an Diplomatie
- **Detailplanung der Ausbildung:**
 - Wetter und Klima
 - Hagel, Sturm, Starkniederschläge
 - Hochwasser
 - Wildbachprozesse
 - Massenbewegungen
 - Warnung und Alarmierung, Katastrophenschutz
 - Risikoanalyse und Maßnahmenplanung
- **Mögliche Tätigkeitsfelder:**
 - **Rolle und Aufgaben in der Prävention/Vorsorge**
 - Analysen von Naturrisiken
 - darauf aufbauende Interventions- und Maßnahmenplanungen für die Feuerwehren
 - **Rolle und Aufgaben vor, während und nach dem Einsatz**
 - Selbstständige Wetterbeobachtung im Gemeindegebiet, Verknüpfung von regionaler Vorhersage mit lokalen Gegebenheiten und Auswirkungen
 - Information der Entscheidungsträger/innen vor möglichen Ereignissen auf Basis der Beobachtungen, der Erfahrung und Wetterwarnungen
 - Beratung der technischen Einsatzleitung bei Naturgefahrenereignissen in Absprache mit behördlichen Vertretern
 - Auf Selbstschutz der Einsatzkräfte und Bevölkerung achten.

- Koordinierten **Umgang mit spontanen Freiwilligen** schulen;
- modernes **professionelles Ausbildungs- und Personalmanagement** wie bei Unternehmen:
 - Ausbildungsprogramme und Karrierepläne entwickeln;
 - Trainee-Programm und Schnuppertage für Führungspositionen und alternative Karrierewege ins Leben rufen;

- Rotationsprinzip und zeitliche Begrenzung von Amtsperioden in Führungspositionen einführen, um auch jüngeren Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, in die Führungsetage aufzusteigen;
- „**Train the Trainers**“-Programm zur Vorbereitung auf die Aufgabe der professionellen Wissensvermittlung etablieren;
- regelmäßige **Weiterbildungs-** und **Auffrischkurse** anbieten;
- maßgeschneiderte Seminarprogramme, angepasst an die Erfordernisse der unterschiedlichen Funktionen anbieten;

Good Practice

- *FF Wels (Quelle: Franz Humer, Feuerwehrkommandant Wels, in: FeuerwehrObjektiv 8/2013): Ein wöchentlicher „Übungsabend“ mit einer max. Dauer von 90 Minuten wurde eingesetzt; dabei sind eine gute Vorbereitung und klar definierte, fokussierte Unterrichtseinheiten essenziell. So konnte eine wöchentliche Beteiligung von 60 % erreicht werden.*

- Koordinieren der Ausbildungen über Bezirks- und Bundeslandgrenzen hinweg, um einen möglichen Wechsel zu erleichtern;
- **regelmäßige** Durchführung von **Übungen** sicherstellen, auch international, bundesländerübergreifend und Einsatzorganisationen-übergreifend.



© Philipp Babicky

Wer ist zuständig?

Verantwortliche für Personal und Ausbildung in Einsatzorganisationen

Wer soll mitarbeiten?

Unterschiedliche Akteure aus Einsatzorganisationen, Verwaltung und Bildung

1.10 An klimafitten Katastrophenschutzplänen und weiteren Planungsinstrumenten auf Gemeindeebene mitarbeiten

Warum ist das notwendig?

Wann und in welchen Abständen Katastrophenschutzpläne zu aktualisieren sind, ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. Daher ist es möglich, dass Katastrophenschutzpläne nicht mehr den aktuellen Herausforderungen entsprechen, insbesondere dann, wenn bereits seit langer Zeit kein Ereignis aufgetreten ist. Um im Ernstfall rasch, angemessen und koordiniert reagieren zu können, ist es notwendig, Katastrophenschutzpläne regelmäßig auf ihre Aktualität zu prüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten.

Was soll damit erreicht werden?

Klimafitte, aktuelle und praxistaugliche Katastrophenschutzpläne unter Einbeziehung des Wissens und der Erfahrung der in der Gemeinde tätigen Einsatzorganisationen.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- Bei der Erstellung oder Aktualisierung von Katastrophenschutzplänen in den Gemeinden und auf Bezirksebene das **Wissen** erfahrener Einsatzkräfte einbringen;
- in Katastrophenschutzplänen den Umgang mit **spontanen Freiwilligen** einplanen;
- bei Risikoanalysen und -bewertungen auf Gemeindeebene das Wissen und die Erfahrungen einbringen;
- eine **beratende Rolle** für die Weiterentwicklung bzw. Überarbeitung von örtlichem Entwicklungskonzept, Flächenwidmungsplan und Bebauungsplan auf Gemeindeebene anbieten.

Wer ist zuständig?

EntscheidungssträgerInnen von Einsatzorganisationen

Wer soll mitarbeiten?

Unterschiedliche Akteurinnen und Akteure aus sämtlichen Einsatzorganisationen auf Gemeindeebene und der Gemeindeverwaltung.

2 GEMEINDEN

Herausforderungen

Gemeinden sind zentrale Akteure, wenn es um Vorsorge und Katastrophenschutz geht. Aufgrund ihres vielfältigen Aufgaben- und Leistungsspektrums (Brandschutz und Rettungswesen, örtliche Raumplanung, Straßenbau und -erhaltung, Wasserversorgung, Kanalisation etc.) sind Gemeinden besonders gefordert, sich auf veränderte Rahmenbedingungen einzustellen.

Die Finanzierung und Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren gehört zu den wichtigsten Aufgaben von Gemeinden. Erhebliche finanzielle Ressourcen und personelles Engagement sind erforderlich, um Bedrohungen wie Feuer oder Naturgefahren abzuwenden. Dazu kommt, dass Gemeinden im Handlungsbereich Katastrophenmanagement vielfältige und komplexe Aufgaben zu bewerkstelligen haben: Vom frühzeitigen Erkennen von Gefahren bis hin zur Koordinierung von Einsatzmaßnahmen, Krisenmanagement und Information der Bevölkerung.

Zunehmende Gefährdungspotenziale erfordern sowohl eine Überarbeitung der Gefahrenzonenausweisung und Flächenwidmungspläne als auch eine Anpassung von Katastrophenschutz- und -einsatzplänen. BürgermeisterInnen und weitere EntscheidungsträgerInnen sind gefordert, mit den vorhandenen Ressourcen zeitgerecht die bestmöglichen Vorkehrungen zu treffen.



© BH Perg

2.1 Eigenvorsorge stärken

Warum ist das notwendig?

Einerseits beeinflusst der Klimawandel die Häufigkeit und Intensität von Naturgefahren, andererseits erhöhen zunehmende exponierte Werte und die weitere Ausdehnung des Siedlungsraums das vorhandene Schadenspotenzial. Die Umsetzung technischer Schutzmaßnahmen und die Schadensbehebung nach einer Katastrophe belasten die häufig bereits angespannte finanzielle Situation in Gemeinden noch zusätzlich. Verantwortliche in Gemeinden sind daher gefordert, sowohl selbst vorsorgende Maßnahmen zu setzen als auch ihre BürgerInnen zu vorsorgendem Handeln zu motivieren.

Was soll damit erreicht werden?

BürgerInnen sollen befähigt werden, angemessene Maßnahmen zur Eigenvorsorge zu setzen. Damit wird das Schadensausmaß bei Naturkatastrophen reduziert, Gemeindebudget und Einsatzkräfte werden entlastet.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung** zum Themenbereich Vorsorge vor Naturgefahren, Katastrophenschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in der Bevölkerung:
 - Informationen rund um den Themenbereich in lokalen Medien transportieren;
 - Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung organisieren (z. B. Katastrophenvorsorge, Auswirkungen des Klimawandels, Maßnahmen im Bereich Bauen & Wohnen etc.);
 - lokale Veranstaltungen von Vereinen zur Sensibilisierung der Bevölkerung nutzen;
 - Wettbewerbe organisieren (z. B. innovative Ideen, konkrete Projekte, Malwettbewerbe etc.);
 - Ausstellungen zum Themenbereich Klimawandelfolgen & Naturgefahren organisieren;
 - gemeinsame Begehungen von Gefahrenstellen, z. B. vergangene Hochwassermarken sichtbar machen und in Erinnerung rufen;
 - Anreize für die Bevölkerung schaffen und gelungene Beispiele der Eigenvorsorge öffentlich kommunizieren;
 - neue Kommunikationstechnologien einsetzen.

- **Dornbirn-App „Schau auf Dornbirn“** zur interaktiven Kommunikation zwischen Bürgerinnen/Bürgern und Stadtverwaltung. BürgerInnen können Problembereiche, Schäden und Verbesserungsvorschläge (z. B. kaputte Straßenlaternen, Unfall-Gefahrenstellen) mit Foto, Standort und Kommentar direkt an die zuständige Stelle im Rathaus melden. Die BürgerInnen können sich dadurch intensiver am Gemeindeleben beteiligen. Erforderlich sind aber auch Personalressourcen in der Stadtverwaltung, um auf die Meldungen unverzüglich und transparent zu reagieren <https://schau.auf.dornbirn.at/>

**Good
Practice**

- „**Stadt Graz Feuerwehr App**“ Die seit 2014 verfügbare App ist ein Serviceprodukt und bündelt zahlreiche Vorteile wie z. B. ein Frühwarnsystem, Wetter- und Hochwasserinformationen sowie wichtige Ratgeber direkt am Handy. Ein Ampelsystem informiert über den Gefahrenstatus für unterschiedliche Ereignisse. Dieses dient in erster Linie einer Rahmen- bzw. Grundinformation der Bevölkerung.

<http://www.katastrophenschutz.graz.at/cms/beitrag/10234307/2090541/?346241412>

- **Bewusstseinsbildung und Erhöhung der Beratungskompetenz** innerhalb der Gemeindeverwaltungen:
 - Eine/n **AnsprechpartnerIn** für Naturgefahren-Vorsorge in der Gemeinde etablieren;
 - Kooperation und Austausch mit Einsatz- und Hilfsorganisationen verstärken;
 - Schulungen und Weiterbildung für MitarbeiterInnen der Gemeindeverwaltung zur Stärkung der Beratungskompetenz.

Good Practice

- ‘**Climate Change Adaptation Skills for Professionals Program**’ (Australien): Das Programm richtet sich an FachexpertInnen und PraktikerInnen, mit dem Ziel, die Betroffenheit durch den Klimawandel zu reduzieren und aufzuzeigen, wie die Herausforderungen des Klimawandels bestmöglich bewältigt werden können. Dazu werden in Kursen Hintergrundinformationen zum Klimawandel sowie Strategien zur Anpassung und konkrete Anpassungsmaßnahmen vermittelt. Entwickelt wurde das Programm im Auftrag des Departments für Klimawandel der Australischen Regierung, vom Umweltinstitut Australien in Kooperation mit dem Umweltinstitut Neuseeland. Kurse werden seit dem Jahr 2007 angeboten.

<http://www.usc.edu.au/university/faculties-and-divisions/faculty-of-science-health-education-and-engineering/faculty-research/climate-change-education-and-research>

- **Bewusstseinsbildung bei Land- und ForstwirtInnen:** Sensibilisierung für Maßnahmen, die Erosion vermeiden, den Wasserrückhalt in der Fläche erhöhen, die Bedeutung eines stabilen Schutzwaldes betonen und die sichere Lagerung von Holz oder Siloballen gewährleisten, um Abschwemmungen und dadurch ausgelöste Verklausungen zu vermeiden;



© Foto: Bundesheer/GREBIEN

- **zielgruppengerecht kommunizieren und Gender-spezifische Aspekte berücksichtigen:** Frauen spezifisch ansprechen und auf gendergerechte Formulierungen achten. Unterschiedliche Bedürfnisse, Wahrnehmungen und Fähigkeiten werden derzeit kaum thematisiert. Des Weiteren sind Frauen in der Gemeindepolitik und bei den Feuerwehren unterrepräsentiert
- **Förderungen** für den nachträglichen Einbau von Schutzmaßnahmen an Privatgebäuden, z. B. wasserdichte Kellerfenster, Abwasser-Rückschlagklappe, Verankerung von Öltanks;
- ein 100%iger Schutz ist nicht möglich, ein gewisses **Restrisiko** bleibt trotz technischer Schutzbauten bestehen: die Bevölkerung über das verbleibende Restrisiko **aufklären**;
- **Aus- und Weiterbildung** von Gemeinde-Mitarbeiterinnen und -mitarbeitern (Bauamts-LeiterInnen, PlanerInnen etc.) im Bereich Klimarisiko-Management und Naturgefahrenprävention.

- ***Beratungsstelle für Naturgefahrenprävention des Landesfeuerwehrverbands Vorarlberg 2014** (→ siehe auch Kapitel 1.1): Die Beratung richtet sich an private EigentümerInnen, Unternehmen und Gemeinden durch Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenorientierte Informationsbereitstellung (Internet, soziale Medien, Broschüren).*

**Good
Practice**

Wer ist zuständig?

BürgermeisterInnen, Gemeinderätinnen/Gemeinderäte, BauamtsleiterInnen, Verantwortliche für örtliche Raumplanung, Tourismus und Kommunikation etc.

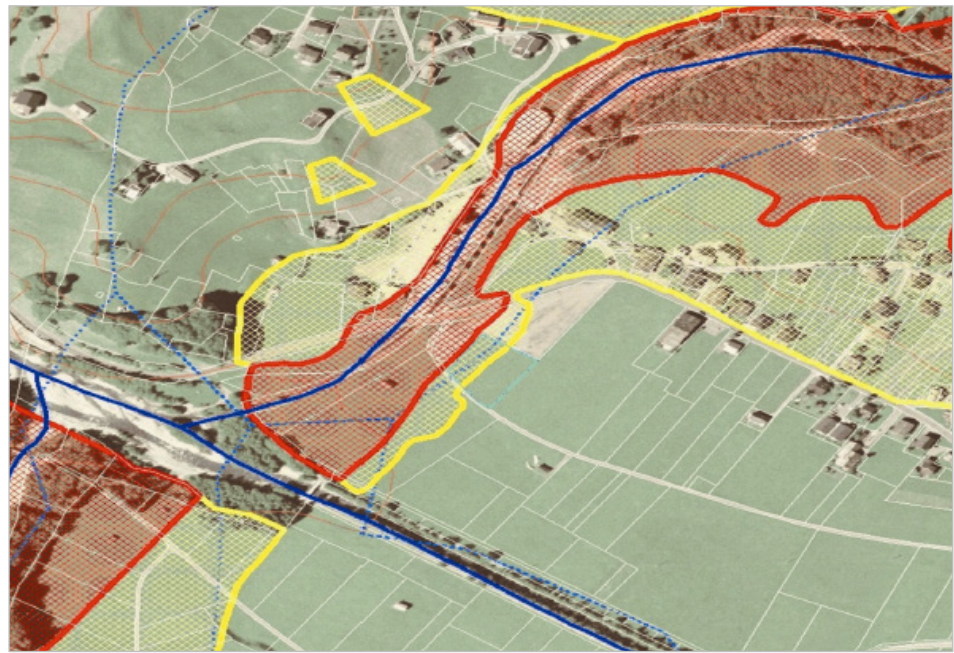
Wer soll mitarbeiten?

MitarbeiterInnen der Gemeinde im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche, Einsatzorganisationen und erfahrene Einsatzkräfte miteinbeziehen.

2.2 Prävention in der regionalen und lokalen Planung verankern

Warum ist das notwendig?

Wesentlich ist, veränderte Klimabedingungen und Naturgefahrenpotenziale in Plänen, Konzepten, Entscheidungen und bei der konkreten Ausgestaltung von Projekten zu berücksichtigen. Insbesondere bei der Flächenwidmungsplanung sowie bei der Planung von Vorhaben mit langfristigen Bestand ist eine frühe Einbeziehung dieser Aspekte hoch relevant – etwa bei Standortentscheidungen, Neubau oder Sanierung von Gebäuden, Hochwasserschutzanlagen, Verkehrs-, Wasserversorgungs- und Energieinfrastruktur. Dadurch kann das Schadensrisiko erheblich reduziert werden und bei geringem Mehraufwand ein langfristiger Nutzen entstehen. Eine vorausschauende Planung ermöglicht ein späteres Nachjustieren, falls sich die Bedrohungslage verändert.



© Wildbach- und Lawinerverbauung Österreich

Was soll damit erreicht werden?

Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen und Naturgefahrensituationen bereits in Konzepten und Plänen zu berücksichtigen ist eine zentrale Maßnahme, die es ermöglicht, Gefahrenpotenziale rechtzeitig zu erkennen, nachhaltige Maßnahmen zu verankern, Schäden abzuwenden und letztendlich Kosten einzusparen.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- Bestehende **Konzepte und Pläne** (örtliches Entwicklungskonzept, Flächenwidmungsplan, Bebauungsplan, Katastrophenmanagementplan etc.) an veränderte klimatische Bedingungen und Naturgefahrensituation **anpassen**, indem der Gefahrenzonenplan, Hochwasserrisikokarten etc. berücksichtigt werden;
- **Siedlungsentwicklung** durch regionale Raumordnungsprogramme aktiv **steuern**: Bestehende Entwicklungen nicht nachträglich legitimieren, sondern aktive und vorausschauende Steuerung unter Einbeziehung klimawandelbedingter Risiken;



© Maria Deweis

- **Bauverbote bzw. Auflagen** für Neubauten in Gefahrenzonen in Flächenwidmungsplänen ausweisen und konsequent umsetzen;
- **Integriertes Hochwassermanagement** mit robusten und nachhaltigen Maßnahmen: Dabei sind sich ändernde klimatische Bedingungen ebenso zu berücksichtigen wie soziale, ökonomische und ökologische Aspekte. Insbesondere bei großen Projekten ist es notwendig, über Partei- und Gemeindegrenzen hinweg zusammenzuarbeiten;
- zu schützende **Objekte und kritische Infrastrukturen** festlegen, ausweisen und ausreichende Finanzierung von Schutzmaßnahmen (inkl. Instandhaltung) sicherstellen;
- **Kooperation** mit Bezirksbehörden, der Wildbach- und Lawinverbauung (Gefahrenzonenplan), der Schutzwasserwirtschaft, der Forstwirtschaft (forstliche Raumplanung, nachhaltige Schutzwaldbewirtschaftung) pflegen;
- **Einsatzorganisationen** verstärkt in die Prävention einbinden, um ihr Wissen zu Gefahrenstellen und neuralgischen Punkten sowie die praktischen Erfahrungen für die Anpassung der bestehenden Konzepte und Pläne auf Gemeindeebene zu nutzen;
- Möglichkeiten für die **Finanzierung** des geforderten Schutzniveaus ausloten: Falls Gemeinden Beiträge einheben müssen, um ein hohes Schutzniveau für die BürgerInnen aufrecht zu erhalten, könnten eventuell aktive Freiwillige in Einsatzorganisationen niedrigere Beiträge leisten;
- **Risikozonen** auch in touristisch genutzten Gebieten sichtbar darstellen, um Gäste zu sensibilisieren und vor möglichen Naturgefahren zu schützen;
- verpflichtende bzw. freiwillige **Beratung** in Form eines „Sicherheits-Assessments“ für Wohn-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude nach Katastrophen für die Wiederaufbauphase anbieten;
 - *IGS und TÜV Austria Consult bieten Beratung zur Vorbeugung von Schäden durch Naturgefahren an (siehe Kapitel 5)*
- sachgemäße **Gewässerpflege**, um den Hochwasserabfluss sicherzustellen und geeignete Flächen für den Hochwasserrückhalt schaffen.

**Good
Practice**

Wer ist zuständig?

BürgermeisterInnen, Gemeinderätinnen/Gemeinderäte, Bauamts-LeiterInnen, Verantwortliche der örtlichen Raumplanung etc.

Wer soll mitarbeiten?

MitarbeiterInnen der Gemeinde im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche, Einsatzorganisationen und erfahrene Einsatzkräfte miteinbeziehen

2.3 Freiwilligenengagement unterstützen und Attraktivität steigern

Warum ist das notwendig?

Damit Freiwilligenengagement auch künftig als wesentliche Säule im Katastrophenschutz erhalten bleibt und um auf kommunaler Ebene einen funktionsfähigen Katastrophenschutz sicherzustellen, ist es notwendig, Einsatzkräfte und Organisationen von Seiten der Gemeinde nach Maßgabe der eigenen Möglichkeiten zu unterstützen.

Was soll damit erreicht werden?

BürgerInnen sollen motiviert werden, sich freiwillig in Einsatzorganisationen zu engagieren.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- **Wertschätzung** von Freiwilligenarbeit steigern, beispielsweise durch:
 - Berichte über besondere Leistungen und Verdienste von ehrenamtlich engagierten BürgerInnen auf der Gemeindehomepage und in der Gemeindezeitung;
 - Veröffentlichung ehrenamtlich geleisteter Arbeitsstunden;
 - Bevorzugung von ehrenamtlich aktiven Personen bei Personalentscheidungen und Ausschreibungen etc.;
 - Feste zum Dank für besonders herausfordernde Ereignisse organisieren (z. B. anlässlich Hochwasser-Einsatz) und diese nutzen, um neue Freiwillige zu akquirieren;

Good Practice

- **Gemeinde Virgen (Osttirol):** *Nach Katastrophenfällen wie im Sommer 2012 ist es auch wichtig, Zeichen der Anerkennung und des Dankes zu setzen. Mit einem Dankesfest hat sich die Gemeinde bei allen Helferinnen/Helfern, Einsatzkräften und der Zivilbevölkerung für den großartigen Zusammenhalt und die Hilfe bei den Aufräumarbeiten bedankt. Eine derartige Wertschätzung ist für den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinde immens wichtig und motiviert auch zukünftig zu helfen. Es stärkt das Vertrauen und vermittelt jeder/m Einzelnen das Gefühl, im Notfall nicht alleine dazustehen, sondern rasche Unterstützung zu bekommen.*

- **Bludenz (Vorarlberg):** 24-Stunden-Tag der Jugend-Einsatzorganisationen und drei Monate später Bowlingabend mit Bürgermeister für alle TeilnehmerInnen.

- Unterstützung der Freiwilligenorganisationen bei der **Öffentlichkeitsarbeit:** Bewerbung von Freiwilligenorganisationen in der Gemeindezeitung, auf der Homepage, bei Festen und Ausstellungen etc.. Vorteile für die Gemeinde: Bindung an den Ort, Erhöhung der Identifikation mit dem Wohnort;

- **Freiwilligenarbeit in der Gemeinde – ein Leitfaden:** Der Leitfaden möchte die Öffentlichkeit für die Anliegen der Freiwilligenarbeit sensibilisieren und innovative Ansätze zur Förderung der Freiwilligenarbeit aufzeigen. Handlungsmöglichkeiten für lokale Akteurinnen und Akteure werden aufgezeigt und eine Checkliste für mögliche Maßnahmen sowie Anregungen und Tipps aus der Praxis runden den Leitfaden ab. <http://webfolder.eurac.edu/EURAC/Publications/Institutes/autonomies/pubman/Leitfaden-DE-DEF.pdf>

**Good
Practice**

- bei Bedarf **GemeindemitarbeiterInnen**, Mitglieder von im Ort etablierten Vereinen und Saisonarbeitskräfte im Tourismus motivieren, um sich in Einsatzorganisationen ehrenamtlich zu engagieren;
- Möglichkeiten für **gemeinsame Nutzung** von personeller, materieller und institutioneller Infrastruktur mit Einsatzorganisationen prüfen und wo sinnvoll realisieren.

Wer ist zuständig?

BürgermeisterInnen, Gemeinderätinnen/Gemeinderäte, Facility ManagerInnen, Kommunikationsverantwortliche etc.

Wer soll mitarbeiten?

MitarbeiterInnen der Gemeinde im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche, Verantwortliche von Einsatzorganisationen miteinbeziehen (z. B. für Kommunikation, Personal, Ausrüstung etc.)

2.4 Professionelle Kommunikation im Krisenfall

Warum ist das notwendig?

Hochwasser und andere Katastrophen durch Naturgefahren nehmen in der medialen Berichterstattung einen hohen Stellenwert ein. Sie lösen Betroffenheit, Neugier und Interesse aus. Sie sind eine wichtige Informationsquelle und können zur Sensibilisierung der Bevölkerung beitragen. Für die Öffentlichkeit besteht ein Recht auf Information. In Medienberichten ist mitunter eine Tendenz zu einer emotionsbezogenen und auf Sensationslust ausgerichteten Berichterstattung zu beobachten. Unter anderem werden in den letzten Jahren zunehmend die sozialen Medien von Schaulustigen genutzt, um ihre Sicht der Dinge oder aus dem Zusammenhang gerissene Einzelbeobachtungen zu verbreiten.

Gerade während so sensibler Situationen wie bei Katastrophen ist eine aktuelle, neutrale und den Tatsachen entsprechende Information notwendig. Eine erfolgreiche Krisenkommunikation ist das Ergebnis einer guten Vorbereitung und einer abgestimmten Vorgehensweise aller in der Bewältigung eingesetzten Akteurinnen und Akteure.

Was soll damit erreicht werden?

Eine abgestimmte und objektive Berichterstattung kann die Sensibilisierung der Bevölkerung erhöhen und dazu beitragen, dass sich Personen im Nahbereich einer Katastrophe nicht unbedacht in Gefahr bringen.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- Einrichtung eines **Krisenstabes** zur Koordination und Abstimmung der Pressarbeit. Im besten Fall wird eine Person ernannt, die mit den Medien spricht, wie z. B. eine speziell geschulte Person aus der Gemeinde oder ein erfahrenes Feuerwehrmitglied der „Generation 60+“ (siehe Sachgebiet 5 – Öffentlichkeitsarbeit S5 gemäß der Richtlinie für das Führen im Katastrophenmanagements (BmI 2007));
- unmittelbar vor Interviews die aktuelle Lage und die zu transportierenden Inhalte im Krisenstab besprechen und nach Möglichkeit eine dafür geschulte Person für die Information der Medien benennen;
- nur **abgesicherte Informationen** weitergeben und die Privatsphäre der Betroffenen schützen. Berichtersteller versuchen mitunter, Betroffene und Zeugen zu interviewen und vor die Kamera zu bekommen;
- **Kooperative Medienarbeit** sicherstellen und auf Anfragen/Bitten der Berichtersteller eingehen, soweit dies möglich ist;
- MedienvertreterInnen für eine angemessene Berichterstattung während einer Krise („Sensationslust“) sensibilisieren;
- **soziale Medien** besser nutzen:
 - Kanalisieren von Gruppen, die sich spontan auf Facebook selbst organisieren → Freiwilligenengagement bewerben,
 - Einsatzorganisationen sollen Diskussionen in sozialen Netzwerken verfolgen, wenn nötig moderierend/richtigstellend eingreifen,
 - Informationen für spontan sich zur Verfügung stellende Hilfwillige bereitstellen;
- formelle und spontane (informelle) Freiwillige für das Unterlassen von privaten Postings und Fotos vom Einsatzort sensibilisieren, um das Risiko von Gerüchten, Falschmeldungen bis hin zu Verletzung von Persönlichkeitsrechten zu vermeiden.

Good Practice

- **Landesfeuerwehrverband NÖ:** Jeder größere Einsatz wird von einer speziell ausgebildeten Person am Einsatzort medial begleitet und auch auf Facebook professionell betreut (Bosnien (<https://www.facebook.com/noe122.at>)).
- **Naturgefahren in den Medien:** spannende Fakten platzieren und Öffentlichkeit informieren: Die 12-seitige Broschüre bietet umfangreiche Tipps und Anregungen, wie Medienarbeit im Ereignisfall und zu Natur-

gefahren generell gelingen kann. Ziel ist es, die breite Öffentlichkeit zu erreichen und damit die Eigenverantwortung zu fördern. 10 Grundsätze zur Medienarbeit, Fragen zur Vorbereitung und vier Checklisten (Medienmitteilung, Lokaltermin, Interview und Medienkonferenz) unterstützen Gemeinden und Einsatzorganisationen bei der Planung und Umsetzung ihres medialen Auftritts.

http://www.planat.ch/fileadmin/PLANAT/Risikodialog_Dokumente/DE/Instrumente-fuer-die-Medienarbeit.pdf

Wer ist zuständig?

Je nach räumlicher Ausdehnung und Größe der Katastrophe die Einsatzleitung auf Landes- und Bezirksebene bzw. die/der BürgermeisterIn

Wer soll mitarbeiten?

VertreterInnen der Einsatzorganisationen wie z. B. Bergrettung, Wasserrettung, Rotes Kreuz, Polizei etc.

2.5 Vorbereitung für den Krisenfall: Organisationsstrukturen & Abläufe optimieren

Warum ist das notwendig?

Veränderte Rahmenbedingungen wie z. B. ein hoher Pendleranteil im Ort, Abwanderung aus ländlichen Gebieten, ein steigender Leistungs- und zeitlicher Druck im Beruf stellen Einsatzorganisationen und vor allem kleinere Gemeinden in ländlichen Gebieten vor personelle, strukturelle und finanzielle Herausforderungen. Optimierungspotenziale auszuschöpfen und Kooperationen zu intensivieren, wird daher zunehmend wichtiger. Eine effektive Katastrophenbewältigung ist entscheidend von den Fähigkeiten der Einsatzorganisationen und der zuständigen Behörden abhängig. Im Falle des Falles sind rasch organisatorische und Lenkungsmaßnahmen erforderlich. Je nach Größe der Katastrophe ist unter Umständen auch die Mitarbeit der Bevölkerung wichtig. Das Katastrophenmanagement in Österreich beruht auf der Zusammenarbeit von Einsatzkräften zahlreicher Organisationen staatlicher (z. B. dem Bundesheer) und nicht-staatlicher Natur (z. B. Feuerwehr und Rotes Kreuz). Im Anlassfall sind die nicht-staatlichen Organisationen der weisungsberechtigten Leitung der zuständigen Katastrophenschutzbehörde unterstellt und als Katastrophenhilfsdienste aktiv. Als Einsatzkräfte werden in diesem Zusammenhang alle Personen und Institutionen einschließlich ihrer technischen Ausrüstung bezeichnet, die im Katastrophenfall zur Bergung, Rettung und Versorgung von Opfern sowie zur Durchführung von Sofortmaßnahmen zur Abwehr weiterer Schäden eingesetzt werden können (vgl. MIKLAU 2009). Um die Steuerung und das Zusammenspiel aller beteiligten Organisationen optimal zu gewährleisten, sind die Organisationsstrukturen und Abläufe regelmäßig zu überprüfen, zu üben und bei Bedarf zu optimieren.



© Bundesheer

Was soll damit erreicht werden?

Die regelmäßige Überprüfung der Organisationsstrukturen, der Abläufe und die Evaluierung von Einsätzen tragen zur Optimierung der Organisationsstrukturen, der Abläufe, der Ausrüstung und zur besseren Vernetzung sämtlicher Akteurinnen und Akteure vor allem auf Gemeindeebene bei.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- Optimierung der **Frühwarnsysteme**, um sowohl Einsatzkräfte als auch die Bevölkerung rechtzeitig zu informieren und Schäden zu vermeiden bzw. zu verringern;
- **Katastrophenschutzplan** regelmäßig auf Aktualität prüfen und bei Bedarf überarbeiten;
- regelmäßig in Zusammenarbeit mit Bezirksbehörden, den Einsatzorganisationen und ggf. Nachbargemeinden Katastrophenübungen durchführen und analysieren, um Optimierungspotenziale zu identifizieren;
- **Erfahrungsaustausch** und Kooperation unter Einbindung der Katastrophenreferenten des Bezirks mit Nachbargemeinden etablieren;
- im Falle von größeren Naturkatastrophen vorab Kooperationen und Unterstützung aus Nachbargemeinden andenken und klären;
- falls freiwillige Einsatzkräfte in der Gemeinde die Grundversorgung nicht mehr abdecken können, unterschiedliche Varianten und Kooperationsmöglichkeiten prüfen (z. B. Vereinbarungen mit Nachbargemeinden, Einsatz hauptberuflicher Einsatzkräfte, Kooperation mit Unternehmen und Betriebsfeuerwehren etc.);
- Schulungen für MitarbeiterInnen von Einsatzorganisationen forcieren und unterstützen;
- **Zusammenarbeit** mit Vereinen, Schulen, regionalen und lokalen Interessenvertretungen forcieren;

- Ansiedelung von Betrieben in der Gemeinde fördern, deren Betriebsfeuerwehren Einsätze im gesamten Gemeindegebiet unterstützen können;
- **Risikoanalysen** (Naturgefahrensteckbrief Gemeinde) erstellen und darauf aufbauend in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr dies als Basis für Optimierung der Einsatzplanung und der Ausrüstung heranziehen;
- Möglichkeiten für die Verpflegung und Unterkunft von JournalistInnen im Katastrophenfall mitdenken.

- **STABS-Koffer für Oberösterreichs Gemeinden:** *Katastrophenschutz-Führungskräfte aus oberösterreichischen Gemeinden erhalten nach der KAT-Basis-Ausbildung diesen Alukoffer mit wichtigen Utensilien für die Arbeit im Katastrophenfall. Im Ernstfall soll damit die Arbeit erleichtert werden. Schreibwerkzeuge, Ablagefächer und Kartenmaterialien beinhaltet dieser Koffer genauso wie eine Kurbeltaschenlampe, die gleichzeitig auch als Radio und Handyladegerät dienen kann.*
<http://www.zivilschutz-ooe.at/297-vorbereitet-fuer-die-katastrophenschutz-arbeit-stabs-koffer-fuer-oberoesterreichs-gemeinden.html>

**Good
Practice**

Wer ist zuständig?

BürgermeisterInnen, FeuerwehrkommandantInnen

Wer soll mitarbeiten?

VertreterInnen der Bezirksbehörden sowie von weiteren Einsatzorganisationen, wie z. B. Bergrettung, Wasserrettung, Rotes Kreuz, der Polizei etc.

2.6 Naturgefahren und Klimawandel in Instrumenten der Gemeinde verankern

Warum ist das notwendig?

Klimatische Änderungen beeinflussen in unterschiedlicher Weise Naturgefahrenprozesse und können die Häufigkeit und Intensität von Naturgefahrenereignissen verändern. In Abhängigkeit von den jeweils spezifischen örtlichen Gegebenheiten können sich Gefährdungsbereiche verändern und/oder ausdehnen und die Bevölkerung, Siedlungsgebiete und die dazugehörigen Infrastrukturen bedrohen. Um im Falle des Falles vorbereitet zu sein, ist es notwendig, einerseits das Risiko für die Gemeinde zu erheben und andererseits bestehende Instrumente, wie insbesondere den Katastrophenschutzplan, anzupassen. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit eine veränderte Gefährdungssituation eine Anpassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans erfordert.



© Bundesheer

Was soll damit erreicht werden?

Die systematische Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Region und die Gemeinde in allen Konzepten, Plänen und Instrumenten trägt dazu bei, das Schadenspotenzial zu reduzieren und dient dem Schutz der Bevölkerung, des Siedlungsgebietes und der Infrastrukturen. Dies entlastet den Katastrophenschutz und die Einsatzkräfte.

Welche konkreten Schritte können gesetzt werden?

- Daten über Einsätze bei Naturkatastrophen auf Gemeindeebene sammeln und analysieren; die Ergebnisse können ggf. zur Aktualisierung des Katastrophenschutzplans herangezogen werden;
- Risikoanalysen (Naturgefahrensteckbrief Gemeinde) unter Einbindung der Einsatzorganisationen und der Bevölkerung erstellen, um Hot-Spots zu identifizieren und Schadenspotenziale abzuschätzen. Darauf aufbauend und in Zusammenarbeit mit Einsatzorganisationen bilden diese eine Basis für die Überarbeitung des Katastrophenschutzplans und die Optimierung der Einsatzplanung sowie der technischen Ausrüstung;



© Bundesheer

- partizipative Diskussion innerhalb der Gemeinde über die **Sicherheitsziele** und das **Schutzniveau** und die dafür notwendigen Schutzmaßnahmen;
- Ergebnisse der Risikoanalysen und des Gefahrenzonenplans und die Sicherheitsziele bei Bedarf zur Anpassung des Flächenwidmungsplans heranziehen;
- in die Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen Einsatzorganisationen wie die Feuerwehr und weitere erfahrene Personen in der Gemeinde als beratendes Organ einbinden;
- **Katastrophenschutzplan** auf Klimafitness prüfen und aktualisieren.
 - Ergebnisse der Risikoanalyse für die Überprüfung des Katastrophenschutzplans heranziehen,
 - Sicherheitsziele verankern,
 - Warnung mobiler Pflegedienste aufnehmen,
 - Verfügbarkeit von Freiwilligen berücksichtigen, um in Gemeinden mit hohem PendlerInnenanteil die Einsatzbereitschaft auch unter der Woche sicherzustellen,
 - Einsatz und Koordination spontaner HelferInnen (informelle Freiwillige) berücksichtigen,
 - Gender-Aspekte adressieren und Frauen gezielt einbeziehen,
 - weitere **Gefährdungen** aufgrund **extremer Wetterereignisse**, wie z. B. Hitze, Waldbrand, Hangrutschungen und Muren, im Katastrophenschutzplan berücksichtigen,
 - bei Bedarf Ausarbeitung von **Sonderkatastrophenschutzplänen** zu besonderen Gefährdungen bzw. Extremereignissen (Hochwasserschutzplan, Hitzeschutzplan etc.),
 - die regelmäßige Durchführungen von Übungen verankern.

Wer ist zuständig?

BürgermeisterInnen, Gemeinderat

Wer soll mitarbeiten?

VertreterInnen der Bezirksbehörden, sämtliche Einsatzorganisationen, Arzt, Wasserversorger, Energieversorger, Schulen,

3 POLITIK UND VERWALTUNG AUF BUNDES- UND LANDESEBENE

Herausforderungen

Steigende Anforderungen im Berufsleben, der demografische Wandel, der Klimawandel, die voranschreitende Siedlungsentwicklung etc. sind nur einige der Herausforderungen, mit denen die Einsatzorganisationen und damit die Freiwilligenarbeit bereits heute konfrontiert sind. Um den in Österreich derzeit bestens funktionierenden Katastrophenschutz langfristig abzusichern, sollen die Rahmenbedingungen für das Freiwilligenengagement, als eine der wesentlichen Säulen des Katastrophenschutzes, verbessert und vor allem die Attraktivität gesteigert werden.



© iStockphoto.com/AndreasG

Nutzen

Die Aufrechterhaltung des ehrenamtlichen Engagements im Katastrophenmanagement auf dem bestehenden hohen Niveau ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der Säule „Einsatzorganisationen“ im staatlichen Krisen und Katastrophenschutz zur Vorbereitung auf bzw. zur Bewältigung von Katastrophen. Der Erhalt des Ehrenamtes mit qualifizierten, in professionellen Organisationen wirkenden freiwilligen Einsatzkräften ist eine Frage von übergeordneter Bedeutung, da ehrenamtliche Kräfte in Österreich unabdingbar für eine schlagkräftige Katastrophenbewältigung zur Vermeidung bzw. Minimierung wirtschaftlicher Schäden sind.

3.1 Rahmenbedingungen für Freiwilligenengagement erhalten und verbessern

Maßnahmen

Aufgrund der föderalen Struktur Österreichs verteilen sich Kompetenzen und Maßnahmen zur Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen auf alle Gebietskörperschaften – sprich Bund, Bundesländer und Gemeinden. Die Aufgaben des Katastrophenmanagements werden auf allen Verwaltungsebenen wahrgenommen.

Damit Freiwilligenengagement auch künftig als eine wesentliche Säule im Katastrophenschutz erhalten bleibt, ist es notwendig, auf Bundes- und Länderebene passende Voraussetzungen zu schaffen. Dies umfasst sowohl legislative als auch budgetäre Voraussetzungen. Rahmenbedingungen müssen Freiwilligenarbeit ermöglichen, den Wert von Freiwilligenarbeit honorieren und Anreize für das freiwillige Engagement (wie z. B. Förderungen, Dienstfreistellungen, Sonderurlaub, steuerliche Begünstigungen für Unternehmen und Einsatzkräfte etc.) schaffen.

Zu den relevanten Rechtsmaterien auf Ebene des Bundes und der Bundesländer zählen vor allem das Katastrophenfondsgesetz, das Freiwilligengesetz, das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsschutzgesetz, die Pensionsversicherungsgesetze der Versicherungsträger, die Katastrophenschutz-, Feuerwehr-, Rettungsdienstgesetze, Gefahren- und Polizeiordnung sowie dazugehörige Richtlinien und Verordnungen.

Das Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement (Freiwilligengesetz – FreiwG, BGBl. I 17/2012) ist seit 1. Juni 2012 in Kraft. Es stellt u. a. die gesetzliche Grundlage für die Rahmenbedingungen und Strukturen zur Förderung von Freiwilligentätigkeiten im Inland, zur Durchführung des freiwilligen Sozialjahres und des freiwilligen Umweltschutzjahres dar. An weiteren Maßnahmen sieht es die Einrichtung des Österreichischen Freiwilligenrates, des Internetportals www.frewilligenweb.at und den Freiwilligenbericht vor. Zur besonderen Anerkennung und Aufwertung ist ein Anerkennungsfonds für freiwilliges Engagement vorgesehen. Mittel aus dem Fonds sind insbesondere für die Durchführung von innovativen Maßnahmen, besonderen Aktivitäten oder Initiativen zur nachhaltigen Sicherung des freiwilligen Engagements in Österreich vorgesehen.

Das Freiwilligengesetz stellt eine wichtige Basis für die Freiwilligenarbeit da. Um auch langfristig das Freiwilligenengagement abzusichern, wird empfohlen dieses auszuweiten. Bei Bedarf sind auch die Anpassung des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes (ASchG BGBl: Nr. 450/1994 i.d.g.F.), des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes BGBl. Nr. 189/1955 i.d.g.F. und der Pensionsversicherungsgesetze der Versicherungsträger ins Auge zu fassen.

Zentrale Ansatzpunkte, die auf Bundesebene in relevanten Rechtsmaterien berücksichtigt werden sollen:

- Den Klimawandel und die damit einhergehenden Herausforderungen für den Katastrophenschutz in sämtlichen relevanten Rechtsmaterien verankern.
- Bei Großeinsätzen, die mehrtägige Einsätze von berufstätigen Freiwilligen erfordern:

- Möglichkeiten der Dienstfreistellung für Einsatzkräfte prüfen (z. B. analog zur Bundesheer-Übung); daraus soll sich jedoch kein Anspruch auf ein lohnartiges Honorar für Freiwilligenarbeit ableiten lassen. Für Kleinbetriebe bzw. Betriebe mit Schichtdienst sind adäquate Modelle zu überlegen, die die Produktion nicht gefährden.
- Möglichkeit zusätzlicher Urlaubstage/von Sonderurlaub für freiwillig engagierte Einsatzkräfte prüfen (z. B. ersetzt der Staat einen Teil der Urlaubstage, die nachweislich für Einsätze aufgewendet wurden).
- Verbindlichkeit von Freiwilligenengagement verankern (im Sinne einer regelmäßigen Teilnahme an Übungen und Einsätzen in Blaulichtorganisationen) als wesentliche gesetzliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Anreizen (Steuervorteile, Ermäßigungen, Sonderurlaub).
- Definition von Freiwilligenarbeit gemäß der „europäischen Charta der Rechte für Freiwillige“ überprüfen und ggf. anpassen: Freiwillige haben das Recht auf soziale und rechtliche Absicherung, auf Ausbildung und Weiterbildung, auf Begleitung und auf die Möglichkeit der persönlichen Weiterentwicklung sowie auf Partizipation bei Entscheidungen. Die Freiwilligenorganisationen brauchen ausreichend Finanzierung und die Möglichkeit der Teilhabe an der Freiwilligenpolitik. Die Organisationen haben aber auch Verpflichtungen gegenüber ihren Freiwilligen, wie Begleitung und Teilhabe. Die Initiatoren der Charta fordern die Politik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene auf, diese Charta bei weiteren Strategien und Programmen zur Förderung von Freiwilligentätigkeit zu berücksichtigen.
- Österreichweite steuerliche Gleichbehandlung von Einsatzkräften und Ehrenamtlichen mit anderen Bereichen (z. B. steuerfreie Zuverdienstmöglichkeiten analog anderer Berufsgruppen).
- Anrechnung von Freiwilligenarbeit für die Pension prüfen und ggf. ermöglichen.
- Verankerung von Freiwilligenengagement als Eignungskriterium bei Neu-Einstellungen im öffentlichen Bereich:
 - Bei gleicher Eignung werden BewerberInnen bevorzugt, die sich in organisierten bzw. verbindlichen Formen von Freiwilligenorganisationen engagieren (Feuerwehr, Rotes Kreuz, Wasserrettung, Bergrettung etc.);
 - Prüfen, ob dies auch für Unternehmen (z. B. ab 50-80 MitarbeiterInnen) realisierbar ist.
- (Steuerliche) Entlastungen und Anreize für Unternehmen ermöglichen, die Freiwilligenengagement ihrer MitarbeiterInnen fördern, wie beispielsweise die steuerliche Absetzung von Sonderausgaben, die direkt in Zusammenhang mit dem freiwilligen Engagement der MitarbeiterInnen stehen.
- Begünstigung feuerwehreffreundlicher Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen.
- Einführung einer Freiwilligenquote analog zur Verpflichtung gemäß dem Behinderteneinstellungsgesetz prüfen (Unternehmen und Organisationen sind verpflichtet, auf je 25 MitarbeiterInnen mindestens einen freiwillig im Katastrophenschutz Tätigen (Feuerwehr, Bergrettung, Wasserrettung, Rotes Kreuz etc.) im Betrieb zu beschäftigen).
- Fachspezifische Ausbildungen im Katastrophenschutz als Zusatzqualifikation bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst und ggf. bei Unternehmen andenken.
- Verbindliche Regelungen für die Versicherung und Haftung von Einsatzkräften schaffen.

- Definition und Festlegungen einheitlicher Ausbildungsstandards und -programme inklusive der verstärkten Berücksichtigung von Naturgefahren.
- Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung, insbesondere für Ausbildungsangebote, Informationskampagnen und technische Ausrüstung.
- Ausarbeitung eines umfassenden Anforderungsprofils an Freiwilligenorganisationen (Kernaufgaben, Ausrüstung etc.).
- Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die bundesländerübergreifende Zusammenarbeit von Einsatzorganisationen (Freiwillige Feuerwehr, Bergrettung etc.) und der Kooperation mit weiteren Akteuren wie z. B. dem Bundesheer im Katastrophenfall.
- Gender-Aspekte adressieren und berücksichtigen. Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur systematischen Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von Frauen und Männern in allen Politikbereichen und Prozessen bei der Planung, Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen. Bei jeder Maßnahme ist zu fragen welche Auswirkungen diese auf die Gleichstellung von Frauen und Männern hat. In jedem Ressort ist ein/e Gender Mainstreaming-Beauftragte/r vertreten, die/der in die Planung, Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen zur Sicherung des freiwilligen Engagements einbezogen werden kann. (siehe auch: <http://www.imag-gendermainstreaming.at/>)

Good Practice

- *Die Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen (VKF) in der Schweiz bildet in Lehrgängen und im Rahmen von Fortbildungen Fachpersonen zum Schutz von Gebäuden vor Naturgefahren aus.* <http://www.vkf.ch/VKF/Services/Ausbildung.aspx>

Zentrale Ansatzpunkte, die auf Landesebene in den Rechtsmaterien berücksichtigt werden sollen:

- Den Klimawandel und die damit einhergehenden Herausforderungen für den Katastrophenschutz und die Einsatzorganisationen in sämtlichen relevanten Rechtsmaterien verankern;
- die gesetzlich vorgesehene Ausbildung im Rahmen der Katastrophenschutzgesetzgebung um Naturgefahren erweitern;
- Entschädigungen für Verdienstentgang bei längeren Einsätzen vorsehen;
- verbindliche Regelungen für die Versicherung und Haftung von Einsatzkräften schaffen;
- Anreize für Unternehmen schaffen, die im Falle von Katastrophen Einsatzkräften Sonderurlaub gewähren bzw. vom Dienst freistellen;
- Anreize für freiwilliges Engagement verankern (Ehrungen, Auszeichnungen, Entschädigungen etc.);
- Vorgaben für die Ausarbeitung von Katastrophenschutzplänen auf Gemeindeebene anpassen:
 - Richtlinien und Mustervorlagen bereitstellen, welche Inhalte in jedem Katastrophenschutzplan abgedeckt sein sollen und welche Mindeststandards bei Risikoanalysen und Maßnahmenplanung abzudecken sind;
 - Best-Practice-Beispiele zusammenstellen;
 - Ergebnisse von Risikoanalysen und -bewertungen verpflichtend für die Aktualisierung von Katastrophenschutzplänen heranziehen;

- weitere Gefährdungen aufgrund extremer Wetterereignisse, die als Folge des Klimawandels häufiger und intensiver auftreten können, wie z. B. Hitze, Waldbrand, Hangrutschungen und Muren, im Katastrophenschutzplan berücksichtigen;
 - die sich daraus ergebenden zukünftigen Anforderungen an Ausrüstung, Einsatzstärke etc. in den Katastrophenschutzplänen berücksichtigen;
 - Warnung mobiler Pflegedienste aufnehmen;
 - Einsatz und Koordination spontaner HelferInnen (informelle Freiwillige) berücksichtigen;
 - Gender-Aspekte in Katastrophenschutzplänen adressieren (z. B. Frauen gezielt einbeziehen, Kapazitäten ausbilden, Hemmschwelle gegenüber „Technik“ abbauen);
 - die regelmäßige Durchführung von Übungen verankern.
- Gender-Aspekte adressieren und berücksichtigen. Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur systematischen Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von Frauen und Männern in allen Politikbereichen und Prozessen bei der Planung, Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen. Bei jeder Maßnahme ist zu fragen, welche Auswirkungen diese auf die Gleichstellung von Frauen und Männern hat. Zu achten ist insbesondere auf gendergerechte Formulierungen, da Informationen zur Katastrophenvorsorge häufig sehr technisch gehalten sind und sich Frauen dadurch teils nicht angesprochen fühlen. In jedem Ressort ist ein/e Gender Mainstreaming-Beauftragte/r vertreten, die/der in die Planung, Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen zur Sicherung des freiwilligen Engagements einbezogen werden kann. (siehe auch: <http://www.imag-gendermainstreaming.at/>)
- Erfahrungsaustausch aller in der Bewältigung von Katastrophen eingesetzten AkteurInnen institutionalisieren.

3.2 Wert der Freiwilligenarbeit kommunizieren und Attraktivität steigern

Freiwilliges Engagement hat in Österreich eine lange Tradition und einen hohen Stellenwert. Eine bundesweite Befragung aus dem Jahr 2012 (BMASK 2013) zeigt, dass 46 % der Bevölkerung Freiwilligenarbeit leisten. Die Aktivitäten der Freiwilligenverbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der österreichischen Gesellschaft, aber auch der österreichischen Wirtschaft. Sie leisten einen wichtigen Beitrag in allen Bereichen des freiwilligen Engagements.

Freiwilligenarbeit wird sowohl von der Bevölkerung als auch seitens der Politik/Verwaltung hoch geschätzt und mitunter als selbstverständlich erachtet. Dies ist einerseits positiv, weil es den hohen Stellenwert und die Anerkennung durch die Gesellschaft aufzeigt. Andererseits entsteht auch die Erwartungshaltung, dass Freiwillige immer zur Stelle sind. Dies kann unter Umständen dazu beitragen, dass die Eigenvorsorge in der Bevölkerung sinkt. Um auch in Zukunft genug Freiwillige zu motivieren und den hohen Stellenwert in der Bevölkerung weiterhin deutlich zu machen, sollen Bund und Länder in Zusammenarbeit mit den Einsatzorganisationen gemeinsam Öffentlichkeitsarbeit durchführen.

Zentrale Ansatzpunkte:

- Durchführung von bundesweiten Imagekampagnen;
- jährlich und im Anlassfall persönliche Ehrungen und Auszeichnungen vornehmen;
- „Freiwillige vor den Vorhang“: In regelmäßigen Abständen werden besonders engagierte Freiwillige in unterschiedlichen Medien (www.freiwilligenweb.at; Tageszeitungen, soziale Medien etc.) vorgestellt;
- Anreize setzen, wie etwa „Feuerwehrfreundliche Arbeitgeber“;
- regionale Anlaufstellen zum freiwilligen Engagement für die Bevölkerung schaffen.

Good Practice

○ **Treffpunkt & Börse Ehrenamt**

Treffpunkt Ehrenamt ist eine neu eingerichtete Anlaufstelle in den Bürgerservicestellen an allen Bezirkshauptmannschaften sowie im Landhaus und LDZ Linz. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich hier über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements, aber auch über rechtliche Normen informieren. Das Land Oberösterreich will aktiv daran mitwirken, dass das Ehrenamt in Oberösterreich eine anerkannte attraktive Beteiligungsform für alle wird.

www.treffpunkt-ehrenamt.at

○ **Feuerwehrfreundlicher Arbeitgeber**

Der Österreichische Bundesfeuerwehrverband zeichnet alle zwei Jahre "Feuerwehrfreundliche Arbeitgeber" aus. Die Unternehmen werden von den Landesfeuerwehrverbänden nominiert. Damit sollen das gegenseitige Verständnis Arbeitgeber – Feuerwehr gestärkt und besonders verständnisvolle Unternehmen geehrt werden.

Quelle:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20131025_OTS0187/18-engagierte-unternehmen-mit-dem-award-feuerwehrfreundlicher-arbeitgeber-2013-ausgezeichnet

3.3 Eigenvorsorge stärken

Der Katastrophenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, der nur unter der Beteiligung aller – Bund, Länder, Einsatzorganisationen und Bevölkerung – wirksam begegnet werden kann. Der Staat kann im Rahmen seiner Möglichkeiten keine absolute Sicherheit vor Naturgefahren gewährleisten, die Bevölkerung muss über verbleibende Risiken aufgeklärt werden. Nur so kann sie ein Verständnis dafür entwickeln, und selbst einen Beitrag zur Verhinderung bzw. Verringerung von Schäden durch Naturgefahren leisten. Bund und Ländern fällt die Aufgabe zu, durch Information und Beratung das Risikobewusstsein zu erhöhen und durch das Aufzeigen von Maßnahmen das vorsorgende Handeln der Bevölkerung zu forcieren. Dies trägt wesentlich dazu bei, Einsatzorganisationen bei Katastrophen zu entlasten und so auf lange Frist den Katastrophenschutz in Österreich abzusichern.

Zentrale Ansatzpunkte:

- Defizite in der Eigenvorsorge eruieren, um gezielt Informationskampagnen in Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Einsatzorganisationen und dem Zivilschutzverband starten zu können;
- Sichtung und Bewertung des Informationsangebots zu Naturgefahren und Eigenvorsorge und bei Bedarf Aktualisierung und zielgruppengerechte Aufbereitung unter Einbindung der Einsatzorganisationen;
- Nutzung unterschiedlichster Medien zur Verbreitung der Informationsmaterialien (Internet, ORF, Radio, soziale Medien, APPs etc.);
- Durchführung von Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung insbesondere nach aktuellen Ereignissen;

○ **Beratungsangebote zu Naturgefahren und Risikomanagement:** Die Freiwilligen Feuerwehren rücken nicht nur aus, wenn es brennt. Die Einsätze in Zusammenhang mit Naturgefahren werden häufiger und anspruchsvoller. Deshalb hat der Landesfeuerwehrverband Vorarlberg in Zusammenarbeit mit den Versicherungen Vorarlbergs und der Vorarlberger Landesregierung ein innovatives Beratungsangebot mit dem Schwerpunkt Naturgefahren gestartet. Eine Hauptaufgabe der Beratungsstelle ist die Information über Vorsorge- und Objektschutzmaßnahmen, es werden aber auch Schulungen angeboten. Das Beratungsangebot richtet sich an private Haushalte, Unternehmen, öffentliche Institutionen und an die Einsatzorganisationen. Gerade die Feuerwehren sind immer an vorderster Front im Einsatz und somit wichtige Multiplikatoren für Präventionsmaßnahmen. Das Know-how der Dienststelle wird deshalb auch für die Aus- und Weiterbildung am Feuerwehrausbildungszentrum Vorarlberg genutzt.

<http://www.lfv-vorarlberg.at/verband/naturgefahren.html>

**Good-
Practice**

- Bewusstseinsbildung insbesondere bei Land- und ForstwirtInnen zur Risikominimierung durch angepasste Bewirtschaftungsformen (z. B. Vermeidung von Erosion, sichere Lagerung von Holz oder Siloballen zur Vermeidung von Verklausungen etc.);
- Aktionstage zur Naturgefahrenprävention in Zusammenarbeit mit Einsatzorganisationen und dem Zivilschutzverband auf Gemeindeebene etablieren;
- Zusammenarbeit mit Schulen verstärken und Klimawandel und Naturgefahrenprävention im Rahmen von Thementagen/Themenwochen behandeln.

○ Für die Kinder bietet die Website „**Biber Berti**“ ansprechende Informationen und Materialien an. Biber Berti ist ein Werkzeug, um Kinder spielerisch über Naturgefahren in Form von Cartoonfiguren aufzuklären. Auf der Homepage von Biber Berti werden zentrale Themen wie Klimawandel, Wildbäche, Lawinen, Steinschlag, Schutzwald oder Gefahrenzonen lebendig mit Cartoonfiguren aufbereitet. Die Spiele, Videos und Erzählungen drehen sich um die Erlebnisse und Geschichten von Biber Berti und seinen Freunden. Die Informationen zu Naturgefahren und Klimawandel sind auch in den kostenlos erhältlichen Biber Berti Abenteuerheften anschaulich und unterhaltsam aufbereitet. Die Biber Berti Website bietet darüber hinaus Informationen für PädagogInnen, wobei kostenfrei Unterlagen und Lehrmaterial für Schulen

**Good-
Practice**

bestellt werden können. Des Weiteren besteht das Angebot zu einem fächerübergreifenden Schulprojekt „Biber Berti – Leben mit Naturgefahren“ für die 3. und 4. Klasse Volksschule.

www.biberberti.com

- Schaffung einer Naturgefahrenplattform mit umfassenden Informationen und Serviceangeboten für die Bevölkerung, im Besonderen für Hauseigentümlern;

Good-Practice

- In der Schweiz stellt die **Nationale Naturgefahrenplattform PLANAT** umfangreiches Hintergrundwissen und Informationsmaterialien für die Bevölkerung zur Verfügung. Die Plattform hat eine Vernetzungs- und Koordinationsfunktion zwischen der Öffentlichkeit und den zuständigen Behörden, der Wirtschaft und der Wissenschaft.

www.planat.ch

- Die Aufgaben des Zivilschutzverbandes überdenken und ggf. stärker in der Naturgefahrenprävention verankern;
- Zusammenarbeit mit Versicherungen zur Stärkung der Eigenvorsorge ausbauen (Versicherungsbetreuer in der face-to-face Beratung einsetzen);

Good-Practice

- In der Schweiz bietet die **Vereinigung der Kantonalen Feuerversicherungen** eine umfassende Naturgefahrenberatung an. Sie berät Gemeinden, ArchitektInnen, PlanerInnen, Bauherrinnen/Bauherren und Hauseigentümlern.

<http://www.vkf.ch/VKF/Services/Naturgefahrenberatung.aspx>

- Forcierung privater Risikovorsorge, unter anderem die Schaffung von Versicherungslösungen für Naturgefahren;

Good-Practice

- **Versicherung von Elementarschäden in der Schweiz:**
Die Schweiz verfügt über eine flächendeckende Elementarschadenversicherung für Hausrat und Geschäftsinventar (Fahrhabe) sowie für Gebäude, die zwingend in die Feuerversicherung zu integrieren sind. Hauseigentümlern, die über eine Feuer- und eine Hausratversicherung verfügen, sind damit auch gegen Elementarrisiken wie Hochwasser, Überschwemmungen, Sturm, Hagel, Lawinen, Schneedruck, Felssturz, Steinschlag oder Erdbeben versichert. Der Durchdringungsgrad der Elementarschadenversicherung ist mit der Integration in die Gebäude- bzw. „Fahrhabeversicherung“ sehr hoch. Die Gebäudeversicherung ist in den meisten Kantonen obligatorisch, der Durchdringungsgrad ist jedoch auch in den Kantonen mit freiwilliger Gebäudeversicherung sehr hoch.

www.svv.ch

- Naturgefahren-BeraterInnen ausbilden;

Good-Practice

- **Ausbildung zu Naturgefahren-BeraterInnen:**
Erfahrungen aus vergangenen Hochwasserereignissen zeigen, dass für eine erfolgreiche Ereignisbewältigung Fachwissen auf allen Stufen vor Ort notwendig ist. Das Projekt „Lokale Naturgefahren-Berater“ des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) fokussiert auf die Stärkung des lokalen Wissens auf Gemeindeebene. Das Bundesamt für Umwelt bildet auf kantonaler Stufe „Naturgefahrenausbildner“ aus, welche wiederum die

lokalen Naturgefahren-BeraterInnen in den Gemeinden und Regionen auf ihre Aufgabe vorbereiten. Zielgruppe für die Ausbildung sind Personen aus den Feuerwehren, dem Gesundheitswesen, der Polizei, von technischen Betrieben und des Katastrophenschutzes, aber auch FörsterInnen, welche das Gelände ihrer Gemeinden gut kennen. Im Kurs lernen sie, in der Vorsorge und während eines Schadenereignisses, aber auch bei der Schadenanalyse eine beratende Position zu übernehmen. Diese fängt bei kleinen Dingen an: dem vorzeitigen Wegbringen von Autos aus der Gefahrenzone, dem rechtzeitigen Räumen der Keller und dem Anbringen von Sandsäcken oder Schutzschläuchen.

<http://www.planat.ch/de/behoerden/sorgen-sie-vor/>

- *Pflichtmodul Katastrophenhilfe in der Basisausbildung des österreichischen Grundwehrdienstes*
 - *Die Basisausbildung der Grundwehrdiener umfasst das Pflichtmodul Katastrophenhilfe. Die Ausbildung ist auf die Zusammenarbeit des Österreichischen Bundesheeres mit zivilen Behörden und Organisationen im Rahmen von Assistenzleistungen ausgerichtet. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Hochwasserschutz. Im Rahmen dieser Ausbildung werden u. a. Hochwassersperrungen am Gebäude, ein Hochwasserdamm und die Handhabung von Werkzeugen usw. gelehrt und trainiert.*
- Zahlungen aus dem Katastrophenfonds, Förderungen und Steuervergünstigungen für den Wiederaufbau nach Katastrophen, Gebäudesanierung und die Schaffung von Wohnraum an die Umsetzung von (verbesserten) baulichen Schutzmaßnahmen koppeln.

<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=6985>

<http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=7215>

- **Förderung von Hochwasserschutzmaßnahmen durch das Land Niederösterreich:** *punktueller Hochwasserschutzmaßnahmen bei Wohngebäuden werden gefördert; dazu gehören präventive Maßnahmen (wie Abdeckungen horizontaler Öffnungen, dichte Dammbalkensysteme bei Türen und Fenstern etc.) und Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten nach Hochwässern.*

<http://www.noel.gv.at/Bauen-Wohnen/Sanieren-Renovieren/Hochwasserschutz/Hochwasserschutz.html>

**Good-
Practice**

3.4 Prävention in der regionalen Planung verankern

Der Katastrophenschutz ist eine klassische Querschnittsmaterie nicht nur bezüglich der Kompetenzverteilung, die sowohl Bund, Länder als auch Gemeinden und die Einsatzorganisationen umfasst, sondern über verschiedenste Bereiche hinweg. So stellt eine Reihe von Maßnahmen in der Raumordnung (Flächenwidmung), der Forstwirtschaft (Schutzwald), der Wasserwirtschaft (Hochwasserrückhalteflächen) und des Baurechtes sowie der Bauförderungen indirekt einen wichtigen Beitrag um Katastrophen dar.

Zentrale Ansatzpunkte:

- Aufnahme wesentlicher Aspekte der Anpassung an den Klimawandel in das Raumordnungsrecht;
 - Integration von Naturgefahrenmanagement in regionale/sectorale Raumordnungsprogramme;
 - Schaffung von Grundlagen zur überörtlichen flächendeckenden Ausweisung von Hochwasserabfluss- und Hochwasserrückhalteflächen;
 - verpflichtende Berücksichtigung der Gefahrenzonenpläne in den Flächenwidmungsplänen;
 - Einschränkung und klare rechtliche Nominierung von Ausnahmetatbeständen in Bezug auf Widmungsverbote und -beschränkungen in Gefahrenzonen;
 - differenzierte Widmungsverbote, -beschränkungen in Gefährdungsbereichen.
- gesetzliche Verankerung von Prävention in relevanten Rechtsmaterien wie in der Raumordnung oder im Baurecht; ggf. ist aber auch eine Erweiterung der Feuerwehrgesetze, der Polizeiverordnungen etc. zu überlegen;
 - z. B. hochwassersicheres Bauen im Baurecht verankern.
- aktive Steuerung der Siedlungsentwicklung durch regionale Raumordnungsprogramme im Sinne einer aktiven vorausschauenden Steuerung unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels;
- Unterstützung der Feuerwehr bei der Durchführung von Risiko- und Bedarfsanalysen, um technische Ausrüstung und Einsatzstärke im Hinblick auf Naturgefahren zu optimieren und risikogerecht budgetieren zu können;
- Die Zuständigkeit für Flächenwidmung und raumordnungsrelevante Entscheidungen sind ggf. auf Ebene der Bezirksbehörden bzw. auf Landesebene anzusiedeln, um BürgermeisterInnen in Fragen der Siedlungsentwicklung zu entlasten (Vermeidung von Interessenskonflikten);
- Etablierung einer Naturgefahrenplattform zum Wissenstransfer und -austausch für Behörden, Einsatzorganisationen, Fachverwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft in interdisziplinären und intersektoralen Plattformen und zur Darstellung sämtlicher Risiken und Naturgefahren;
- verstärkte Zusammenarbeit mit der Forstwirtschaft: Schutzwälder nehmen eine wesentliche Funktion ein, um den Lebens- und Wirtschaftsraum vor Naturgefahren zu schützen. Die Ansprüche an die Schutzleistung steigen durch zunehmende Siedlungs- und Wirtschaftstätigkeit. Um Überalterung zu vermeiden und die Schutzfunktion insbesondere in Hinblick auf den Klimawandel aufrecht zu erhalten, bedarf es vermehrter Anstrengungen und einer besonderen Bewirtschaftung;
- Freiwilligenorganisationen und Verantwortliche aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über Sektorgrenzen hinaus besser vernetzen;
- Bewusstseinsbildung und Erhöhung der Beratungskompetenz auf Ebene der Gemeindeverwaltung durch gezielte Schulung der GemeindevertreterInnen und -verwaltung.

- **‘Climate Change Adaptation Skills for Professionals Program’** (Australia): Das Programm richtet sich an FachexpertInnen und PraktikerInnen, mit dem Ziel die Betroffenheit durch den Klimawandel zu reduzieren und aufzuzeigen, wie die Herausforderungen des Klimawandels bestmöglich bewältigt werden können. Dazu werden in Kursen Hintergrundinformationen zum Klimawandel sowie Strategien zur Anpassung und konkrete Anpassungsmaßnahmen vermittelt. Entwickelt wurde das Programm im Auftrag des Departments für Klimawandel der Australischen Regierung, vom Umweltinstitut Australien in Kooperation mit dem Umweltinstitut Neuseeland. Kurse werden seit dem Jahr 2007 angeboten.

<http://www.usc.edu.au/university/faculties-and-divisions/faculty-of-science-health-education-and-engineering/faculty-research/climate-change-education-and-research>

**Good
Practice**

3.5 Datengrundlagen bereitstellen

Die Anpassung an den Klimawandel ist im Katastrophenschutz ein relativ neues Thema, das noch nicht hinlänglich bekannt und bisher kaum gezielt bearbeitet wird. Bundesweit einheitliche Risikoanalysen auf Gemeindeebene, die auch die Auswirkungen des Klimawandels einbeziehen, werden derzeit noch nicht durchgeführt. Dies trifft ebenso auf die Darstellung von Schäden und Einsatzdaten bei Naturkatastrophen zu. Eine systematische Erhebung, Analyse und Auswertung sämtlicher relevanter Daten bilden die Basis für Investitionsentscheidungen betreffend die Ausrüstung, für die Planung zukünftiger Einsätze und den Aufbau von ausreichenden Kapazitäten. Sowohl die Bestimmung des Risikos als auch die umfassende Auswertung der Schäden ermöglicht eine abgestimmte, kosten- und nutzenorientierte Planung und Umsetzung von Maßnahmen.



© iStockphoto.com/kutaytanir

Zentrale Ansatzpunkte:

● Risikoanalysen und Aktionspläne

- Entwicklung einer bundesweit einheitlichen Methodik zur Ermittlung der regionalen/lokalen Gefährdung und Risikobestimmung unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels und der Einbindung der regionalen/lokalen Erfahrungen;
- Vernetzung bestehender Instrumente und Risikoanalysen (Hochwasserrisikomanagementpläne, Gefahrenzonenpläne, hydrographischer Dienst – eHyd, WISA – Wasserinformationssystem Austria, digitale Gefahrenlandkarte hora.gv.at);
- darauf aufbauend Abschätzung der Schadenspotenziale u. a. für verwundbare Bevölkerungsgruppen, Siedlungsbereiche, Infrastrukturen, Unternehmen etc.;
- Identifizierung besonders gefährdeter Gebiete – von Gefahrenstellen – für die prioritär gemeinsam mit betroffenen AkteurInnen Aktions- und Maßnahmenpläne zu erstellen sind;
- Unterstützung der regionalen und lokalen Akteurinnen und Akteure bei der Entwicklung von Aktionsplänen zur Reduzierung des Risikos, insbesondere für die als Hot-Spot identifizierten Bereiche (Ausrüstung, Schutzbauten, Schaffung von Retentionsräumen, Schulungsmaßnahmen für Einsatzkräfte etc.);
- Daten über Schäden und Einsätze bei Naturkatastrophen systematisch sammeln und auswerten
 - Schaffung einer nationalen Schadensdatenbank, die sämtliche Schadensarten wie Personenschäden, Sachschäden, Umweltschäden und wirtschaftliche Ausfälle integriert;
 - *Systematische Sammlung sämtlicher Einsatzdaten auf Landesebene: Anzahl der Einsatzkräfte und -stunden je Organisation (Feuerwehr, Bergrettung, Polizei, Rotes Kreuz, Straßenmeistereien, ÖBB, Netzbetreiber, Versicherungen etc.), Einsatzdokumentation, Erfahrungsberichte etc.; Zusammenführung der Daten auf Bundesebene;*
 - *regelmäßige Auswertung der Daten als Entscheidungsgrundlage für die Evaluierung und ggf. für die Nachjustierung von Maßnahmen, bzw. von Schwerpunktsetzungen;*
 - Aufbau einer Einsatzdatenbank, in die sämtliche Organisationen/Akteurinnen und Akteure Angaben zur Einsatzstärke, -dauer und Erfahrungsberichte einpflegen können. Die Auswertung der Daten soll sämtliche Akteurinnen und Akteure dabei unterstützen, ihre Abläufe, den Ausrüstungsbedarf, die Einsatzstärke, die Kooperation mit anderen Einsatzorganisationen usw. zu optimieren;
- Etablierung einer Naturgefahrenplattform
 - Institutionalisierung des Wissenstransfers und der Vernetzung von Behörden, Einsatzorganisationen, der Wirtschaft und anderen betroffenen Bereichen (z. B. Raumordnung, Forstwirtschaft etc.) sowie der Wissenschaft;
 - Bereitstellung von Fachinformationen/Arbeitsgrundlagen und Tools für Akteurinnen und Akteure im Katastrophenschutz zur Durchführung von Risikoanalysen und zur Erstellung von Aktionsplänen;

- Entwicklung neuer Ausbildungskonzepte in Zusammenarbeit mit FachexpertInnen und der Wissenschaft für den Umgang mit Naturgefahren und Klimawandel;
- Entwicklung eines Konzepts für die Ausbildung von NaturgefahrenberaterInnen;
- Trägerorganisation für die nationale Schadensdatenbank und die Einsatzdatenbank;
- Aufbau einer Good-Practice-Datenbank;
- Bereitstellung von umfassenden Informationen und Serviceangeboten für die Bevölkerung im Besonderen für HauseigentümerInnen.

- Die **Schweizer Naturgefahrenplattform PLANAT** ist eine Informationsplattform zum Umgang mit Naturgefahren in der Schweiz. Sie bietet Hintergrundinformationen für Laien und Fachleute zu Gefahrenkarten, Hilfsmittel für Gemeinden, um zielgruppengerechte Informationen zu Naturgefahren zu vermitteln und Vieles mehr.

www.planat.ch

**Good-
Practice**

4 UNTERNEHMEN

Herausforderungen

Mehr als 70 % der Freiwilligen in Katastrophenhilfs- und Rettungsdiensten sind berufstätig (SEEBAUER 2013). Jedoch wird es zunehmend schwieriger, Beruf, Familie und Freiwilligenarbeit miteinander zu verbinden. Leistungsdruck, Zeitaufwand für Fahrtwege zur Arbeit sowie Betreuungsaufgaben und familiäre Verpflichtungen lassen oft wenig Spielraum. Ebenso steigen auch die Anforderungen an Freiwillige, da Ausbildungen und Weiterbildungen umfangreicher werden und die Tätigkeiten teils einen Grad an Spezialisierung erfordern (bspw. Feuerwehr oder Rettungsdienst).

Die Rolle der Unternehmen in der Gestaltung und Sicherung des freiwilligen Engagements wird künftig an Bedeutung gewinnen. Dabei gibt es ein breites Spektrum an Möglichkeiten – von einzelnen Aktivitäten bis zum unternehmensweit etablierten Corporate Volunteering (LAND OBERÖSTERREICH 2014). Davon profitieren nicht nur die Freiwilligenorganisationen und die MitarbeiterInnen, sondern auch die Unternehmen selbst. Denn: Ehrenamtlich tätige MitarbeiterInnen sind nicht nur aufgrund ihrer höheren sozialen Kompetenz und Problemlösungskompetenz eine Bereicherung für Unternehmen. Sie bringen auch zahlreiche Erfahrungen, Fertigkeiten, organisatorische sowie technische Fähigkeiten ein, die für Unternehmen von großem Nutzen sein können.

Unternehmen wiederum können das freiwillige Engagement ihrer MitarbeiterInnen fördern, indem sie bestmögliche Vereinbarkeit von Erwerbs- mit Familien- und Freiwilligenarbeit bieten und verstärkt mit Freiwilligenorganisationen zusammenarbeiten.

Dennoch sind insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen die meist nicht planbaren Einsätze eine große Herausforderung, wenn MitarbeiterInnen zu einem Feuerwehreinsatz gerufen werden und den Arbeitsplatz spontan verlassen müssen. Damit eine Verbindung von Freiwilligenarbeit und Beruf für alle Beteiligten gelingen kann, haben Unternehmen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten.

Zahlreiche Unternehmen fördern ehrenamtliches Engagement ihrer MitarbeiterInnen bereits durch unterschiedliche Unterstützungsleistungen⁶:

- Rund 7 von 10 Unternehmen fördern freiwilliges Engagement ihrer MitarbeiterInnen vorwiegend durch Bereitstellung von Sachspenden und Sponsoring, wobei Letzteres die ganze Bandbreite von Sport-, Kultur-, Sozial-, Umweltprojekten bzw. -vereinen und Gemeinde- oder Feuerwehrprojekte umfasst.
- rund 46 % unterstützen das MitarbeiterInnen-Engagement durch Bereitstellung von Infrastruktur wie Räumlichkeiten, Telefon, Fahrzeuge, Maschinen etc.
- Immerhin 4 von 10 Unternehmen gewähren für außerberufliches Freiwilligenengagement Bildungskarenz bzw. temporäre Freistellung.
- Eher gering fällt die Berichterstattung über ehrenamtliche MitarbeiterInnen bzw. Auszeichnung/Belobigung solcher durch das Unternehmen aus. Dies erscheint auf den ersten Blick zwar verständlich, da die interne und externe

⁶ Studie „Qualifikationsgewinn durch Freiwilligenarbeit“ im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
<http://www.vol.at/2006/10/Freiwilligenarbeit.pdf>

Kommunikationspolitik sich zumeist auf die Kernbereiche des Unternehmens konzentriert. Verstärkte Sensibilisierungsmaßnahmen könnten jedoch auch in diesen Bereichen einen zusätzlichen, nicht zu unterschätzenden Effekt für beide Seiten haben – Unternehmen und Freiwillige.

Nutzen für Unternehmen

In der Beispielsammlung des Landes Oberösterreich „Unternehmen unterstützen freiwilliges Engagement. Beispiele, Ideen und Anregungen“ (LAND OBERÖSTERREICH 2014) werden unter anderem folgende Nutzen für Unternehmen angeführt:

- **Verbesserte Sozial- und Problemlösungskompetenzen der MitarbeiterInnen**

Wer sich freiwillig engagiert, braucht organisatorische Fähigkeiten, Team- und Dialogfähigkeit, Mut, Einsatzwillen, Einfühlungsvermögen, Verantwortungsbewusstsein und Sozialkompetenz. Fähigkeiten, die auch im Beruf gefragt sind. Unternehmen brauchen MitarbeiterInnen mit genau diesen Eigenschaften, um unternehmerisch erfolgreich zu sein.

- **Positives Image des Unternehmens in der Öffentlichkeit und attraktiver Arbeitgeber**

Unternehmen sind heute mehr denn je gefordert, sich zu positionieren. Zufriedene MitarbeiterInnen, die aktiv Verantwortung in der Gesellschaft und im eigenen Unternehmen übernehmen, sind die besten Botschafter für ihr Unternehmen. RespACT⁷ verweist auf eine Studie, wonach MitarbeiterInnen ihren Arbeitgeber mit einer um 36 % höheren Wahrscheinlichkeit weiterempfehlen, wenn sie von ihrem Unternehmen zum freiwilligen Engagement motiviert werden.

- **Höhere Wertschöpfung für das Unternehmen**

MitarbeiterInnen, die von Aktivitäten außerhalb des Unternehmens inspiriert sind, können ihre Motivation und ihre im freiwilligen Engagement erworbenen Fähigkeiten auch auf ihre berufliche Tätigkeit übertragen, wodurch ein Mehrwert für das Unternehmen entsteht, z. B. durch informelle Netzwerke, neue Kooperationen und bessere Marktchancen.

- **Vorbildwirkung des Unternehmens als Ansporn zum freiwilligen Engagement**

Unternehmen profitieren nicht nur vom freiwilligen Engagement ihrer MitarbeiterInnen, sie leisten ihrerseits einen wichtigen Beitrag dazu, dass das soziale Gefüge hält und Hilfesuchende und -bedürftige ausreichend Unterstützung erfahren. Soziale „Tages-Aktivitäten“ oder Spendenaufrufe können z. B. bewirken, dass sich MitarbeiterInnen aufgrund einer unternehmerischen Initiative in Folge selbst auch freiwillig engagieren und so das Unternehmensinteresse stärken.

⁷ <https://www.respact.at/site/themen/archiv/article/5359.html>

Maßnahmen

Um für künftige Herausforderungen im Handlungsfeld Freiwilligenarbeit und Katastrophenschutz bestmöglich vorbereitet zu sein, haben sich im Rahmen des Projektes VOICE folgende Maßnahmen für Unternehmen herauskristallisiert:

- **Eigenvorsorge stärken**
 - Informationsangebote zu Naturgefahrenprävention aktiv nutzen,
 - Risikoabsicherung und Risikoakzeptanz klären,
 - Infrastruktur- und Objektschutz sicherstellen,
 - Insbesondere KMUs: Naturgefahren im unternehmensinternen Risiko- und Krisenmanagement ausreichend berücksichtigen,
 - ggf. Maßnahmen zum Personenschutz anpassen;
- **Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt fördern**
 - Freiwilliges Engagement während der Arbeitszeit ermöglichen, etwa durch flexible Zeitausgleichs- und Urlaubsregelungen, Sonderurlaubstage etc.,
 - spezielle Berücksichtigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in Freiwilligenorganisationen engagiert sind, in Burnout-Präventions-Programmen, bei der Urlaubsplanung etc.,
 - Freiwilligenengagement und einschlägige Schulungen, die im Rahmen von Freiwilligenengagement absolviert wurden (Erste Hilfe, Brandbekämpfung, Führungskräfteausbildung) als Zusatzqualifikation anerkennen;
- **Mit Freiwilligenorganisationen kooperieren und vernetzen**
 - Vernetzung von Betriebsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren,
 - Zurverfügungstellung von Geräten und Infrastruktur (z. B. Lkw, Bagger, Lager Räume) im Katastrophenfall.

Good Practice

- **Sägewerk Gußwerk GmbH**
<http://www.mariazellerland-blog.at/saege-gusswerk-als-feuerwehreffreundlichearbeitgeber-2014-ausgezeichnet/allgemein/29534/>

Das Sägewerk Gußwerk wurde 2014 als feuerwehreffreundlicher Arbeitgeber ausgezeichnet. Der Betrieb beschäftigt in seinem Mitarbeiterstab fünf Feuerwehrmitglieder, wobei in Abhängigkeit vom Schichtbetrieb meist mehrere Feuerwehrmitglieder zeitgleich im Unternehmen anwesend sind. Ihnen ist es gestattet – auch während der Dienstzeit – im Falle eines Einsatzes den Arbeitsplatz sofort zu verlassen. Wenn der Sirenenalarm im Werk nicht gehört wird, erfolgt die Verständigung der anwesenden Feuerwehrmitglieder sogar durch den „Chef“ höchstpersönlich. Somit tragen das Unternehmen sowie die dort tätigen Kameraden einen wertvollen Teil zur Tageseinsatzbereitschaft der Feuerwehr Gußwerk bei. Ansuchen für Dienstfreistellungen zu Zwecken der Aus- und Weiterbildung bzw. zu Kursbesuchen in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Steiermark werden stets unbürokratisch behandelt und problemlos bewilligt. Überdies unterstützt das Unternehmen die Feuerwehr bei Übungen durch die Bereitstellung des Firmengeländes bzw. die Zur-Verfügung-Stellung von Gerätschaften, Holz oder Übungsobjekten.

- **IBM – Ehrenamtsinitiative „On Demand Community“**

<http://www-05.ibm.com/at/responsibility/innovation.html>

Fast 450 IBM MitarbeiterInnen, jede/r 3., engagieren sich als ehrenamtliche HelferInnen und haben mit Spenden ihres Arbeitgebers dafür gesorgt, dass Hilfsorganisationen und Vereine Zugriff auf neueste Technologien bekommen. So arbeitet IBM Österreich mit dem Roten Kreuz Österreich und der Caritas Wien zusammen. Der Einsatz modernster Technologien soll eine schnelle und effiziente Abwicklung bei Katastropheneinsätzen und in der Hospiz-Arbeit unterstützen. Auch die humanitäre Forschung wird unterstützt. Das World Community Grid ist ein von IBM gesponsertes, weltweites, virtuelles Computer-Netzwerk, das z. B. die Entwicklung neuer AIDS-Therapien oder die Erforschung von Krankheiten, die im Zusammenhang mit dem menschlichen Genom stehen, unterstützt.

- **Initiative der rotstahl GmbH (Deutschland)**

www.keiner-kommt.de

Den Helfern helfen, und zwar überregional. Das ist das Anliegen der im Jahr 2012 gestarteten Initiative „Keiner kommt. Feuerwehren in Not.“ Gründer ist André Trautner, Geschäftsführer der rotstahl GmbH, die Einrichtungen für Feuerwehren anbietet. In Gesprächen mit verschiedenen Wehren wurde immer wieder das Problem erörtert, dass es zunehmend Schwierigkeiten bereitet, die Einsatzbereitschaft während der Arbeitszeiten der ehrenamtlichen Feuerwehrmitglieder zu gewährleisten. Das liegt keineswegs an mangelnder Motivation. Besonders in ländlichen Regionen arbeiten viele von ihnen auswärts und können im Alarmfall einfach nicht aus den entfernten Arbeitsorten anfahren.

- **EHEIM (Deutschland)**

[http://www.helfende-hand-](http://www.helfende-hand-foerderpreis.de/startseite/zurueckblicken/projekt.html?p=13)

[foerderpreis.de/startseite/zurueckblicken/projekt.html?p=13](http://www.helfende-hand-foerderpreis.de/startseite/zurueckblicken/projekt.html?p=13)

Soziale Kompetenz bedeutet Zukunft und Wertsteigerung – so begründet die Firma EHEIM ihr außerordentliches und überdurchschnittliches Engagement. Dieses reicht von kontinuierlichen Übungs- und Schulungsmöglichkeiten auf dem Firmengelände inklusive einer Stärkung auf Kosten des Unternehmens bis hin zu außergewöhnlichen finanziellen Zuwendungen an Einsatzorganisationen. Alle beschäftigten Feuerwehrangehörigen werden für Einsätze und für Weiterbildungen ohne Einschränkungen freigestellt. Alle freiwilligen Helfer erhalten vollen Lohn, obwohl sie bis zu 160-mal im Jahr ausrücken müssen.

- **Weitere Informationen und Beispiele**, wie Sie freiwilliges Engagement in Ihrem Unternehmen fördern können, finden Sie in folgenden Studien bzw. Webportalen:

- Webplattform „Helfende Hand“ des BMI Deutschland

<http://www.helfende-hand-foerderpreis.de/>

- Unternehmen unterstützen Freiwilliges Engagement – Beispiele, Ideen und Anregungen

http://www.ooe-zukunftsakademie.at/Beispielsammlung_FWE_u_Unternehmen_Endversion_07_2014_v_u_h.pdf

5 BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Herausforderung

Naturgefahren stellen seit jeher eine erhebliche Gefahr sowohl für Mensch und Tier als auch für die Infrastruktur und die Gebäude dar. Bereits heute wird die Zunahme der Heftigkeit und Häufigkeit von extremen Wetterereignissen beobachtet. Der Klimawandel wird diesen Trend verstärken und die Gefährdung der Bevölkerung erhöhen.



© Bundesheer

Nutzen

Nur wer die Gefahren kennt und weiß, wie man Schäden verhindern bzw. verringern kann, ist in der Lage, sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen. Eigenvorsorge und ein risikobewusster Umgang mit Gefahren sind ein essenzieller Beitrag der betroffenen Bevölkerung zum Schutz vor Naturgefahren. Jede Einzelne/jeder Einzelne kann persönlich dazu beitragen, im Falle des Falles ihre/seine Gefährdung und damit mögliche Schäden zu reduzieren. Vorsorgemaßnahmen dienen nicht nur dazu, die eigene Sicherheit zu erhöhen, sondern entlasten und unterstützen wesentlich die Arbeit der Einsatzkräfte. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, wie z. B. die demografische Entwicklung, Abwanderung aus ländlichen Gebieten oder steigende (zeitlichen) Anforderungen im Beruf, ist dies grundlegend, um den Katastrophenschutz langfristig absichern zu können.

Das können Sie tun

- **Informationsangebote aktiv nutzen**

Informieren Sie sich frühzeitig: Informationsbroschüren zu Selbstschutzmaßnahmen werden u. a. vom Lebensministerium, den Ländern, dem Zivilschutzverband, Einsatzorganisationen etc. im Internet zur Verfügung gestellt.

Links zu Broschüren

- „Leben mit Naturgefahren – Ratgeber für die Eigenvorsorge bei Hochwasser, Muren, Lawinen, Steinschlag und Rutschungen“
www.naturgefahren.at/publikationen/leben_mit_naturgefahren.html
- Die Kraft des Wassers – Richtiger Gebäudeschutz vor Hoch- und Grundwasser
http://www.bmlfuw.gv.at/publikationen/wasser/hochwasser_schutz/die_kraft_des_wassers-richtiger_gebaudeschutz_vor_hoch-und_grundwasser.html
- Hochwasser – Vorsorge bei Planung und Bau – Durch richtige Vorsorge Gebäudeschäden vermeiden. Land Salzburg
<http://www.salzburg.gv.at/pdf-60-info-hws-vorsorge-bau.pdf>
- „Safety Hochwasser Ratgeber –“ (Ö Zivilschutzverband)
http://www.zivilschutzverband.at/de_at/home/22
- „Safety Ratgeber wetterbedingte Naturgefahren“ – Unwetter Ratgeber – Anleitung für vorbeugende Maßnahmen und richtiges Verhalten (NÖ Zivilschutzverbände 2008)
http://www.noezsv.at/noe/media/0_Dokumente/Safety_Ratgeber_wetterbedingteNaturgefahren.pdf
- **Beratungsangebote zu Naturgefahren nutzen**
Für Laien ist es oft sehr schwierig zu bewerten, welche Maßnahmen zur Vorbeugung von Schäden sinnvoll sind. Vor allem bei der Wahl von Standort, Baumaterialien, Gebäudeausrichtung etc. ist man ohne professionelle Hilfe mitunter überfordert. Um BürgerInnen, aber auch BauträgerInnen, ArchitektInnen, PlanerInnen und Gemeinden bei der Prävention von Naturgefahren umfassend beraten zu können, wurde in Oberösterreich das IGS – Institut für geprüfte Sicherheit gegründet. Neben der Beratungstätigkeit bietet das IGS auch verschiedenste Infomaterialien an. Kompakte und übersichtliche Folder zur Vorbeugung von Gefahren durch Blitzschlag, Hagel, Oberflächenwasser, Schneedruck, Sturm und Windlasten stehen auf der Homepage des IGS kostenlos als Download zur Verfügung.
<http://www.igs-austria.at/de/naturkatastrophen-und-deren-praevention.html>
- Für die **Sanierung von Hochwasserschäden** bietet die TÜV-Austria Consult GmbH umfangreiche Beratungsleistungen an. Im ersten Schritt wird ein umfangreicher technischer Bericht über den Zustand des Objektes erstellt. Alle erkannten Mängel werden darin aufgelistet und Sanierungsvorschläge gemacht. Dieser Bericht kann als Grundlage für die Planung der Sanierung dienen.
<http://www.tuev.at/start/browse/de/Webseiten/TUV%20Austria%20Holdi ng/Dienstleistungen/Bautechnik-Energie/Sanierung-Hochwasserschaden>
- **Die Stadt Graz bietet umfangreiche Informationen für die Bevölkerung zum Thema Hochwasserschutz**
 - Selbstschutz Hochwasser – Ratgeber für Katastrophenschutz mit Tipps und Informationen zum Thema Hochwasser der Stadt Graz und der Feuerwehr Graz
http://www.graz.at/cms/dokumente/10199443_332353/eee105c9/Stadt%20Graz%20Folder%20Hochwasserschutz%202012.pdf

- Hochwasser – Ich Sorge vor! Hochwasserereignisse verursachen immer wieder hohe Sachschäden und hinterlassen ein Gefühl der Unsicherheit bei betroffenen Menschen. Sorgen BürgerInnen und verantwortliche Stellen gemeinsam vor und handeln im Hochwasserfall auch gemeinsam, kann die Gefahr begrenzt und das Unsicherheitsgefühl reduziert werden. Der Arbeitskreis Hochwasser Graz hat gemeinsam mit der Bevölkerung für wiederholt betroffene Gebiete als erste Hilfestellung eine Broschüre mit den wichtigsten Informationen zu folgenden Fragen erstellt:
 - Welche Vorsorgemaßnahmen kann ich im Vorfeld treffen, um mich zu schützen?
 - Worauf muss ich im Hochwasserfall speziell achten?
 - Wie soll ich mich verhalten?
 - Wie kann ich mich über die Hochwassergefahr informieren?
 - Wen kann ich kontaktieren, wenn ich Hilfe benötige oder Fragen habe?
www.katastrophenschutz.graz.at/cms/dokumente/10163629_3838868/c9eadeee/20240_Hochwasser_Graz_3006low_Endversion.pdf
- Persönliche Checkliste – Hochwasser
<http://www.katastrophenschutz.graz.at/cms/ziel/3838868/De/>
- **Gut geschützt? Ein Check lohnt sich.** Auf der Schweizer Website www.schutz-vor-naturgefahren.ch finden Sie umfangreiche Materialien zum Thema Naturgefahren: Vom übersichtlichen Flyer (Das können Sie als Gebäudeeigentümer tun. So gehen Sie als Bauherr vor) über eine Checkliste für die Planung und Umsetzung von Gebäudeschutzmaßnahmen bis zur detaillierten Hintergrundinformationen zu den unterschiedlichen Naturgefahren wie Hochwasser, Sturm, Hagel etc.
<http://www.schutz-vor-naturgefahren.ch/startseite.html>
- **Unwetterwarnungen** tragen durch rechtzeitige und punktgenaue Warnungen zur Vermeidung und Verringerung von Schäden bei. Dieses Service steht von unterschiedlichen Anbietern (Unwetterzentrale UWZ, Versicherungen etc. zur Verfügung)
- **Risiko und Restrisiko klären**
Klären sie für Ihr Gebäude und Ihr Wohnumfeld, ob eine eventuelle Hochwassergefahr besteht. (z. B. auf www.hora.gv.at oder in den Gefahrenzonenplänen, die in Gemeinden, auf Bezirksebene und in den Landesregierungen (überwiegend in elektronischer Form) zur Einsichtnahme aufliegen.) Versuchen Sie in Erfahrung zu bringen, ob es in der Vergangenheit bereits Hochwässer in Ihrer Wohngegend gegeben hat. Besteht ein Risiko, klären Sie, welche Maßnahmen Sie unmittelbar und langfristig setzen können. Versuchen Sie z. B. durch Tafeln oder Maßbänder Hochwasserstände aus der Vergangenheit zu visualisieren.
Mit der digitalen Gefahrenlandkarte HORA 2.0 kann jede/jeder im Internet eine Adressabfrage durchführen und sich in die digitale Gefahren-Landkarte klicken. Durch verschiedene Zoom-Einstellungen ist die Gefährdung des eigenen Hauses oder Grundstückes erkennbar. Die Besucherin/der Besucher kann parzellenscharf Informationen zu Hochwasser, Sturm, Blitz, Hagel, Schnee und Erdbeben abrufen.
www.hora.gv.at

● **Eigenvorsorge stärken**

Möglichkeiten zur Eigenvorsorge für künftige Hochwasserereignisse sind vielfältig. Technisch-bauliche Maßnahmen beginnen bei der Auswahl des Bauplatzes, umfassen planerische Maßnahmen bei der Errichtung, wie Abdichtung, Aufständering oder Verzicht auf den Keller, und reichen bis zu nachträglichen Schutzeinrichtungen, wie Vorbereitung von kurzfristig einsetzbaren Dammbalken und Abdichtungen vor Gebäudeöffnungen. Maßnahmen zur Eigenvorsorge umfassen des Weiteren Ernstfalltraining, Vorratshaltung, den Abschluss von entsprechenden Versicherungslösungen etc.

- Nehmen Sie Informationsangebote bei der Errichtung Ihres Wohnhauses oder zur Sanierung nach Hochwasserschäden wahr: Erkundigen Sie sich bei ihrem Bundesland, der Architektenkammer, Ihrer Gemeinde, Bauberatungen, Baumärkten, der Feuerwehr etc. nach diesbezüglichen Angeboten zu hochwassersicherem Bauen und Sanieren (z. B. TÜV, IGS).
- Erstellen Sie einen persönlichen Notfallplan für Ihren Haushalt mit festgelegten Abläufen und Aufgabenverteilung. Unterstützung bietet hier z. B. die Checkliste Hochwasser. Diese soll Sie in der Vorbereitung auf ein mögliches Hochwasserereignis unterstützen.
<http://www.katastrophenschutz.graz.at/cms/ziel/3838868/De/>
- Schaffen Sie auf Ihrem Grundstück Versickerungsmöglichkeiten für Wasser, zum Beispiel durch Regenwasserspeicher.
- Werden Sie initiativ und engagieren Sie sich selbst: z. B. in Nachbarschaftsverbänden oder Hochwasserschutzvereinen.
- Engagieren Sie sich freiwillig bei der Feuerwehr, der Berg-, oder Wasserrettung, dem Team Österreich oder anderen Einsatzorganisationen.
- Erkundigen Sie sich zeitgerecht bei Einsatzorganisationen in Ihrem Umfeld, wie Sie im Notfall helfen können.
- Denken Sie im Ernstfall an Menschen in Ihrer Umgebung, die hilfsbedürftig sind oder die kein Deutsch verstehen. Sie benötigen Ihre Unterstützung.
- Informieren Sie sich in den Medien und mit Hilfe von Apps (z. B. Ihrer Versicherung) über Unwetterwarnungen.

Bei Starkregen, Gewitter und Stürmen:

- Nehmen Sie lose Gegenstände ins Haus oder befestigen sie diese (z. B. Sonnenschirme, Fensterläden).
- Schließen Sie alle Fenster und Türen und bleiben Sie möglichst in geschlossenen Räumen.
- Meiden Sie Bäume und halten Sie sich fern von Gerüsten und herabhängenden Stromleitungen.

Überprüfen Sie regelmäßig

- die Durchgängigkeit der Regenwasserrinnen,
- den Zustand des Daches und Kamins,
- die Stabilität von Vordächern, Vorbauten, Fassadenverkleidungen,
- den Baumbestand auf Ihrem Grundstück hinsichtlich morscher und loser Äste.

VERWENDETE UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Arbeitspapiere und Projektberichte aus VOICE

verfügbar unter

<http://www.zukunft-katastrophenhelfer.at/ergebnisse/arbeitspapiere/>

- BABCICKY, P. & SEEBAUER, S. (2015): The Two Faces of Social Capital in Private Flood Mitigation: Opposing Effects on Risk Perception, Self-Efficacy and Coping Capacity. VOICE Working Paper 04.
- BACHNER, G.; PFURTSCHELLER, C.; SEEBAUER, S. & BRUCKER, A. (2015): Assessing the costs and benefits of voluntary emergency services – concepts and evidence from flood protection in Austria. VOICE Working Paper 05.
- DAMM, A. (2014): Climate change and natural disaster relief: A statistical analysis of large-scale operations of volunteer firemen and precipitation patterns. VOICE Working Paper 02.
- PFURTSCHELLER, C. & THIEKEN, A. H. (2013): The price of safety: costs for mitigating and coping with Alpine hazards, *Natural Hazards and Earth System Sciences*, 13: 2619-2637. [doi:10.5194/nhess-13-2619-2013](https://doi.org/10.5194/nhess-13-2619-2013)
- SEEBAUER, S. (2013): Bereitschaft und Motive für Freiwilligenarbeit. VOICE Working Paper 01.
- SEEBAUER, S. & BABCICKY, P. (2015): How to approach citizens about prevention? The potential of volunteer workers in disaster emergency and relief services as risk communicators. VOICE Working Paper 06.

Weitere Quellen

- APCC – Austrian Panel on Climate Change (2014): Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, Österreich, 1096 Seiten. ISBN 978-3-7001-7699-2. http://hw.oeaw.ac.at/APPC_AAR2014.pdf
- BERZ, G. (2002): Naturkatastrophen im 21. Jahrhundert – Trends und Schadenspotentiale.
- BUNDESFEUERWEHRVERBAND (2015): Statistik Broschüre 2014. <http://www.bundesfeuerwehrverband.at/aktuelles/details/article/die-oesterreichischen-feuerwehren-im-jahr-2014-ein-rueckblick/>
- BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2013): Freiwilliges Engagement in Österreich. Bundesweite Bevölkerungsbefragung 2012. Studienbericht, Wien.
- BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2015): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des Freiwilligen Engagements in Österreich. 2. Freiwilligenbericht. ISBN: 978-3-85010-380-0 http://bmsk2.cms.apa.at/cms/freiwilligenweb/attachments/2/4/2/CH3095/CM_S1401440787892/2_freiwilligenbericht.pdf
- BMI – Bundesministerium für Inneres (2007): Richtlinie für das Führen im Katastropheneinsatz. Wien.
- BMI – Bundesministerium für Inneres (2009): Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement. SKKM Strategie 2020. Wien

- BMI – Bundesministerium für Inneres (2011): Koordination von Krisen- und Katastrophenschutzmanagement. [Staatliches Krisen- und Katastrophenschutz-Management – Presseunterlage](#) für Fachgespräch mit Innenministerin M. Fekter. Wien.
- BMLFUW – Bundesministerium für Land-, Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012): Die [Österr. Strategie zur Anpassung an den Klimawandel – Teil 2 Aktionsplan. Wien](#). Kap. 3.7 Naturgefahren → Eigenvorsorge; Kap. 3.8 Aktivitätsfeld Katastrophenmanagement.
- HABERSACK, H.; BÜRCEL, J. & PETRASCHKEK, A. (2004) Analyse der Hochwasserereignisse vom August 2002 FloodRisk. Synthesebericht. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien.,
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2013): Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. www.ipcc.ch and www.climatechange2013.org/images/report/WG1AR5_ALL_FINAL.pdf
- KASTNER, R. (2014): Katastrophe und Freiwilligenhilfe – Das zivile Potenzial für Ersthilfe und Wiederaufbau in Österreich und den USA. Masterarbeit. Graz.
- LAND OBERÖSTERREICH (Hrsg.) (2014): Unternehmen unterstützen freiwilliges Engagement. Beispiele, Ideen und Anregungen. http://www.ooe-zukunftsakademie.at/Beispielsammlung_FWE_u_Unternehmen_Endversion_07_2014_v_u_h.pdf
- NPO-INSTITUT (2012): http://www.bmi.gv.at/cms/zivildienst/formulare/files/Studie_zum_oekonomischen_Nutzen_des_Zivildiensts.pdf
- PLANALP – Plattform Naturgefahren der Alpenkonvention (2009): Verantwortung der Gemeinden beim Schutz vor Naturgefahren. Vorbeugung – Bewältigung – Regeneration. Bern.
- RAUCH, E. (2006): Auswirkungen des Klimawandels auf die Versicherungswirtschaft und Grenzen der Versicherbarkeit. Berlin.
- RUDOLF-MIKLAU, F. (2009): Naturgefahren-Management in Österreich. LexisNexis Verlag, WIEN. ISBN 978-3-7007-4109-1 http://www.lexisnexis.at/vie/leseprobe/naturgefahrenmanagement/files/assets/downloads/leseprobe_naturgefahrenmanagement.pdf
- UMWELTBUNDESAMT DESSAU (Hrsg.) (2011): Themenblatt Anpassung an den Klimawandel – Bevölkerungsschutz. <http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/anpassung-an-den-klimawandel-bevoelkerungsschutz>
- UMWELTBUNDESAMT (2014): Hochwasser. www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/wasser/hochwasser_wasser/ Accessed 1 Aug 2014
- WEF – World Economic Forum (2014): Global Risks 2014 - Ninth Edition. http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalRisks_Report_2014.pdf
- WELP, M.; GEBAUER, J.; LOTZ, W. & WURBS, S. (2010): Arbeitspapier zur Vorbereitung des Stakeholderdialogs zu Chancen und Risiken des Klimawandels – Versicherungen.

Rechtsnormen

ASI – Austrian Standards Institute (2011): ÖNORM S 2304, Integriertes Katastrophenmanagement – Benennungen und Definitionen. Austrian Standards Institute / Österreichisches Normungsinstitut (ON), Wien.

European Charter on the Rights and Responsibilities of Volunteers (2012): unter <https://www.jugendpolitikeneuropa.de/downloads/4-20-3254/038812%20Charter%20on%20Rights%20of%20Volunteers%20FINAL.pdf> und <https://www.jugendpolitikeneuropa.de/beitrag/ausgewogen-europaeische-charta-beschreibt-rechte-und-pflichten-von-freiwilligen-und-freiwilligenorganisationen.8868/> (Zugriff am 24.04. 2015)

Freiwilligengesetz (FreiwG; BGBl. I Nr 17/2012): Bundesgesetz zur Förderung des freiwilligen Engagements.⁸
Katastrophenfondsgesetz (KatFG BGBl. Nr. 201/1996 i.d.g.F.): Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden.

ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG BGBl: Nr. 450/1994 i.d.g.F.): Bundesgesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit.

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG BGBl. Nr. 189/1955 i.d.g.F.): Bundesgesetz über die Allgemeine Sozialversicherung.

⁸ Hier ist der seit 14.12.2012 beim BMASK eingerichtete Österreichische Freiwilligenrat gesetzlich verankert. Dieser hat das Ziel, Freiwilligentätigkeiten als tragende Säule des Gemeinwesens anzuerkennen und aufzuwerten. Er dient dazu, die Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten zu verbessern.

Umweltbundesamt GmbH

Spittelauer Lände 5
1090 Wien/Österreich

Tel.: +43-(0)1-313 04

Fax: +43-(0)1-313 04/5400

office@umweltbundesamt.at

www.umweltbundesamt.at

Einsatzorganisationen und ihre ehrenamtlichen Einsatzkräfte bilden das Rückgrat des Katastrophenschutzes in Österreich. Bereits heute bilden die demographische Entwicklung und strukturelle Veränderungen Herausforderungen für die Freiwilligenarbeit, die durch den Klimawandel zusätzlich verstärkt werden. Häufigere und heftigere Extremwetterereignisse führen zu einer erhöhten Gefährdung von Menschen, Siedlungen, Infrastrukturen und Gewerbegebieten. Um diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind neue Strategien für das Freiwilligenengagement, für öffentliche und private Schutzmaßnahmen sowie für zielgruppengerechte Risikokommunikation entscheidend. Neben klimatischen Veränderungen wurden auch ökonomische und soziale Effekte für die Entwicklung von zukunftsfähigen Maßnahmen berücksichtigt.